



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

Brigitte Cizek, Rudolf Karl Schipfer (Hrsg.)

**Zwischen Identität und
Provokation.**

**Das Spannungsfeld Jugendliche –
Erwachsenwerden – Familie.**

*Dokumentation des Symposiums Familie in
Wissenschaft und Praxis.*

*20.-22. November 2002,
Strobl am Wolfgangsee*



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

Brigitte Cizek, Rudolf Karl Schipfer (Hrsg.)

**Zwischen Identität und
Provokation.
Das Spannungsfeld Jugendliche –
Erwachsenwerden – Familie.**

*Dokumentation des Symposiums Familie in
Wissenschaft und Praxis.*

*20.-22. November 2002,
Strobl am Wolfgangsee*

Brigitte Cizek, Rudolf Karl Schipfer (Hrsg.)
Zwischen Identität und Provokation. Das Spannungsfeld Jugendliche – Erwachsenwerden – Familie.
Dokumentation des Symposiums Familie in Wissenschaft und Praxis – Strobl 2002.
20.-22. November 2002, Strobl am Wolfgangsee

Materialiensammlung des ÖIF Nr. 19, Wien, 2004
ISBN 3-901668-35-7

Eigentümer:
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Medieninhaber und Verleger:
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Geschäftsführerin: Dr. Brigitte Cizek
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
Gestaltung, Layout und Grafik: Edith Vosta, 1050 Wien
Druck: Rötzerdruck, 7000 Eisenstadt

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familialer Lebenswelten aus Sicht von Kindern, Frauen und Männern.

Zu beziehen bei:
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF),
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Tel.: +43-1-535 14 54-19, Fax: +43-1-535 14 55
e-mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Das Symposium und der Druck der Dokumentation wurden gefördert von:
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Oberösterreichische Landesregierung
Salzburger Landesregierung



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

VERSICHERUNG

Vorwort

Zum zehnten Mal fand im Jahr 2002 das Familiensymposium in Strobl am Wolfgangsee statt. Das war für das Österreichische Institut für Familienforschung, welches nach langjähriger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung das Symposium nunmehr als alleiniger Veranstalter ausrichtet, ein Anlass, diese bewährte und im Bereich Familienforschung in Österreich fix verankerte Veranstaltung „rundzuerneuern“.

Die Symposien in den 1980er und 1990er Jahren waren inhaltlich geprägt von Referaten zu jeweils mehreren Themenstellungen, vom informellen Austausch und Gesprächen in unterschiedlichsten Arbeitskreisen und einem sich selbst ergänzenden Stammpublikum.

Im 3. Jahrtausend ist „Strobl neu“ nunmehr charakterisiert durch ein Schwerpunktthema, das einen roten Faden durch das ganze Symposium bildet. Die Referate bieten dabei eine Übersicht über unterschiedliche Gesichtspunkte des Schwerpunktthemas. In den Seminaren besteht für die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich mit speziellen Aspekten praxisbezogen auseinanderzusetzen und fachlich weiterzubilden. Mit den wechselnden thematischen Schwerpunktsetzungen versucht das ÖIF auch, über das „Stammpublikum“ hinaus unterschiedliche Zielgruppen für Familienfragen zu interessieren.

Den kommunikativen Auftakt zum Symposium bildet, als Ergänzung zu Referaten und Seminaren, der F R E I - R A U M. Damit bietet das ÖIF eine Plattform zur Präsentation von Projekten, Modellen, Studien und ermöglicht dadurch gegenseitigen Austausch.

Was über die Jahre unverändert gleich blieb, ist der Anspruch, dass in Strobl sowohl Wissenschaft und Praxis als auch unterschiedliche Disziplinen und Zugänge unter dem Generalthema „Familienforschung“ zusammengeführt werden sollen. Nachdem die Familienforschung außerhalb des ÖIF von Personen in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen betrieben wird, ist die Vernetzung der „Familienforschungsszene“ eine wesentliche Herausforderung. Dieser Ansatz spiegelt sich auch in der Struktur des Symposiums, in der Programmgestaltung und in der Auswahl der ReferentInnen und SeminarleiterInnen wider.

Das erste Schwerpunktthema des Symposiums „Familie in Wissenschaft und Praxis“ war das Spannungsfeld, das sich zwischen Jugendlichen, Eltern und dem Lebensumfeld in der Phase des Übergangs junger Menschen zum Erwachsensein ergibt. Die Symposiumsdokumentation beinhaltet die Plenarreferate und bietet einen Überblick über die Präsentationen im F R E I - R A U M.

Wir wollen an dieser Stelle unseren Dank an alle Mitwirkenden, Referenten, SeminarleiterInnen und TeilnehmerInnen aussprechen, durch deren Zusammenwirken das Symposium lebendig und inhaltsreich wurde.

Unser Dank gilt auch allen Institutionen, die durch ihre finanzielle Unterstützung das Symposium und diese Dokumentation ermöglicht haben, nämlich dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, der Salzburger und der Oberösterreichischen Landesregierung und der S-Versicherung.

*Brigitte Cizek
Rudolf Karl Schipfer*

Inhalt

Referate

THEMA BLASTUNG UND BILDUNG	7
Reinhard Neumayer: Für Familien und ihre Kinder ist das Leben allein schon schwer genug, muss dann auch noch das Jugendalter dazukommen?	9
Kurt Schmid: Familie und Schulwahl: Der Einfluss familiärer Charakteristika auf das Schulwahlverhalten Jugendlicher in Österreich	15
THEMA INTERVENTION UND PARTIZIPATION	33
Udo Jesionek: Reaktionen auf entwicklungsbedingte Straffälligkeit junger Menschen	35
Winfried Krüger: Gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – politische Orientierungen und politisches Engagement	41
THEMA TRENDS UND FACTS	55
Peter Cuyvers: Verspätete Familienbildung – verspätetes Erwachsenwerden: Effekte des modernen Lebenslaufs auf das soziale, ökonomische und psychologische Verhältnis von Jugend und Elternschaft	57
Bernhard Heinzlmaier: Szenen, Szenecodes und Jugendtrends: Was Eltern über ihre Kinder wissen sollten!	71

FREI-R A U M-Präsentationen

Werner Höffinger: Handbuch Regionale Familienpolitik	83
Hannelore Kleiß: Für ein lebens- und familienfreundliches Land	86
Kristina Kliche: Studieren in Merseburg	87
Wolfgang Rohm: Fingerprint – ein Forschungsprojekt über Jugend in Oberösterreich:	89
Niederösterreichisches Hilfswerk: Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen	91

Programm	93
TeilnehmerInnen	94

Thema
Belastung und Bildung

REINHARD NEUMAYER

Für Familien und ihre Kinder ist das Leben allein schon schwer genug, muss dann auch noch das Jugendalter dazukommen?

Zusätzliche Belastungen aus der Sicht der Jugendwohlfahrt

Die Besonderheiten des Jugendalters sind den meisten von uns – zumindest aus beruflichem Zusammenhang – geläufig. Was den privaten Zusammenhang angeht, möge jeder vor seiner eigenen Türe kehren oder hinter dieser Nachschau halten – das würde bedeuten, bei sich selbst anzufangen. Was wissen wir noch über die eigene Jugendzeit; was fällt uns ein, wenn wir ein markantes Erlebnis benennen sollen? Sehr wahrscheinlich wird den meisten von uns ein Erlebnis unter etwa Gleichaltrigen einfallen oder aber eine Ablösungsszene. Die Betonung liegt hier auf Szene, denn es handelt sich sehr häufig um Inszenierungen, die einer Bühne für Sommerfestspiele um nichts nachstehen: Da brüllen die Akteure einander an, da werden Augen verdreht, Blicke geworfen, manchmal nicht nur Blicke, und, nicht zu vergessen, der große Abgang mit der knallenden Türe und – je nach Güte des Bauwerks – eventuell leise rieselnder Verputz.

Warum das so ist oder geradezu sein muss, haben WissenschaftlerInnen und/oder SachbuchautorInnen mehrfach beschrieben, wenn auch immer mit dem Hinweis auf Ausnahmen, in denen es friedlich zugeht, sodass der geneigte Leser oder die interessierte Käuferin des Buchs jeweils sich selbst als diese Ausnahme erkennen und somit die eigene Amnesie aufrecht erhalten konnte. Genau diese Amnesie über die eigene Jugendzeit wird dieselben Erwachsenen, wenn dann deren Kinder in das Jugendalter eintreten wollen, zu stauenden Anfängern machen, die das Benehmen der Jungen für unerhört und noch nie dagewesen erklären!

Gehen wir daher an unser Thema mit einer Annahme heran:

Es war einmal eine Familie.
Sie bestand aus Menschen aus zumindest zwei Generationen,
die zu einander in einem
familienrechtlich relevanten Verhältnis standen.
Und sie lebten glücklich und zufrieden immerdar.
Und sie sind immer noch eine Familie.

Wenn das alles stimmt, dann haben die Forscher viel zu tun!

Zunächst kommt hier ein sehr abstrakter Familienbegriff vor, der aber immerhin viele Varianten möglich macht oder zumindest nicht von Anfang an ausschließt. Wahrscheinlich sind ja doch Mutter, Vater, Kinderlein gemeint oder vielleicht Oma und Enkelkind? Nein, die sind zwar durchaus auch im Angebot, aber es könnte doch auch um eine allein verdienende Mutter mit Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt gehen, die noch eine dritte Belastung in Form von zwei Kleinkindern zu managen hat. (Die Nachbarn reden nur von den zwei „Sonnenscheinchen“, außer damals, als die ersten Zähne bei Sonnenschein 2 durchgebrochen waren!)

Es könnte sich aber auch um den alkoholkranken Vater mit geprügelter Frau und fünf vernachlässigten Töchtern und Söhnen handeln oder aber um fanatische DINKs (also Double Income No Kids), die aller Überzeugung zum Trotz ein passiertes „Nicht-Wunsch-Kind“ in Kauf nehmen müssen.

Jedenfalls, das gehört noch zu der Annahme, sind WIR nicht gemeint. Dann lässt sich auch leichter und besser wissend darüber diskutieren.

Wie aber war das gemeint mit „glücklich und zufrieden“ und noch dazu „immerdar“? Hier muss offensichtlich eine Formulierung aus Grimms Märchen herein geraten sein. Märchen sind angeblich verdichtete Formen von überlieferten Lebensweisheiten und Wünschen an das Leben. Die als Annahme verkleidete Aussage, dass es solche Familien – irgendwo – doch gibt, die glücklich und so weiter leben, passt zu den Ansprüchen, die an Familien idealiter gestellt werden und die üblicherweise nicht, nämlich nicht ständig und dauerhaft (also schon gar nicht „immerdar“) erfüllt werden können! In unserer Annahme steht aber auch, dass sie immer noch eine Familie sind, also diverse „verflixte“ Jahre gemeinsam überstanden haben.

Dennoch kann man in Gesprächen mit Eltern von jugendlich gewordenen Kindern häufig auf eine Art Verklärung der früheren Kindesjahre treffen. Keine Hinweise mehr auf die Zähne von Sonnenschein 2, auf den geringfügigen Zimmerbrand, als die kleinen Lieblinge die vergessene Streichholzschachtel näher untersucht hatten oder auf die Enttäuschung der Eltern angesichts der ersten Schulnote, die halt nicht mehr ein glattes „Sehr gut“ war.

Angeblich waren diese Jahre weitestgehend sorgenfrei, aber nun, ich sag' Ihnen...!

Unsere zweite Annahme:

In der Familie gibt es tatsächlich zwei Kinder,
eines davon noch vor
und eines schon mitten im Jugendalter.
Und sie lebten glücklich und zufrieden bis....?

Seit der ersten Annahme hat sich leider (?) einiges verändert! Statt Glück und Sonnenschein trübt sich die Wetterlage ein. Zwar ist das jüngere Kind noch eine Stütze der Familie und einigermaßen berechenbar geblieben. Allerdings schaut es manchmal mit verdächtig bewunderndem Blick auf das Ältere, wenn dieses auf seine von der UNO garantierten Rechte pocht (obwohl UNO doch eigentlich ein Kartenspiel war...?) und sich traut, auf die Kinderzimmertüre (Pardon: Jugendzimmertüre) einen Zettel zu picken, auf dem steht: „Eintritt für Grufties ab 19 verboten!“ Es wird also Zeit, dass mit dem Scharfblick der Fachleute einige Sachverhalte benannt und klargestellt werden.

Die Zielvorstellungen der beteiligten (mindestens) zwei Generationen treten in Konkurrenz, was zu Konflikten zwischen Menschen führt. Die Idee, dass Kinder den Idealen ihrer Eltern oder wenigstens den von den Eltern vorgegebenen Wegen folgen, und zwar unkritisch folgen, lässt sich nur mehr selten in die Realität umsetzen. Schon jüngere Kinder stellen ziemliche Ansprüche an die Animationsfähigkeit der Eltern; sie wollen unterhalten werden, es muss was los sein, man braucht Abwechslung, Kurzweil, beim Film würde man sagen: gesucht ist der rasante Schnitt.

Gleichzeitig überflügelt die Bedeutung der Gleichaltrigen jene der Elterngeneration, sodass viele Impulse aus der peer-group kommen und nicht einfach nur die Regeln des Elternhauses (falls es dort Regeln gegeben hat) über Bord geworfen werden. Es werden auch neue Regeln importiert und ausprobiert.

Wenn es früher noch einfach war, die Wünsche der Kinder zu erkennen oder gar vorherzusehen (Fußball, Barbiepuppe, Walkman, Computerspielkonsole), so scheitern mangelhaft ausgebildete Eltern kläglich, wenn sie ihren Nachwuchs mit einem Skateboard überraschen wollen. Was da in der Szene gerade in ist, könnte aus dem teuren, gut gemeinten Geschenk einen peinlichen Ausrutscher machen.

Erfahrungsgemäß gewinnen die Durchsetzungsversuche der Jüngeren an Druck und Erfolg, wobei sich die Taktik der Zermürbung der Grufties als besonders zielführend herumgesprochen hat. So ist ein ewig mufflig wirkender und wortkarger Jugendlicher schon eine Plage für sich und die Umwelt (Anmerkung: bitte die Reihenfolge beachten!). Wenn er/sie aber dann auch noch ständig Forderungen nach Erweiterung des Freiraums (Ausgangszeiten, Geldforderungen, Verweigerung gegen Mithilfeersuchen) stellt, dann wird sie oder er in einer erheblichen Anzahl von Fällen auf erschöpfte, resignierte Eltern treffen, die „um der lieben Ruhe willen“ nachgeben.

Den Stich- bzw. Schlagworten „Glück“ und „Zufriedenheit“ begegnen die Jugendlichen in der Phase erhöhter Konfliktbereitschaft eher mit Desinteresse und Sprüchen wie: „Glück ist relativ“ sowie „Zufriedenheit ist Stillstand/Rückschritt = megaout“.

In diesem Fall könnte man also zur zweiten Annahme sagen: Sie lebten glücklich und zufrieden, bis das erste der Kinder aus dem umzäunten Garten der Kinderzeit heraustrat und den Weg durch die Wildnis der Jugendzeit zu finden versuchte. Dort reichte ihm (nicht Eva, sondern jemand aus der peer-group) die Frucht der „In-Frage-Stellung“. Und damit begann die neue, anstrengende Phase für die ganze Familie.

Es wird daher Zeit, sich dem Untertitel „Zusätzliche Belastungen aus der Sicht der Jugendwohlfahrt“ zuzuwenden. Es muss uns ja klar sein, dass die bisher geschilderten Entwicklungen, mögen sie auch gelegentlich etwas plakativ geraten sein, sich durchaus im Rahmen alltäglicher Erfahrungen bewegen. Was also hat die Jugendwohlfahrt noch an zusätzlichen, vielleicht nicht so alltäglichen Erfahrungen beizutragen?

Dazu ist zunächst ein kleiner Exkurs über die Klienten der Jugendwohlfahrt erforderlich. Jugendwohlfahrt, als Oberbegriff für Behörden, aber auch private Einrichtungen mit besonders geprüfter Eignung für bestimmte Aufgaben (Ihnen fällt vielleicht ein: Jugendamt, Amt für Jugend und Familie oder ein Kinderschutz-Zentrum), hat es mit zwei Gruppen von Klienten zu tun: Einmal kann jeder von uns Klient sein, wenn es um Fragen zu Elternrechten nach einer Trennung oder Scheidung geht oder um den Wunsch, Pflegeeltern oder Adoptiveltern sein zu wollen, oder ...

Die zweite Gruppe von Klienten könnte man als Stammkunden bezeichnen. Darunter fallen Multiproblemfamilien, die oft schon seit Generationen Hilfestellungen benötigen bzw. über sich ergehen lassen müssen, weil sonst das Wohl ihrer Kinder in erheblichem Ausmaß gefährdet wäre. Zu den Rahmenbedingungen, unter denen aus Familien mit ein paar (bewältigbar erscheinenden) Problemen doch Multiproblemfamilien werden, gehören: prekäre finanzielle Lage (Langzeitarbeitslosigkeit bei Qualifikationsmangel, Angewiesensein auf Transferleistungen wie Familienbeihilfe, Notstandshilfe, Unterhaltsvorschuss), geringe Problemlösungskompetenz (geringer Bildungs- und Wissensstand, oft Antriebsarmut, Resignation, wenig Vertrauen in professionelle Helfer, wenig Routine in sozialen Standardsituationen, etc.) sowie wenig vorausschauende Planung bzw. Vorsorge bei gleichzeitig raschem Rückfall in kurzfristig problemverdeckende Muster (Ratenkäufe, Geldaufnahme ohne Schuldenübersicht, oder auch Flucht in stimmungsaufhellenden Substanzkonsum, wie z.B. Alkohol). Wenn dann noch Schwierigkeiten in der Beziehungsfähigkeit vorhanden sind und an die nächste Generation weitergegeben werden, dann sind wir mitten in unserem Thema:

- **Jugendliche**, die *keine sichere Bindung* entwickeln konnten, geraten auch unter Gleichaltrigen in eine Außenseiterposition
- **Jugendliche**, die *wenig Anleitung zu antizipierendem Denken* hatten, sind sich trotz Erreichen der Strafmündigkeit ihrer Verantwortung für die eigenen Handlungen wenig bewusst
- **Jugendliche**, die *in einem von Gewalttätigkeiten* (zwischen den Erwachsenen oder auch zwischen den Generationen) *geprägten Milieu aufgewachsen* sind, werden wenig Rücksichtnahme auf Bedürfnisse der/des anderen entwickeln
- **Jugendliche**, die *emotional und/oder materiell/existentiell vernachlässigt* worden sind, werden Existenzsicherung vor Altruismus stellen (müssen) und dabei wenig Verständnis für Verletztheiten bei Anderen aufbringen
- **Jugendliche**, denen längerfristige soziale Ziele als Anhaltspunkte für die Lebensgestaltung fehlen, *fordern uns heraus!*

Hier ein Fallbeispiel:

Nennen wir sie Michelle, ihre Freundinnen würden sie Mitschi rufen, aber sie hat keine. Sie ist 12, schaut aus wie 8 und hat noch drei jüngere Geschwister. Ihre **Mutter** ist zwar vorhanden, aber nicht präsent. Nicht präsent als Mutter, sondern anwesend als kranke Frau mit schweren Depressionen, Antriebsarmut und Leugnung, dass sie Behandlung braucht. Sie kommt tagsüber kaum aus dem Bett, kann aber nachts nicht schlafen und trinkt, einmal mehr, einmal weniger.

- Michelle soll in die Schule gehen (sagt das Gesetz und sagt auch die Frau Direktor!).
- Michelle soll die zwei mittleren Geschwister in der Früh in den Kindergarten und in die Volksschule begleiten (sagt die Mutter, wenn sie nüchtern ist).
- Michelle soll das jüngste Kind, 1 1/2 Jahre alt, bei der Mutter lassen, aber vielleicht doch in der Früh noch wickeln und ein Flascherl geben, irgendwas wird sie schon finden.

Wenn etwas nicht funktioniert hat, dann kracht es (seitens der Mutter oder – ja richtig – da gibt es auch noch einen Mann – also seitens des Willi).

Der **Willi** ist der – glaub ich – vierte Freund von der Mama, erzählt Michelle, und den Papa, also meinen Papa, den hab ich schon seit ein paar Jahren nicht mehr gesehen.

Aber der Willi, der ist manchmal so komisch, wenn er beim Fernsehen so ganz nahe bei mir sitzt und mich umarmen will, weil das gemütlicher ist... – sagt er.

Übrigens, die Mutter von Michelle ist an einer Mischung aus Alkohol und Tabletten verstorben.

Bevor Sie jetzt sagen, jetzt übertreibt er aber, oder aber, so was gibt es, doch heute nicht mehr, das war vielleicht früher so, lade ich Sie ein, mit Menschen zu sprechen, die vielleicht erst so ein oder zwei Jahre in der Jugendwohlfahrt tätig sind. Solche MitarbeiterInnen also, die noch in Erinnerung behalten haben, was sie VOR ihrem Berufseinstieg für möglich gehalten haben und was sie dann DOCH erlebt haben.

Ein weiteres Beispiel gefällig?

Max, in seiner Gruppe nur als „Robo“ bekannt, weil er so gut imitieren kann, wie ein Roboter sich bewegt, ist 14. Er ist von zu Hause davon und wohnt seit ca. 3 Monaten abwechselnd bei Freunden im Keller oder in Bauhütten oder auch in aufgebrochenen Autos. Er ist daheim so oft verprügelt worden, vor allem dann, wenn er seine Mutter vor ihrem gewalttätigen Freund beschützen wollte, dass er es nicht mehr ausgehalten hat. Den letzten Rest hat es ihm gegeben, als er sich mit einem Sessel gegen den Schläger zur Wehr setzen wollte und sich dann die Mutter doch wieder an die Seite des Mannes gestellt hat. Eigentlich sollte er ja nicht mehr überrascht sein, denn aus dem Frauenhaus, in das die Mutter voriges Jahr geflüchtet ist, ist sie nach knapp 3 Wochen auch wieder zu IHM, dem Lebensgefährten, zurückgekommen. Damals war Max in einer Krisen-WG (Wohngemeinschaft) untergebracht und hat nicht verstanden, warum die Mutter nicht mit ihm, dem Sohn, einen neuen Start versucht hat, sondern Max bei fremden Leuten ließ, aber zum Schläger zurückkehrte.

Was kann die Jugendwohlfahrt hier also aufzeigen; was kann sie als Hilfe anbieten?

Aufgezeigt werden Belastungen, die die ohnehin schon schwierige Entwicklungsaufgabe (Bewältigung des Jugendalters) noch schwieriger machen. Dabei geht es nicht um Beurteilungen oder Verurteilungen, sondern um das Erkennen von Zusammenhängen und um die erforderlichen Schlussfolgerungen, die in einen Hilfeplan münden sollten.

Alle Hilfeformen sind zunächst auf die Unterbindung bestehender und die Abwendung drohender Gefährdungen des Wohls von minderjährigen Kindern abgestellt. Dazu gehören zunächst gelinde Formen wie ambulante oder mobile, nachgehende Formen zur Unterstützung der Erziehung. Das kann bedeuten, dass die Familien über die Jugendwohlfahrt Zugang zu kostenloser Beratung oder Therapie bekommen, dass FamilienhelferInnen, SozialpädagogInnen oder SozialarbeiterInnen direkt in die Familie kommen und vor Ort gemeinsam mit den Familienmitgliedern einen Hilfe- und Betreuungsplan entwickeln und umsetzen.

Es kann etwa im Fall Max bedeuten, dass schon das Angebot einer niederschweligen Jugendberatungsstelle oder der Kontakt mit Streetworkern das Dichteste an Hilfe ist, das er an sich heran lässt. Vielleicht gelingt dann

die Vermittlung an eine Notschlafstelle für die befristete Behebung seiner existentiellen Not und danach eine dichtere Betreuung, in der erst an die Bearbeitung der traumatischen Vorgeschichte gedacht werden kann.

Es gibt aber auch stärker eingreifende Hilfeformen, mit dem Hauptaspekt des Kinderschutzes, notfalls auch gegen den Willen der Erziehungsberechtigten. So wird im Fall von Michelle zu überlegen sein, ob die Kinder eine familienersetzende Konstruktion als Hilfeform benötigen, wobei an eine sozialpädagogische Wohngruppe, an eine spezialisierte Pflegefamilie oder auch an ein Kinderdorf gedacht werden könnte.

Immer muss die Jugendwohlfahrt prüfen, ob das Kindeswohl auch mit einer möglichst gelinden Maßnahme gewährleistet werden kann und ob das Einverständnis der Eltern oder sonstigen Obsorgeträger herbeigeführt werden kann. Notfalls müsste allerdings das Pflegschaftsgericht angerufen werden, um eine solche Zustimmung zu ersetzen.

Zusammenfassung:

Ich habe versucht, in gebotener Kürze auf einige Besonderheiten hinzuweisen, die das Jugendalter für alle Familien bereit hält und schon ohne verschärfende Rahmenbedingungen zu großen Herausforderungen führen können.

Da es dabei, wie bei vielen Konflikten, auch um Macht und Durchsetzungsversuche geht, kommt es je nach entwickelter Beziehungsfähigkeit, erworbener Erziehungsfähigkeit und erlernter Streitkultur in mehrfach belasteten Familiensystemen (und das sind unsere „Stammkunden“ ganz sicher) zu zusätzlichen Konflikten und negativen Folgeerscheinungen.

Sollten Sie sich schon gemütlich zurückgelehnt haben, weil ich ja zu Anfang versprochen habe, dass wir nicht von UNS sprechen werden, muss ich Sie nun doch noch etwas irritieren: Alle Kinder verlassen, falls wir es zulassen, den umzäunten Garten der Kinderzeit und versuchen den Weg durch die Wildnis des Jugendalters zu finden. Wir können sie dafür ausrüsten und vorbereiten, aber wir können nicht statt unserer Kinder den Weg gehen! Wenn wir rechtzeitig investiert haben, investiert im psychosozialen Sinn, investiert in eine gute, tragfähige Beziehung zu unseren Kindern, dann werden sie uns von ihrem Weg erzählen – allerdings erst, wenn sie ihn hinter sich haben und hoffentlich rechtzeitig, bevor sie diese Wildnis in der Amnesie verstecken (müssen).

KURT SCHMID

Familie und Schulwahl: Der Einfluss familiärer Charakteristika auf das Schulwahlverhalten Jugendlicher in Österreich

Bildung und insbesondere Schulwahl ist zentriert um den Widerspruch zwischen dem mit der Aufklärung begründeten individuellen Bildungsanspruch („Bildung als Menschenrecht“) und funktionalen Prozessen der Eingliederung und Anpassung in die Gesellschaft, die in und durch das Bildungssystem vollzogen werden.¹ Handlungstheoretische bzw. reproduktionstheoretische Ansätze bilden dabei gewissermaßen die beiden „ Pole“, von denen aus diese Thematik zu fassen versucht wurde. Neigen handlungstheoretische Ansätze dazu, den Systemzusammenhang (und insbesondere die Opportunitätsstruktur des Bildungssystems) zu negieren bzw. in seiner Bedeutung zu reduzieren, wird aus reproduktionstheoretischer Perspektive der Systemperspektive der Vorrang gegenüber den Subjektleistungen gegeben und daher individuelle Handlungen implizit auf den Vollzug dessen reduziert, was für die Reproduktion der ungleichen Sozialstruktur als notwendig erscheint.

Der vorliegende Beitrag versucht, gewissermaßen beide Aspekte unter dem spezifischen Blickwinkel „Familie und Schulwahl in Österreich“ darzustellen, d.h. konkret individuelle Schulwahlentscheidungen vor dem Hintergrund bzw. im Kontext der Gelegenheitsstruktur des Bildungssystems zu betrachten.

Daher stellt das nachfolgende Kapitel kurz die wesentlichen Charakteristika des österreichischen Bildungssystems dar und skizziert Trends der Bildungsexpansion. Danach wird auf Ergebnisse der empirisch-deskriptiven Studien eingegangen, die sich mehr oder weniger explizit mit der Thematik „Familie und Schulwahl“ in Österreich beschäftigten. Abschließend sollen noch einige bildungspolitische Aspekte angerissen werden.

Charakteristika des österreichischen Bildungssystems

Die Organisation des österreichischen Schulsystems bestimmt sich einerseits durch Alter und Reife (vertikale Struktur), andererseits durch verschiedene Bildungs- und Berufsziele, die in eine Vielzahl von Schultypen gemündet haben (horizontale Struktur). Generell zeichnet sich das österreichische (Erst-)Ausbildungssystem durch einen geringen Anteil an privaten Schulanbietern aus. Der Besuch öffentlicher Schulen ist unentgeltlich.² Bis zur achten Schulstufe wird in erster Linie Allgemeinbildung vermittelt. Ein Jahr vor Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht erfolgt in der Regel die Entscheidung hinsichtlich des weiteren Bildungsweges.

Österreich ist durch ein **qualifikationsorientiertes Bildungssystem**³ gekennzeichnet, was bedeutet, dass es sich durch einen hohen Anteil spezifischer beruflicher Bildung auszeichnet. Durch die Kombination eines entwickelten Lehrlingssystems mit einem umfassenden schulischen Berufsbildungssystem (auf dem Niveau der Sekundarstufe II⁴) kommt es zu einer Vermittlung beruflich relevanter Fertigkeiten durch das Bildungssystem. Dies impliziert auch eine starke Stratifizierung, d.h. eine relativ geringe Mobilität zwischen beruflichen und schulischen Bildungsgängen. Die Bildungssysteme Deutschlands und der Schweiz sind ähnlich strukturiert. Zählt man alle berufsbildenden Ausbildungsformen zusammen, so sind derzeit fast 80% der österreichischen Jugendlichen der Sekundarstufe II in einer dieser berufsbildenden postobligatorischen Ausbildungsformen. Etwas über die Hälfte (55%) dieser sich in berufsbildenden Ausbildungsformen befindlichen SchülerInnen belegen eine schulische Variante, die restlichen 45% durchlaufen die duale berufliche Bildung (Lehrlingswesen).

¹ Vgl. Kolbe et al. (1994).

² Seit dem Studienjahr 2001/02 sind aber Universitäten und Fachhochschulen berechtigt Studiengebühren einzuheben.

³ Im Gegensatz zu qualifikationsbestimmten Bildungssystemen sind organisationsbestimmte Systeme auf die allgemeine (Grund-)Bildung konzentriert; die arbeitsbezogenen Fähigkeiten werden erst am Arbeitsplatz vermittelt. Die dort vermittelten Fertigkeiten sind daher stärker firmenspezifisch ausgerichtet und firmenspezifische / betriebliche Arbeitsmärkte bilden demnach das dominante Element der Beschäftigungsstruktur.

⁴ Also ab der 9. Schulstufe.

Die im internationalen Vergleich relativ niedrige **AkademikerInnenquote** von 7% (gemessen an der Erwerbsbevölkerung) für Österreich hat im Wesentlichen ihre Ursache in der unterschiedlichen Struktur der österreichischen Universitäten (bis vor kurzem gab es nur Langstudien) und generell in der unterschiedlichen Struktur des österreichischen Qualifizierungssystems (hohe Bedeutung der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen). Vergleicht man die Postsekundarquoten, dann liegt Österreich mit 49% über dem OECD-Ländermittel von 44%. Mehr AbsolventInnen produziert Österreich (in Relation zum OECD-Ländermittel) auf der Stufe „postsekundär, aber nicht tertiär“ sowie bei den langen Hochschulstudien. Weniger AbsolventInnen bringt Österreich bei den relativ kurzen oder mittellangen ersten Studien hervor. Demnach stellt die im internationalen Vergleich niedrige AkademikerInnenquote ein Artefakt dar. Oftmals wird die Stärke der mittleren Qualifikationen als Qualität des österreichischen Systems hervorgehoben, wonach die österreichische Wirtschaft weitgehend mit AbsolventInnen der Lehre und der BHS das Auslangen finden könnte, wo in anderen Ländern HochschulabsolventInnen eingesetzt werden. Andere Autoren betonen hingegen stärker, dass sich in der österreichischen Qualifikationsstruktur ein gewisser Modernisierungsrückstand ausdrückt und dass dieser negative Auswirkungen im Hinblick auf die Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft habe.

Bis vor kurzem war der Hochschulbereich durch deutliche Elemente eines Struktur-konservatismus gekennzeichnet. So war die Expansion lange Zeit nicht von einem Diversifizierungsprozess von Institutionen und Studienangeboten begleitet. Zwar hatten sich die Studienmöglichkeiten durch neue Studienrichtungen und vielfältige Studienzweige in die Breite entwickelt, orientiert blieben sie aber auf Langstudien. Jüngste Entwicklungen im tertiären Bildungsbereich haben aber zu einer markanten Änderung geführt. Diese betreffen vor allem die Einführung der Fachhochschulen, die Etablierung von Bakkalaureats in einigen Studienrichtungen und die Einführung von Studiengebühren für den Universitäts- und Fachschulbesuch (ab dem Studienjahr 2001/02).

Als Folge der **Bildungsexpansion** während der letzten 25 Jahre ist eine weitreichende Höherqualifizierung in Österreich festzustellen. Sowohl Bodenhöfer (1989) als auch Lassnigg (1993) betonen, dass die Bildungsexpansion im Wesentlichen im Rahmen der unveränderten Strukturen des österreichischen Bildungssystems vonstatten ging.⁵ Die für Österreich typische frühe Differenzierung in der Sekundarstufe I und Dominanz der Lehrlingsausbildung auf der Sekundarstufe II bildet demnach die unveränderte Grundstruktur. Die Kombination aus einem durch einen hohen Grad an hierarchisierter und sozial geschichteter Differenzierung charakterisierten Bildungssystem mit einer expansiven, tendenziell die Ausweitung des Anspruchsrechts auf Bildung betonenden Entwicklung spiegelt auch die bildungspolitischen Entscheidungsprozesse bzw. die bildungspolitischen Grundansätze der politischen Akteure wider: In Österreich wurden vor allem verschiedene Ansätze der Bildungsplanung rezipiert, wobei der Manpower-Ansatz (Arbeitskräftebedarf-Ansatz) eher konservativen, der Social-Demand-Ansatz eher sozialdemokratischen Vorstellungen entspricht.⁶ Pointiert formuliert kann man sagen, dass „in Österreich die Entwicklung in Richtung von higher education innerhalb der Strukturen eines Elitesystems vollzogen wurde“, wobei der offene Hochschulzugang einen „Universalismus für Auserwählte“ darstellt (Lassnigg 1993).⁷ Meines Erachtens kann die konkrete Ausformung der Bildungsexpansion in Österreich auch als realpolitischer Kompromiss dieser beiden bildungspolitischen Ansätze verstanden werden: Innerhalb einer von konservativen Vorstellungen geprägten Grundstruktur des Bildungswesens vollzog sich die Bildungsexpansion unter eher universalistischen Gesichtspunkten (Ausweitung der Anspruchsrechte – Politik der Chancengleichheit, Ansätze der Demokratisierung in Form von Partizipations- und Mitbestimmungsrechten).

⁵ Änderungen betrafen lediglich die Einführung einer Kurzform der AHS, der Herauslösung diverser Ausbildungsgänge aus dem Sekundarschulbereich und deren „Tertiärisierung“ (Pädagogische Akademien) sowie die Schwerpunktverlagerung vom Ausbau des AHS-Bereichs zur Erweiterung der Kapazitäten des BHS-Bereichs.

⁶ Stehen beim Manpower-Ansatz die Planungsparameter des Arbeitskräftebedarfs im Vordergrund, so betont der Social-Demand-Ansatz die universalistischen (d.h. nicht-selektiven) Zugangsmöglichkeiten im Sinne eines Anspruchsrechts auf Bildung (vgl. Lassnigg 1993). Unter reproduktionstheoretischen Gesichtspunkten postuliert das Konzept der Startchancengleichheit aber weder die Gleichheit der Lernbedingungen und Lernprozesse noch die Ergebnisgleichheit, attackierte somit auch nicht die ungleiche Hierarchiestruktur sozialer Positionen (vgl. Kolbe et al. 1994).

⁷ Die Universität ist nur offen für jene, die die Selektionsprozesse (wobei kein Zweifel an den sozialen Komponenten dieser Selektionsprozesse besteht) der vorhergehenden Stufen erfolgreich durchlaufen haben (Lassnigg 1993).

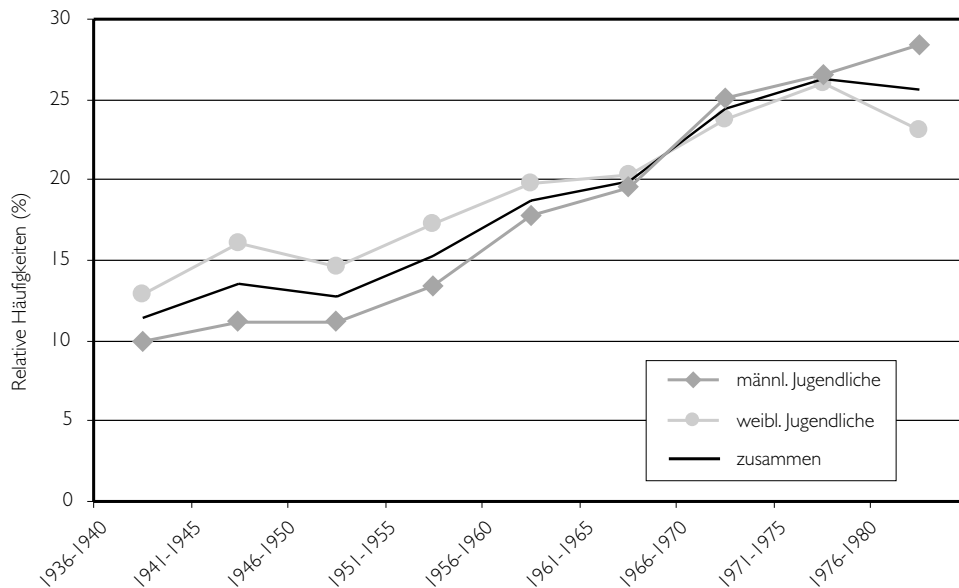
Ein Bildungssystem stellt aber nicht nur Qualifikationen bereit. Durch die Struktur des Bildungssystems werden auch soziale Chancen verteilt bzw. durch formale Bildungsabschlüsse wird soziale Ungleichheit produziert und legitimiert.⁸ Allokative Aspekte ergeben sich dadurch, dass AbsolventInnen entsprechend dem Niveau ihres Abschlusses auf berufliche und andere Rollen eingewiesen werden.⁹ Gleichzeitig implizieren derartig formalisierte Bildungssysteme eine lineare Hierarchie vom Kindergarten bis zur Hochschule. Dies bewirkt eine Tendenz zu jenen Abschlüssen, die für den Einzelnen mehr Privilegien versprechen. Zudem wird der Erwerb immer höherer Bildungsabschlüsse für das Erreichen beruflicher (Einstiegs-)Positionen eines bestimmten Niveaus immer notwendiger. Daher orientieren sich immer breitere soziale Schichten an höheren Ausbildungsformen, was in der Struktur der Bildungsexpansion deutlich zum Ausdruck kommt. Auf diese Weise entsteht aber auch ein Verdrängungskampf zu Ungunsten der Jugendlichen mit niedrigen formalen Abschlüssen.¹⁰

Der Trend zur höheren Ausbildung findet nicht nur aufgrund einer „intrinsisch“ motivierten Bildungsnachfrage statt. Sie ist auch induziert durch sinkende Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche (insbesondere ein sinkendes Lehrstellenangebot) und veranlasst diese, auf den Besuch weiterführender Schulen auszuweichen, wo dann Warteschleifen durchlaufen werden. Generell kann man davon ausgehen, dass der Zusammenhang zwischen Bildungs-/Berufswahl und Arbeitsmarkt interdependenter Natur ist. Die Schul-/Berufswahl legt fest, in welche Bereiche des Arbeitsmarktes die Person geht bzw. gehen will. Sie spiegelt aber gleichzeitig auch in einem hohen Ausmaß die reale, individuelle, berufliche und soziale Opportunitätsstruktur der Person wider. So ist zum Beispiel die beobachtbare Konzentration auf einige wenige Lehrberufe bzw. die geschlechtstypische Lehrberufswahl ganz wesentlich von der Struktur des Lehrstellenangebots kodeterminiert.

Die folgenden drei Grafiken belegen diese Trends: Den Zustrom in die AHS-Unterstufe (Grafik 1), die generelle Steigerung der Bildungsbeteiligungsquote in der Sekundarstufe II (Grafik 2) und innerhalb der Sekundarstufe II den Trend zu den maturaführenden Schulformen (Grafik 3).

Grafik 1: Anteil der Jugendlichen, die eine AHS-Unterstufe absolviert haben

(gemessen an 5-Jahres-Geburtskohorten)



Quelle: ÖIF-Berechnungen (Spielauer et al. 2002).

⁸ Vgl. Geißler & Geramanis (2001).

⁹ Vgl. Haller (1986).

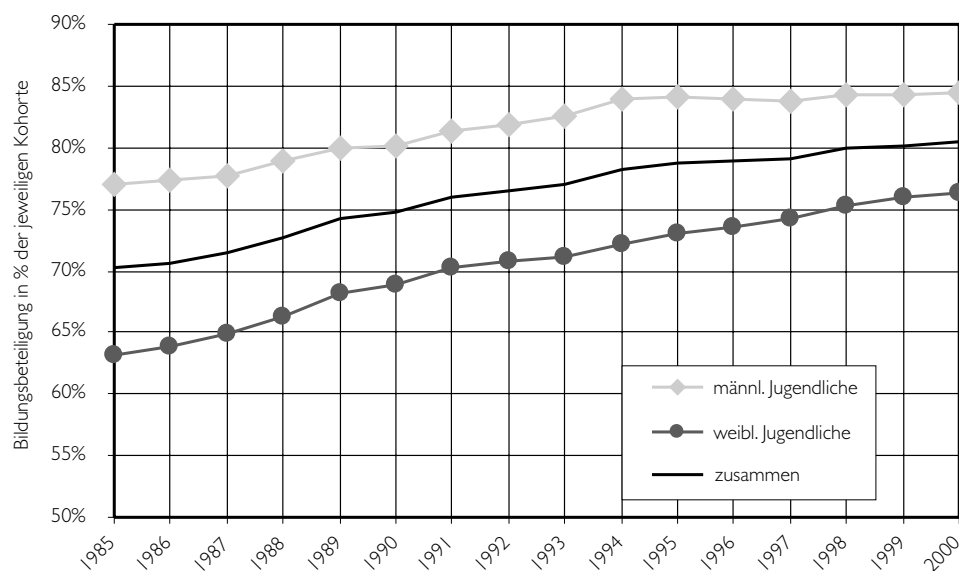
¹⁰ Wo die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt, geraten Individuen in die Gefahr der Ausgrenzung (gerade für Jugendliche ist das Gelingen des Berufseinstiegs deshalb von zentraler Bedeutung, weil damit zugleich Weichenstellungen für den weiteren erwerbsbiografischen Verlauf erfolgen). Seitens der Gesellschaft wird jedoch fehlende berufliche Qualifikation als individuell verschuldetes Defizit des einzelnen Jugendlichen wahrgenommen.

Grafik 1 verdeutlicht den kontinuierlichen Anstieg der AHS-SchülerInnen (hier die AbsolventInnen der AHS-Unterstufe) während der letzten 40 Jahre. Seit Anfang der 60er Jahre (Geburtskohorte 1946-50) hat sich der Anteil der AHS-Unterstufen-AbsolventInnen mehr als verdoppelt: von ~12% auf derzeit ~26%. Gleichzeitig wird ersichtlich, dass die weiblichen Jugendlichen aufgeholt haben. Gingen zu Beginn des Beobachtungszeitraums noch deutlich weniger Mädchen als Burschen in eine AHS-Unterstufe, so ist mittlerweile die Bildungsbeteiligung der Mädchen in dieser Schulform etwas höher als jene der Burschen.¹¹

Auch in der Sekundarstufe II ist die Bildungsbeteiligung kontinuierlich angewachsen (Grafik 2). Und auch hier haben die Mädchen aufgeholt; ihre Bildungsbeteiligung liegt aber noch deutlich unter jener der Burschen (Differenz von ~8 %punkten). In diesem Befund spiegelt sich aber auch das stark ausgeprägte geschlechtstypische Schulwahlverhalten wider. Einerseits durchlaufen anteilmäßig weniger weibliche als männliche Jugendliche eine Lehrlingsausbildung (~19% der Mädchen gegenüber ~36% der Burschen¹²). Andererseits wählen Mädchen in einem weit geringeren Ausmaß technisch orientierte Schulformen (z.B. HTL), die normalerweise auch längere Ausbildungszeiten bedingen. Zwar weisen Mädchen in den restlichen Schulformen der Sekundarstufe II etwas höhere Bildungsbeteiligungsquoten als Burschen auf – in Summe ergibt sich aber doch der nach wie vor relativ große geschlechtstypische Abstand der Bildungsbeteiligungsquoten.

Grafik 2: Bildungsbeteiligungsquoten in der Sekundarstufe II

(gemessen an der Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen)



Quelle: Österreichische Schulstatistik, ibw-Berechnungen.

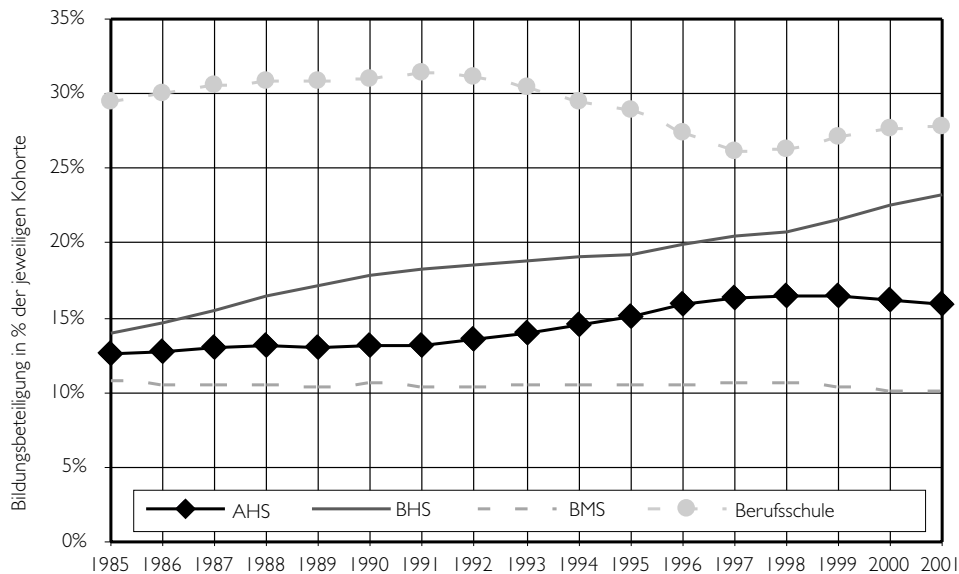
Grafik 3 belegt, dass in der Sekundarstufe II gerade in den Schulformen mit höheren formalen Abschlüssen (AHS und BHS!) die Bildungsbeteiligung deutlich angestiegen ist. Demgegenüber ist die Bildungsbeteiligung in den berufsbildenden mittleren Schulen (BMS) im beobachteten Zeitraum konstant geblieben. Die Lehrlingsausbildung verzeichnet seit Anfang der 90er Jahre einen deutlichen Rückgang, der aber in den letzten Jahren aufgefangen werden konnte.

¹¹ Der Rückgang der AHS-Anteile in der jüngsten Geburtskohorte dürfte auf Datenzensurierung zurückzuführen sein.

¹² Dieses geschlechtstypische Grundmuster ist über den Zeitablauf konstant.

Grafik 3: Bildungsbeteiligungsquoten in den Schulformen der Sekundarstufe II

(gemessen an der Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen)



Quelle: Österreichische Schulstatistik, ibw-Berechnungen.

Familie und Bildungswahl am ersten Schulwahlentscheidungspunkt: Der Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe I (Hauptschule versus AHS-Unterstufe)

An dieser Stelle stellt sich nun die Frage, inwieweit diese Schulwahlentscheidungsprozesse vom familiären bzw. sozialen Hintergrund (mit)geprägt sind.

In Österreich dürfte der Einfluss der Familie für die Schul- bzw. Bildungswahl insgesamt als hoch einzuschätzen sein, da es international gesehen zu den wenigen Ländern gehört, die sich durch eine sehr frühe Differenzierung ihres Bildungssystems auszeichnen.¹³ Da schon im Alter von 9-10 Jahren die Wahl zwischen der Hauptschule bzw. der AHS-Unterstufe getroffen werden muss, kann man davon ausgehen, dass diese erste Schulwahlentscheidung ganz entscheidend von den Eltern bestimmt wird.

Dies bedeutet keinesfalls, dass Eltern quasi-autonom, d.h. unabhängig von ihrer Stellung im sozialen Kontext, entscheiden. So spielen u.a. die „Empfehlungen“ der Volksschule bzw. der bisherige Schulerfolg des Kindes hinsichtlich der weiteren Bildungslaufbahn im Entscheidungsprozess der Eltern durchaus eine Rolle. Wie stark diese Aspekte von den Eltern berücksichtigt werden, und ob Eltern aus verschiedenen sozialen Schichten diesen Aspekten eine unterschiedliche Bedeutung beimessen, ist bislang für Österreich m.W. noch nicht hinreichend

¹³ Lediglich in einigen Bundesländern Deutschlands, in einigen Kantonen der Schweiz, sowie in der Slowakei, Tschechien und Ungarn wird schon nach vier Jahren „Volksschule“ eine erste Differenzierung nach Schulformen vorgenommen (vgl. Tabelle I im Anhang). In der Mehrzahl der europäischen Staaten besuchen (fast) alle Kinder zumindest sechs Jahre gemeinsam ein und dieselbe Schule.

empirisch erforscht worden.¹⁴ Die Frage des Einflusses der Eltern hinsichtlich der Schulwahlentscheidungen des Kindes muss demnach in den breiteren Zusammenhang sozialer (Schichtungs-)Prozesse eingebettet werden.

Exkurs: Bildungswahltheorien

Die wesentlichen theoretischen Ansätze zum Thema Bildungswahl hängen thematisch und ideengeschichtlich eng mit dem Aspekt der sozialen Ungleichheit zusammen und lassen sich grob in drei „Denkschulen“ einteilen. In der **Modernisierungsthese** (Treiman 1970, Treiman und Yip 1989) steht der korrespondenzfunktionelle Zusammenhang im Vordergrund: Demnach führt die Veränderung der Wirtschafts- und Berufsstruktur zu einer größeren Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, was wiederum eine steigende Bildungsnachfrage der Bevölkerung zur Folge hat (im Sinne erhöhter Partizipationsquoten im nachobligatorischen Bildungssystem und des Trends zu formal höheren Abschlüssen).¹⁵ Ob dadurch auch ein Abbau der herkunftsbezogenen Ungleichheit in Bezug auf Bildungschancen bedingt ist, bleibt jedoch offen.¹⁶ Postuliert wird, dass im Zuge der Modernisierung der Einfluss des elterlichen Status auf die Bildungsbeteiligung (und den Bildungserfolg) zurückgeht.

Reproduktionstheoretische Ansätze bzw. die **schichtspezifische Sozialisationsforschung** betonen demgegenüber, dass Bildungspartizipation, Schulwahl und schulische Leistungen in erheblichem Maße von den familiären Sozialisationsprozessen – und damit von sozioökonomischen und soziokulturellen Bedingungen des häuslichen Milieus – abhängig sind. In den Familien werden demnach nicht nur kognitive Dispositionen (Wissen, kulturelle Fertigkeiten, Erziehungsstile, etc.) vermittelt, sondern Familien unterscheiden sich auch hinsichtlich des klassenspezifischen Habitus (Denk-, Auffassungs-, Beurteilungs- und Handlungsschemata). Diese herkunftsspezifischen Dispositionen (Einstellungs- und Erwartungshaltungen) gegenüber der Bildung bestimmen unabhängig vom schulischen Erfolg auch die Wahl von Bildungsgängen.¹⁷ Die **Statuszuweisungstheorie** (Blau und Duncan 1967) modifiziert diesen Ansatz, indem die Herkunftsvariablen zwar die Bildungslaufbahn beeinflussen, aber nicht derart festlegen, wie dies gemäß der schichtspezifischen Sozialisationsforschung der Fall ist.

Als dritten theoretischen Strang kann die **mikrosoziologische Theorie der Schulwahl (Rational Action Theory)** angeführt werden. Ausgehend von Boudon (1974) wird hier die Bildungsbeteiligung bzw. Schulwahl als quasi-ökonomische Investitionsentscheidung der Individuen aufgefasst. Die Bewertung der Bildungsalternativen erfolgt nach ihrem Nutzen und den mit dem Schulbesuch verknüpften Kosten. Dieser Ansatz ist in zahlreichen

¹⁴ Für Deutschland stellt Becker (2000; S. 461) fest: „Höher gebildete Eltern versuchen in der Regel, auch entgegen der Grundschulempfehlung ihre leistungsschwächeren Kinder auf das Gymnasium zu bringen, während manche Eltern mit einem niedrigeren Bildungsniveau entgegen den günstigen Grundschulempfehlungen darauf bestehen, dass ihr Kind die Hauptschule besucht.“ Für Österreich (Gruber; zit. Der Standard vom 5.12.2000): „Ambitionierte Eltern, die meist aus der Mittel- und Oberschicht kommen, würden sich darum bemühen, dass ihre Kinder eine Schule mit ‚gutem Ruf‘ besuchen; Kinder aus der Unterschicht bleiben über.“

Komplizierend kommt hinzu, dass sowohl die Empfehlungen der Volksschule als auch der Schulerfolg des Kindes nicht „schichtunabhängig“ sein dürften. Diese Themen wurden von der schichtspezifischen Sozialisationsforschung schon in den 60er Jahren aufgeworfen – zu methodischen Ansätzen, Fragestellungen, Ergebnissen und Kritik vgl. Kristen (1999) und besonders Bourdieu (1982) bzw. Bourdieu und Passeron (1971). Stichworte: kulturelles Kapital, Schule als Mittelschichtinstitution, Stuserhaltungsmotiv.

¹⁵ In diesem theoriegeschichtlichen Kontext steht dabei auch die Lazarsfeld-These, der zufolge die Struktur der Berufswünsche seitens der Jugendlichen die ökonomischen und konjunkturellen Schwankungen von Wirtschaftsregionen widerspiegelt. Diese strikte Version wurde schon Mitte der 50er Jahre durch die Realitätsanpassungsthese erweitert, wonach die Qualifizierungs- und Berufswünsche der Jugendlichen sich mit zunehmender Nähe zum Zeitpunkt der Bildungsentscheidung der objektiv vorgegebenen Struktur von Ausbildungsmöglichkeiten annähern (vgl. dazu Bolder, 1984).

¹⁶ Wie Schimpl-Neimanns (2000) feststellt, ist „eine zentrale Voraussetzung für den Abbau herkunftsbezogener Ungleichheit [...], dass die Bildungsbeteiligung der unteren Klassen im Vergleich zur oberen Klasse überproportional steigen muss“. Hinsichtlich der konkreten Bedingungen, unter welchen dies zu erwarten ist, gibt jedoch die Modernisierungstheorie keine Auskunft.

¹⁷ Vgl. dazu Bourdieu (1982), Bourdieu und Passeron (1971), Schimpl-Neimanns (2000) und vor allem Kristen (1999) geben einen Überblick über die Entwicklung dieser Denkrichtungen.

Varianten auch in empirischen Anwendungen aufgegriffen worden.¹⁸ Diese Varianten unterscheiden sich vor allem dadurch, wie die Kosten und Nutzen angesetzt werden (**subjektive Werterwartungstheorie** versus **Humankapitaltheorie**) und welche Gewichtung den primären und sekundären Effekten beigemessen wird. Primäre Effekte schaffen dabei eine Art „Ausgangsverteilung“ auf der Basis des kulturellen Hintergrunds (soziale Herkunft, Familie) und üben einen direkten Einfluss auf den Schulerfolg und in Folge auf die Handlungsalternativen aus. Die sekundären Effekte ergeben sich aus der sozialen Stellung innerhalb des Schichtungssystems; sie bewirken, dass Individuen unterschiedliche Bildungsentscheidungen treffen (auf Basis der relativen Risikoaversion bzw. des Staterhaltungsmotivs, Erfolgserwartungen, etc.).¹⁹ Kritische Positionen zu diesen Ansätzen zentrieren sich vor allem um die Frage, ob Individuen wirklich derart „quasi-rational“ handeln (vgl. Haller 2001).

Für Österreich muss leider festgestellt werden, dass es nur wenige Studien gibt, die versucht haben, die Thematik Bildungswahl und Bildungsungleichheit empirisch zu erforschen.²⁰ Und wenn doch, dann handelt es sich überwiegend um deskriptiv-ökonomische Ansätze, denen keine expliziten Bildungswahlmodelle zugrunde liegen.

In diesem Beitrag wird versucht, die wesentlichen Ergebnisse dieser Studien, unter dem Gesichtspunkt des **Einflusses, den der Bildungshintergrund der Eltern auf die Schulwahlentscheidungen des Kindes ausübt**, darzustellen. Vorrangig werden aber Resultate und Daten eigener Studien sowie jene des Forscherteams des ÖIF (Spielauer, Schwarz, Städter) verwendet. Der Variable „Bildungshintergrund der Eltern“ können dabei unterschiedliche Bedeutungsumfänge beigemessen werden: Streng genommen zeigt dieser nur einen monokausalen Einfluss auf; d.h. wie unterscheiden sich die Schulformenbeteiligungsquoten (bzw. Übertrittswahrscheinlichkeiten in eine bestimmte Schulform) von Kindern, deren Eltern unterschiedliche formale Bildungsniveaus aufweisen? Andererseits kann der „Bildungshintergrund der Eltern“ aber auch als Indikatorvariable der sozioökonomischen Lage des elterlichen Haushalts interpretiert werden, die die drei klassischen Ungleichheitsdimensionen elterliche Bildung, elterlicher beruflicher Status und elterliches Einkommen „repräsentiert“.²¹

Anhand der Grafik 4 zeigt sich, dass sowohl der Wohnort als auch der Bildungshintergrund der Eltern wichtige Einflussparameter sein dürften. So liegt die Übertrittswahrscheinlichkeit in eine AHS-Unterstufe am Land (unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern) deutlich unter jener der Stadt. Gleichzeitig steigt die AHS-Übertrittswahrscheinlichkeit mit steigendem formalem Bildungshintergrund der Eltern deutlich an. Gehen also z.B. am Land nur etwa 9% der Kinder von Eltern, die keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss aufweisen, nach der Volksschule in eine AHS-Unterstufe, so sind es bei Kindern aus Akademikerfamilien knapp 70%! In der Stadt sind die analogen Übertrittsquoten etwa 18% (Kinder aus Familien mit höchstens

¹⁸ Die bekanntesten Varianten sind mit den Namen Gambetta (1987), Erikson und Jonsson (1996), Breen und Goldthorpe (1997) sowie Mare (1980) verbunden. Auch die Humankapitaltheorie Beckers (1993) steht durchaus in dieser Denktradition. Für Österreich wurde m.W. bisher dieser Ansatz noch nie empirisch angewendet.

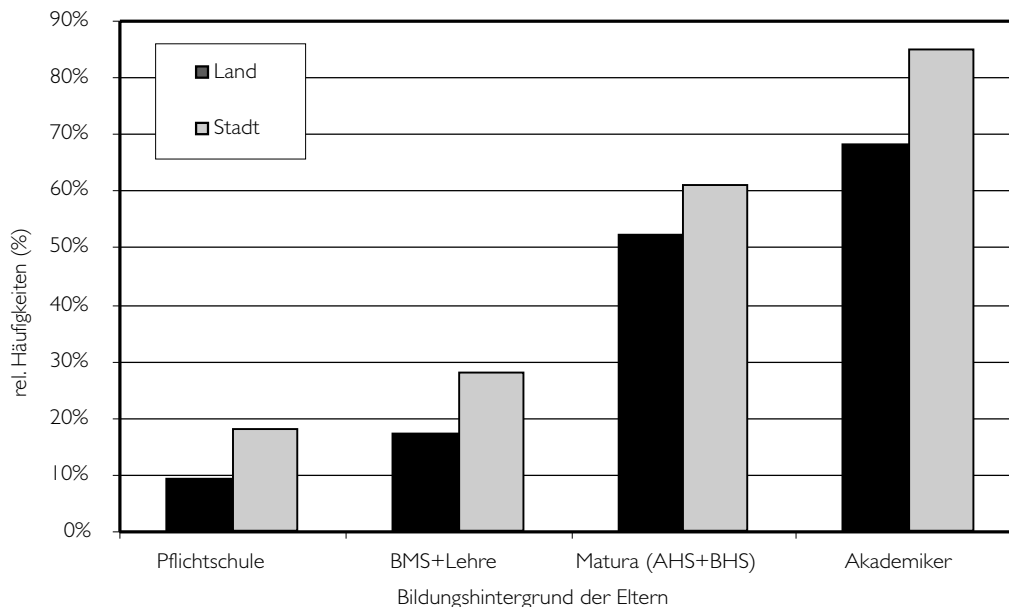
¹⁹ Vgl. auch hierzu Schimpl-Neimanns (2000) und vor allem Kristen (1999).

²⁰ Im Literaturanhang sind die wesentlichsten aufgelistet: Bacher (erscheint demnächst), Bauer (1996), Fassmann (1991, 2002), Lechner et al. (1998), Schwarz et al. (2002), Spielauer et al. (2002), Steiner (1998), Weidinger (2000), Reiterer (1998), Sertl (1998).

²¹ Dies deshalb, da in internationalen Studien durchwegs hohe Korrelationen zwischen diesen drei klassischen Ungleichheitsdimensionen ausgewiesen werden. Die „klassische“ Methode, kausale Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen „aufzudecken“, ist die Pfadanalyse. Die meisten Studien kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die stärksten (direkten) Wirkungen vom elterlichen Bildungshintergrund ausgehen. Hinsichtlich der ersten Schulwahlentscheidung (den Übergang von der Volksschule in die Hauptschule bzw. AHS-Unterstufe) gibt es jedoch für Österreich m.W. noch keine Studie, die diesen pfadanalytischen Ansatz verfolgt hätte. Für die Bildungsentscheidung in der Sekundarstufe II hat Bacher (erscheint demnächst) einen pfadanalytischen Ansatz verwendet – Bacher modelliert aber nicht die sequentielle Struktur der Bildungsentscheidungen, d.h. die Bildungsentscheidung beim Übergang von der Sekundarstufe I in der Sekundarstufe II hängt bei ihm nicht von der besuchten Schulform in der Unterstufe ab (siehe auch das nächste Kapitel).

Pflichtschulabschluss) gegenüber ca. 85% (Kinder aus Akademikerhaushalten). Und dieses generelle Muster ist über den Zeitablauf im Wesentlichen konstant.²²

Grafik 4: (Bedingte individuelle) Übertrittswahrscheinlichkeit in eine AHS-Unterstufe:
(in Abhängigkeit des Bildungshintergrunds der Eltern und des Wohnorts)



Quelle: ÖIF (auf Basis der Sondererhebung des Mikrozensus 1996, 2. Quartal).

Die durchwegs niedrigeren Übertrittswahrscheinlichkeiten „am Land“ verglichen mit jenen „in der Stadt“ (unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern) dürften insbesondere durch das geringere AHS-Ausbildungsangebot in den Landregionen bedingt sein.²³ Zusätzlich kann man davon ausgehen, dass auch unterschiedliche Selektionsmechanismen auf Basis sozialer Zuschreibungen zu den Schulformen (Hauptschule als „Restschule“ in den Städten bzw. als „Quasi-Gesamtschule“ in Landregionen) wirken.²⁴

Familie und Bildungswahl am zweiten Schulwahlentscheidungszeitpunkt: Der Übergang nach der Pflichtschulzeit in die Sekundarstufe II

Zwar dürfte der direkte Einfluss der Familie hinsichtlich der Schulwahlentscheidung des Kindes beim Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II abnehmen bzw. deutlich niedriger anzusetzen sein als beim ersten Schulwahlentscheidungszeitpunkt am Ende der Volksschule. Dies u.a. deshalb, da die Jugendlichen in einem Alter von 14 bis 15 Jahren schon deutlich ausgeprägtere „eigene“ Vorstellungen hinsichtlich ihres weiteren Werdegangs haben. Zusätzlich dürften in diesem Alter auch Peer-Group-Effekte (d.h. der Einfluss sozialer Bezugspersonen bzw. Bezugsgruppen wie Freundeskreis, SchulkollegInnen, etc.) wirken. Trotzdem belegt nach-

²² In diesem Beitrag wird aus Gründen der gebotenen Kürze von einer Darstellung der zeitlichen Entwicklung sowie des geschlechtstypischen Schulwahlverhaltens Abstand genommen. Für detailliertere Ergebnisse sei auf die Working Papers des ÖIF verwiesen. Dort sind auch der methodische Ansatz, die einbezogenen unabhängigen Variablen und die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse detailliert dargestellt.

²³ Zu den „räumlichen Disparitäten im österreichischen Schulwesen“ vgl. vor allem Fassmann (1991, 2002) sowie die Grafiken 1 und 2 im Anhang.

²⁴ Vgl. dazu die diversen Beiträge in Weidinger (2000).

stehende Grafik 5 den engen Zusammenhang zwischen Bildungshintergrund der Eltern, Besuch der Schulform in der Sekundarstufe I²⁵ und der weiteren Bildungskarriere.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche, die in der Sekundarstufe I eine Hauptschule besucht haben (linke Hälfte der Grafik 5), eine maturaführende Schulform der Sekundarstufe II (AHS-Oberstufe oder BHS) wählen, liegt durchwegs unter jenen von Jugendlichen, die eine AHS-Unterstufe (rechter Teil der Grafik 5) besucht hatten. Zugleich wird aber auch der Einfluss des Elternhauses (gemessen am formalen Bildungshintergrund der Eltern) deutlich. Unabhängig von der besuchten Schulform in der Sekundarstufe I steigt die Wahrscheinlichkeit, eine maturaführende Schulform in der Sekundarstufe II zu belegen, mit dem Bildungshintergrund der Eltern an. So liegen die Wahrscheinlichkeiten für Jugendliche, die aus der Hauptschule kommen und in eine maturaführende Schulform der Sekundarstufe II eintreten, je nach formalem Bildungshintergrund der Eltern bei...

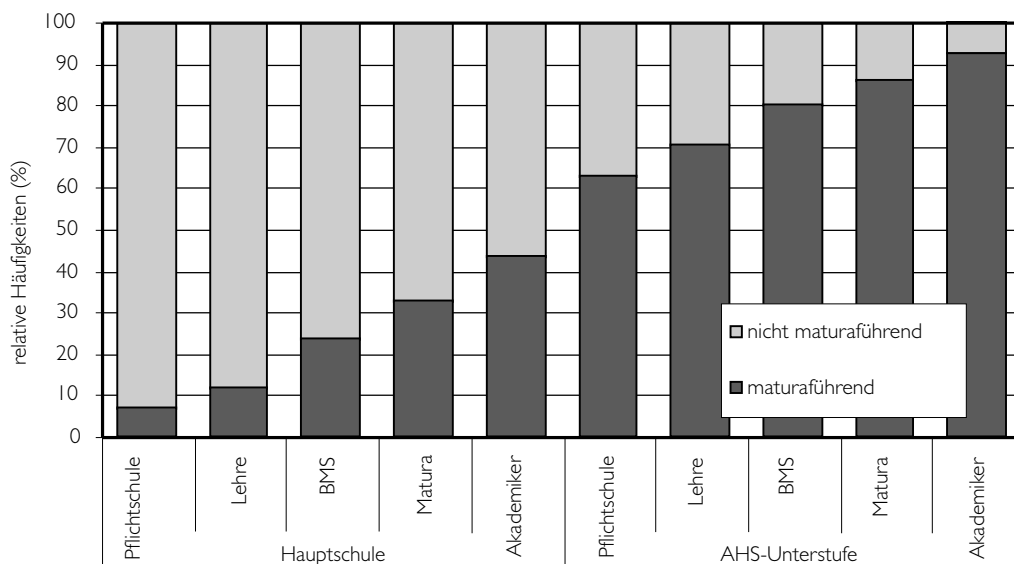
- ~7%, falls die Eltern über keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss verfügen;
- ~12%, falls die Eltern über einen Lehrabschluss verfügen;
- ~24%, falls die Eltern über einen Fachschulabschluss verfügen;
- ~33%, falls die Eltern über eine Matura verfügen;
- ~44%, falls die Eltern einen Akademikerhaushalt bilden.

Für Jugendliche aus einer AHS-Unterstufe ergeben sich aber folgende, verglichen mit obiger Gruppe durchwegs höhere, Übertrittswahrscheinlichkeiten in eine maturaführende Schule der Sekundarstufe II:

- ~63%, falls die Eltern über keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss verfügen;
- ~70%, falls die Eltern über einen Lehrabschluss verfügen;
- ~80%, falls die Eltern über einen Fachschulabschluss verfügen;
- ~86%, falls die Eltern über eine Matura verfügen;
- ~93%, falls die Eltern einen Akademikerhaushalt bilden.

Grafik 5: Zweite Bildungswahl

(in Abhängigkeit des Schulbesuchs in der Sekundarstufe I und dem formalen Bildungsniveau der Eltern)



Quelle: ÖIF (auf Basis der Sondererhebung des Mikrozensus 1996, 2. Quartal).

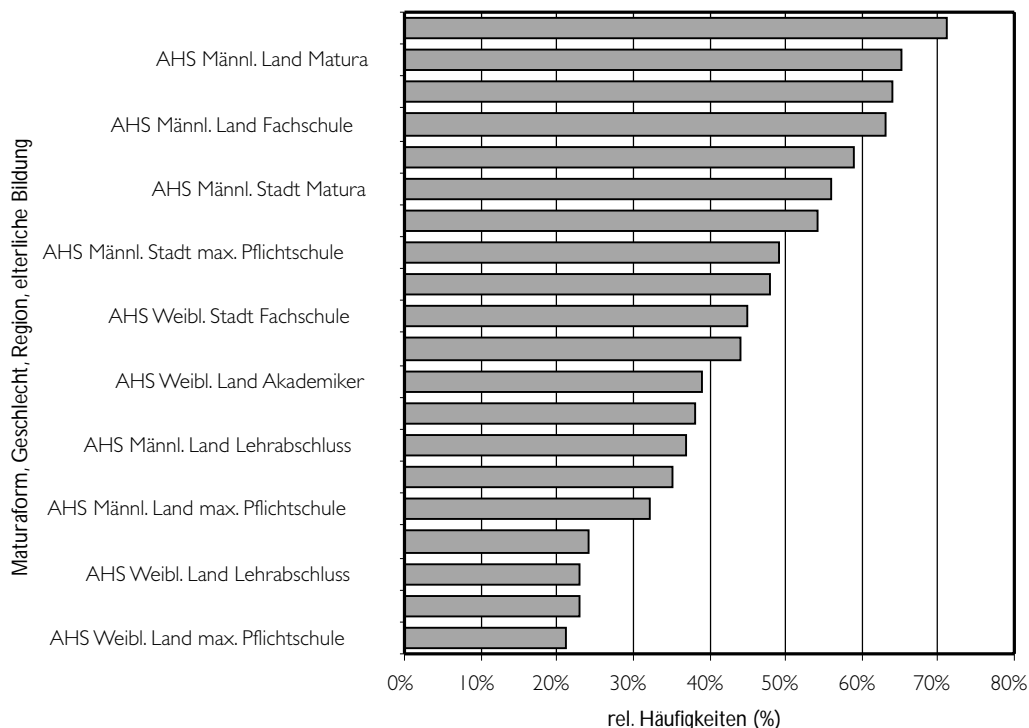
²⁵ Gerade im österreichischen Bildungssystem mit seiner frühen Differenzierung auf der Sekundarstufe I ist es notwendig, die Bildungsentscheidung für den weiterführenden Schulbesuch in der Sekundarstufe II anhand eines sequentiellen Ansatzes zu modellieren, d.h. die Schulform in der Sekundarstufe I explizit in der Analyse zu berücksichtigen. Vgl. dazu auch den theoretischen Ansatz von Mare (1980) und Boudon (1974).

Es ist also eine ausgeprägte Stratifikation der Schulkarriere in der Sekundarstufe II in Abhängigkeit des Bildungshintergrunds der Eltern und der Schulformenwahl in der Sekundarstufe I gegeben: Die soziale Stellung der Eltern (gemessen an deren formalem Bildungsniveau) prägt demnach entscheidend die Schulwahl in der Sekundarstufe I. Diese einmal getroffene Schulwahl²⁶ hat wesentlichen Einfluss auf die weitere Bildungslaufbahn in der Sekundarstufe II. Darüber hinaus steigt mit dem formalen Bildungsniveau der Eltern (unabhängig von der besuchten Schulform in der Sekundarstufe I) auch die Wahrscheinlichkeit, dass das Kind eine maturaführende Schulform der Sekundarstufe II wählt.²⁷

Universitätslaufbahn und sozialer Hintergrund

Aber selbst bei jenen Jugendlichen mit Matura, die ein Studium begonnen haben, zeigt sich der bedeutende Einfluss des sozialen Hintergrunds. Neben wichtigen Bestimmungsfaktoren eines Universitätsabschlusses, wie etwa der Art der Matura (AHS oder BHS²⁸), des Wohnorts und des Geschlechts der studierenden Person wird aus den Grafiken 6a und 6b deutlich, dass auch der formale Bildungsstand der Eltern einen starken Einfluss ausübt: Studierende, die aus einem höheren formalen Bildungsmilieu stammen, weisen tendenziell eine höhere Studierneigung (Summe aus Dropouts und Absolventen) als auch eine höhere Abschlusswahrscheinlichkeit auf.

Grafik 6a: Bestimmungsfaktoren des Universitätsabschlusses für AHS-MaturantInnen

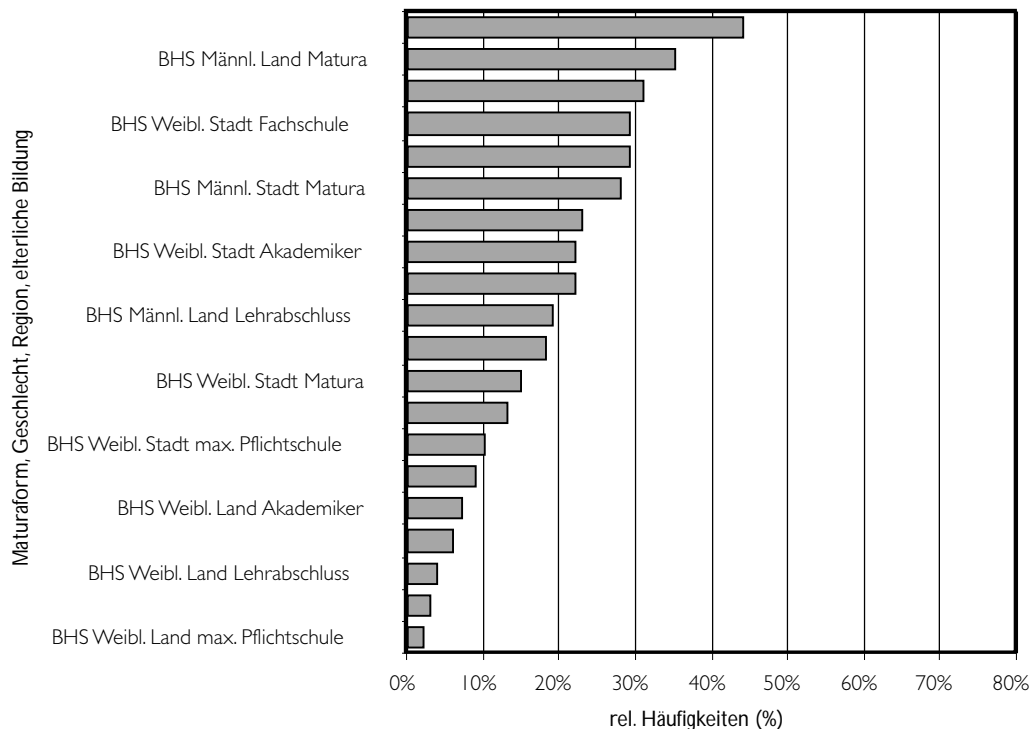


Quelle: ÖIF (auf Basis der Sondererhebung des Mikrozensus 1996, 2. Quartal).

²⁶ Das Ausmaß des Schulformenwechsels in der Sekundarstufe I zwischen Hauptschule und AHS-Unterstufe liegt bei ~1-2% der SchülerInnen. Eine einmal getroffene Schulwahl am Ende der Volksschule wird demnach praktisch nicht mehr revidiert. Die formale Durchlässigkeit zwischen den Schulformen in der Sekundarstufe I (wortidentische Lehrpläne in der AHS-Unterstufe und der Hauptschule) findet demnach auf der realen Ebene keine Entsprechung.

²⁷ Detaillierte Grafiken, die die Schulwahl in Abhängigkeit der elterlichen Bildung, des Wohnorts sowie des Geschlechts des Kindes darstellen, sind beim Forscherteam des ÖIF auf Anfrage erhältlich.

²⁸ Die Differenzen zwischen AHS- und BHS-MaturantInnen sind stark beeinflusst durch die unterschiedliche Studierneigung im Anschluss an diese beiden Schulformen. Da eine BHS-Matura einen qualifizierten beruflichen Ausbildungsabschluss darstellt, treten traditionell deutlich mehr BHS- als AHS-SchülerInnen nach der Matura in den Arbeitsmarkt ein.

Grafik 6b: Bestimmungsfaktoren des Universitätsabschlusses für BHS-MaturantInnen

Quelle: ÖIF (auf Basis der Sondererhebung des Mikrozensus 1996, 2. Quartal).

Im Zeitablauf haben sich zudem die Unterschiede in den Wahrscheinlichkeiten, ein Studium zu beginnen, in Abhängigkeit des formalen Bildungsniveaus der Eltern noch verstärkt. Vergleicht man die Geburtskohorte 1940-44 mit jener 1965-69, so wird deutlich, dass zwar die Studierneigung aller Jugendlichen gestiegen ist, jedoch fielen diese (absoluten) Steigerungen bei Jugendlichen aus elterlichen Milieus mit formal höheren Ausbildungsniveaus weit deutlicher aus (Grafik 3 im Appendix). So stieg die Studierneigung von Jugendlichen aus einem Akademikerhaushalt im beobachteten Zeitraum von 37% auf 58% an, jene von Jugendlichen aus einem elterlichen Haushalt, der nicht über einen die Pflichtschule hinausgehenden formalen Abschluss aufweist, nur von 2% auf 4%!

Diskussion – bildungspolitische Aspekte

„[Die] Frage der Verwirklichung von Chancengleichheit bzw. der Reproduktion von sozialer Ungleichheit [...] ist keine Forschungspriorität in Österreich [...]. Die Zugänglichkeit des Bildungs-Erziehungswesens hat sich verbreitert, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede haben sich zu einem gewissen Grad verringert [...]. Es gibt jedoch keinen Grund anzunehmen, dass im bestehenden selektiven System die traditionell (und universell) wirksamen Mechanismen sozialer Reproduktion außer Kraft gesetzt worden sein sollten. ‚Persistent Inequality‘ ist daher auch für Österreich eine Erwartung die zuerst zu widerlegen wäre“ (Lassnigg 2000).

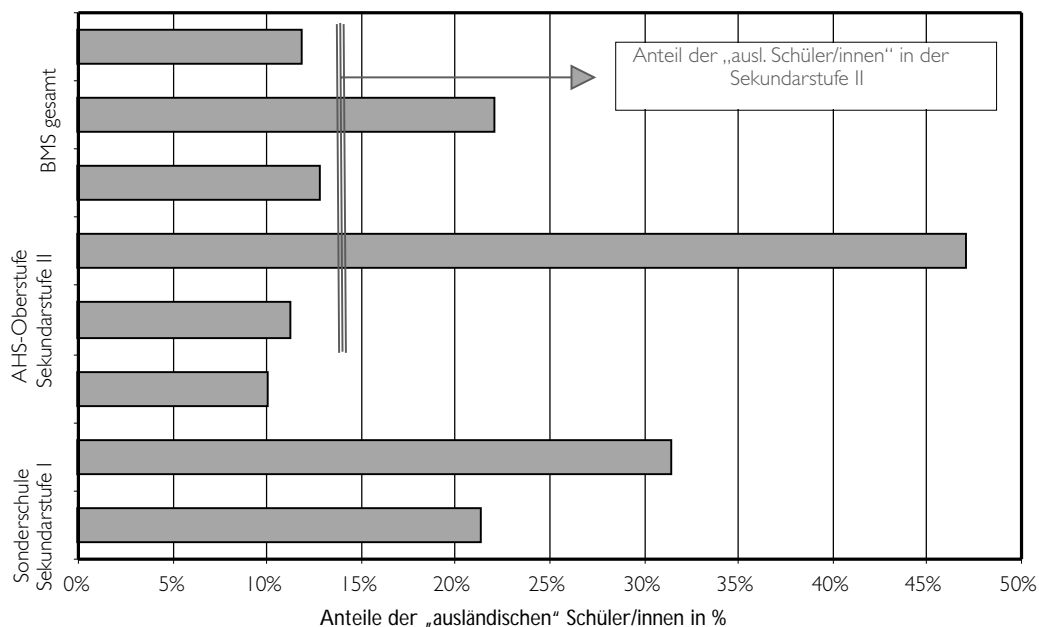
Wie die im Beitrag präsentierten Ergebnisse gezeigt haben, ist diesem Befund nur zuzustimmen. Die Rolle der Bildungswahl und im speziellen der Einfluss des familiären Hintergrunds auf die Schulwahlentscheidung in diesem Reproduktionskontext ist eine weitgehend unerforschte Dimension in Österreich.

In Österreich stehen hinter den verschiedenen bildungspolitischen Konzepten aber auch unterschiedliche **Familienbilder**. Die konservativ eingestellte Seite plädiert für die differenzierte Schulform in der Sekundarstufe I und für gezielte Programme zur Begabtenförderung. Bildung und Schule sollen der bestmöglichen Entfaltung individueller Fähigkeiten dienen. Der Schule kommt somit eine Unterstützerrolle von Familie und Elternhaus zu. Auf sozialdemokratischer Seite wird dagegen die Schule viel stärker als Korrektiv des Elternhauses gesehen, um Startnachteile von Kindern aus sozial schwächeren Schichten zu beheben. Daher auch ihr Plädoyer für eine

gemeinsame Schulform in der Sekundarstufe I.²⁹ „Die Forderung nach **Chancengleichheit** im Bildungswesen war in den Anfängen der Arbeiterbewegung ein zentrales Element, über den die Befreiung der ganzen sozialen Gruppe angestrebt wurde. Heute hat sich die Blickrichtung von der sozialen Klasse hin zum Individuum verschoben. Es geht jetzt bei der Forderung um Chancengleichheit mehr um die bestmögliche Ausstattung des Einzelnen“ (Gabriele Behler; zitiert in Bultmann 2001). Und derselbe weiter: „Das Konzept ‚Chancengleichheit beim Start‘ kann durchaus gewisse Gleichheitseffekte erzeugen [...]. Dies beschränkt sich jedoch auf eine gerechtere Verteilung von Positionen innerhalb der bestehenden Hierarchien und Konkurrenzmuster [...]. Was dieser Ansatz definitiv nicht leistet [...] sind die Beseitigung struktureller Bildungsdiskriminierung im vorpolitischen sozialen Raum [...]“, d.h. insbesondere bezüglich des „kulturellen und sozialen Kapitals³⁰“ der Familie.

Deutlich werden diese sogenannten „Creaming-Out“-Mechanismen³¹, also die systemimmanente Selektion von Jugendlichen aus „sozial benachteiligten oder bildungsfernen“ Milieus in die Hauptschule bzw. in die formal niedrigeren Schulformen der Sekundarstufe II, sichtbar an der Schulformenwahl von Migrantenkindern in Wien:³²

Grafik 7: Anteile der „ausländischen“³³ SchülerInnen in der Sekundarstufe I und II in Wien:



Quelle: Österreichische Schulstatistik, ibw.

In der Sekundarstufe I ist es die Hauptschule, die den höchsten Anteil an „ausländischen“ Kindern aller Schulformen aufweist; in der Sekundarstufe II sind es die polytechnischen Schulen und die BMS. Alle formal höheren Schulformen (AHS und BHS) weisen dagegen deutlich niedrigere Anteile auf. Interessanterweise liegt der Anteil der „ausländischen“ Jugendlichen in der Lehrlingsausbildung auch nur bei ca. 13%. Deutlich sichtbar wird auch, dass viele Kinder aus Migrantenfamilien nach dem Pflichtschulbesuch ihre Bildungslaufbahn nicht weiter fortsetzen dürften.-

²⁹ Vgl. Pelinka (2000/01).

³⁰ Vgl. Bourdieu (1971, 1982).

³¹ Vgl. Solga und Wagner (2000); Sertl (1998) spricht in diesem Zusammenhang von „Ausschließung“ bzw. einer „Segregation nach unten“.

³² Wien wurde deshalb als „exemplarisch“ gewählt, da Wien den größten „Ausländeranteil“ aller österreichischen Bundesländer aufweist.

³³ Unter dem Begriff „ausländische“ SchülerInnen werden hier alle SchülerInnen subsumiert, die nicht über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen.

Würde das Bildungssystem nicht selektiv wirken, dann würde man in allen Schulformen einen etwa gleich hohen relativen Anteil an „ausländischen“ SchülerInnen erwarten. Eine anders gelagerte Interpretation derselben Befunde ergibt sich, wenn man davon ausgeht, dass die Schulwahl in Migrantenfamilien aufgrund unterschiedlicher familiärer Bildungsaspirationen (oder anderer Faktoren) von jenen der österreichischen StaatsbürgerInnen abweicht. Berücksichtigt man den Bildungshintergrund der Migrantenfamilien, dann gibt es aber Hinweise dahingehend, dass das Schulwahlverhalten zwischen „InländerInnen“ und „AusländerInnen“ in weiten Bereichen analog sein dürfte. D.h. da Migrantenfamilien einen größeren Anteil an Haushalten mit einem formal niedrigeren Bildungsstand verglichen mit jenem der „Inländer“ haben, lassen sich die in Grafik 7 beobachtbaren unterschiedlichen „Ausländeranteile“ in den Schulformen größtenteils durch einen Struktureffekt erklären. Das bedeutet, dass das österreichische Bildungssystem zwar nicht „bewusst“ diskriminatorisch in Bezug auf Kinder aus Migrantenfamilien wirkt, sehr wohl jedoch der sozio-ökonomische familiäre Hintergrund (ganz gleich ob MigrantIn oder „InländerIn“) ein wesentlicher Einflussfaktor in Bezug auf Bildungschancen und Bildungslaufbahn ist.³⁴

Auch die PISA-Studie belegt diesen Befund. So liegen in Österreich die gemessenen Leistungslevels von Kindern aus Migrantenfamilien deutlich unter jenen der „InländerInnen“. Betrachtet man den Kontext sozialer Hintergrund und Schulleistung international, so wird eine hohe Streuung der Ergebnisse deutlich. Diese verweisen auf komplexe Wirkungszusammenhänge. Jugendliche aus einem günstigeren sozialen Hintergrund erreichen jedoch überall bessere Schulleistungen als Jugendliche aus einem benachteiligten sozialen Hintergrund. Daraus folgt:

Kommt man aus einem Haushalt mit günstigen Voraussetzungen, ist es fast egal, in welchem Land man lebt: die Wahrscheinlichkeit, gute Schulleistungen zu erzielen, ist deutlich höher als bei ungünstigen Voraussetzungen.

Die Länder unterscheiden sich primär darin, wie sie Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten erreichen. So erreichen z.B. in Finnland (der „PISA-Sieger“) Jugendliche aus einem ungünstigeren sozialen Hintergrund deutlich bessere Schulleistungen als in Österreich.

Damit stellt sich aber die Frage, was das finnische vom österreichischen Bildungssystem unterscheidet. Ein wesentlicher Unterschied dürfte dabei in der binnendifferenzierten einheitlichen Schulform bis zur 9. Schulstufe zu orten sein, welches gekoppelt mit einem ausgebauten Fördersystem für „lernschwache“ Kinder diese guten PISA-Resultate ermöglicht zu haben scheint.³⁵ Vermittels individuell abgestimmter Lehrpläne wird dort konstruktiv mit Leistungsheterogenität umgegangen – ohne Sitzenbleiben, ohne einer frühen Selektion und institutioneller Differenzierung und mit einer schon im frühkindlichen Alter einsetzenden Förderung.

³⁴ Im Falle von Kindern aus Migrantenfamilien kann man davon ausgehen, dass dabei tendenziell formal „niedrigere“ elterliche Bildung und sprachliche „Barrieren“ kumulierend wirken.

³⁵ Näheres zum finnischen Bildungssystem ist Baumgartner (2002) zu entnehmen.

Literatur:

- Bacher Johann: „Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem Österreichs“. Erscheint demnächst in ÖZS Österreichische Zeitschrift für Soziologie.
- Bauer Adelheid: „Volkszählung 1991: Ausbildung und sozioökonomische Zugehörigkeit der Eltern“. In: Statistische Nachrichten Nr. 5, 1996.
- Baumgartner Helmut: „Wie machen das die Finnen?“ In: ÖPU-Nachrichten Heft 1, Oktober 2002.
- Becker Gary S.: „Human capital: A theoretical and empirical analysis with special reference to education.“ University Press of Chicago, 1993.
- Becker Rolf: „Bildungsexpansion und Bildungsbeteiligung – oder: Warum immer mehr Schulpflichtige das Gymnasium besuchen“. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Jg. 3, Heft 3, 2000.
- Blau Peter M., Duncan Otis D.: „The American occupational structure“. Wiley Press 1967.
- Bodenhöfer Hans-Joachim: „Das Bildungssystem Österreichs: Alte und neue Aufgaben der Bildungspolitik“. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 2, 1989.
- Bolder Axel: „Soziale Brechungen des Zusammenhangs zwischen regionalen Umwelten und individuellen Ausbildungschancen.“ In: MittAB 3 / 1984.
- Boudon Raymond: „Education, opportunity and social inequality“. Wiley Press 1974.
- Bourdieu Pierre: „Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1982.
- Bourdieu Pierre, Passeron Jean-Claude: „Die Illusion der Chancengleichheit: Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs“. Stuttgart, Klett, 1971.
- Breen Richard, Goldthorpe John H.: „Explaining educational differentials: Towards a formal rational action theory.“ In: Rationality and Society 9(3), 1997.
- Bultmann Torsten: „Bestmögliche Ausstattung jedes Einzelnen! – Zur Bedeutungsumwandlung von Chancengleichheit in der aktuellen Bildungspolitik“. In: Forum Wissenschaft 18; 2001.
- Der Standard vom 5.12.2000: „Der soziale Rahm saht sich ab“.
- Erikson Robert, Jonsson Jan O.: „Explaining class inequality in education: The Swedish test case“. In: Erikson Robert et al. (Eds.): „Can education be equalized? The Swedish case in comparative perspective.“ Westview Press 1996.
- Fassmann Heinz: „Der regionale Versorgungsbedarf an Bildungseinrichtungen“. ÖROK Schriftenreihe Nr. 91, 1991. Ders.: „Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem: Strukturen, Trends und politische Implikationen“. ÖROK Schriftenreihe Nr. 162, 2002.
- Gambetta Diego: „Were they pushed or did they jump? Individual decision mechanisms in education“. Cambridge University Press, 1987.
- Geißler Karlheinz A., Geramanis Olaf: „Beruflichkeit im Wandel“. In: „Berufs- und wirtschaftspädagogische Grundprobleme“; Berufsbildung konkret Band 1 (Hrsg. Schanz Heinrich), Baltmannsweiler 2001.
- Haller Max: „Sozialstruktur und Schichtungshierarchie im Wohlfahrtsstaat“. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 3, 1986.
- ders.: „Erklärt die Rational Choice-Theorie die Ungleichheit der Bildungschancen? Kritische Diskussion eines Beitrags von Rolf Becker“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52, 2001.
- Kolbe Fritz-Ulrich, Sünker Heinz, Timmermann Dieter: „Neue bildungssoziologische Beiträge zur Theorie institutionalisierter Bildung: Markierungen zur Theorieentwicklung“. In: Sünker H., Timmermann D., Kolbe F. (Hrsg.): „Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit: Internationale Beiträge zur Bildungssoziologie und Bildungstheorie“. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft Nr. 1085, Frankfurt am Main 1994.
- Kristen Cornelia: „Bildungsentscheidungen und Bildungsungleichheit: Ein Überblick über den Forschungsstand“. Arbeitspapier Nr. 5 des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MEZ), 1999.
- Lassnigg Lorenz: „Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat: Der ‚Geist aus der Flasche?‘“ In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 1, 1993.
- ders.: „Zehn Thesen zur Entwicklung von Bildung-Erziehung in Österreich“. Thesenpapier zum Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, Sept. 2000.

- Lechner Ferdinand, Mitterauer Lukas, Pammer Monika, Reiter Andrea, Reiter Walter: „Bildungsmotivation: Phänomene und Ursachen der Inanspruchnahme von Bildungschancen“. In: Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik, Nr. 110; 1998.
- Mare Robert D.: „Social background and school continuation decisions“. In: Journal of American Statistical Association 75(370), 1980.
- Mayer Susan E.: „What money can't buy: Family income and children's life chances“. Harvard University Press, 1998.
- ÖIBF: „Ausbildungs- und Berufswünsche von Jugendlichen in der 9. und 10. Schulstufe in Wien“. Studie für die Arbeiterkammer Wien, Mai 2001.
- Pelinka Anton: „Gerechtigkeit und Leistung“. In: ÖZB 3 / 2000-01.
- Reiterer Albert F.: „Moderne Gesellschaften: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Österreich“. WUV Verlag 1998.
- Schmid Kurt: „Regionale Bildungsströme in Österreich 1985-2001“. (Erscheint demnächst), ibw.
- Schwarz Franz, Spielauer Martin, Städtner Karin: „Gender, regional and social differences at the transition from lower to upper secondary education“. ÖIF Working Paper No. 23, 2002.
- Dies.: „University education: An analysis in the context of the FAMSIM + Microsimulation Model for Austria“. ÖIF Working Paper No. 27, 2002.
- Sertl Michael: „Mehr Chancengleichheit durch postmoderne Pädagogik? Anmerkungen zum Stand der Schulreform“. In: Preglau M., Richter R. (Hrsg.): „Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur“. Signum Verlag 1998.
- Solga Heike, Wagner Sandra: „Beiwerk' der Bildungsexpansion: Die soziale Entmischung der Hauptschule“. Working Paper 1/2000, Max Planck Institute for Human Development, Berlin 2000.
- Spielauer Martin, Schwarz Franz, Schmid Kurt: „Education and the importance of the first educational choice in the context of the FAMSIM + Microsimulation Model for Austria“. ÖIF Working Paper No. 15, 2002.
- Steiner Mario: „Empirische Befunde zur Chancengleichheit im österreichischen Bildungssystem“. In: erziehung heute, Nr. 4, 1998.
- Treiman Donald J.: „Industrialization and social stratification“. In: Laumann Edward O. (Hrsg.): „Social stratification, research and theory for the 1970s.“ Bobbs-Merrill 1979.
- Treiman Donald J., Yip Kam-Bor: „Educational and occupational attainment in 21 countries“. In: Kohn Melvin L. (Hrsg.): „Cross-national research in sociology“. Sage 1989.
- Van de Werfhorst Herman G, Andersen Robert: „Social background, credential inflation and educational strategies“. Working Paper (download: <http://www.nuff.ox.ac.uk/users/werfhorst/>).
- Weidinger Walter (Hrsg.): „Wieso ‚Haupt‘-Schule? Zur Situation der Sekundarstufe I in Ballungszentren“. öbv&htp, 2000.

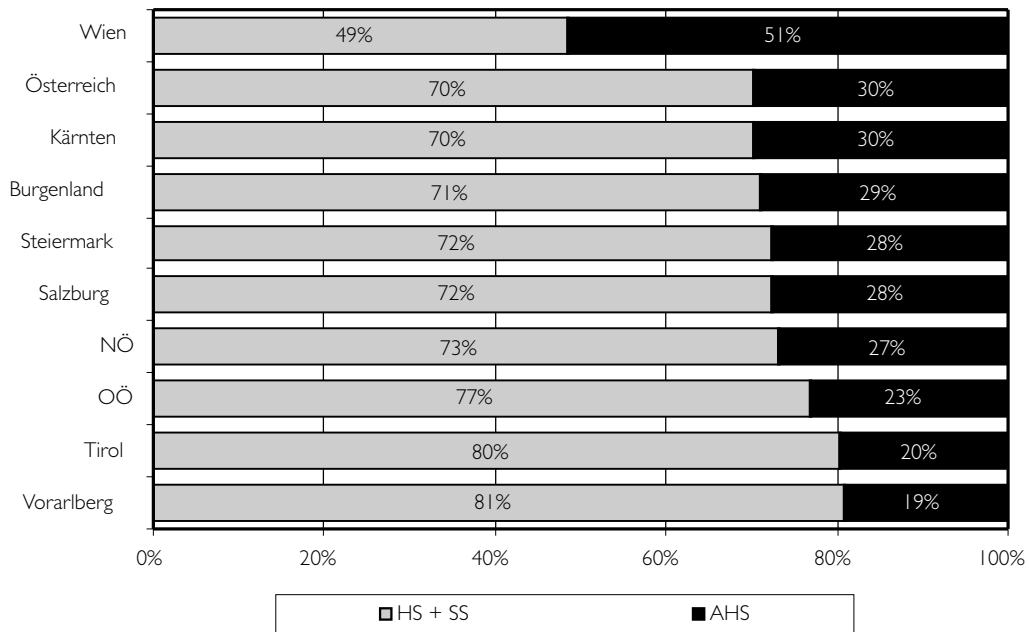
Anhang

Tabelle 1: Gemeinsame Schuldauer im internationalen Vergleich:

Gemeinsame Schulzeit in Jahren	Länder
4 Jahre	Deutschland (teilweise), Österreich, Schweiz (teilweise), Slowakei, Tschechien, Ungarn
5 Jahre	Liechtenstein, Russland, Schweiz (teilweise)
6 Jahre	Belgien, Deutschland (teilweise), Irland, Luxemburg, Malta, Nordirland, Schweiz (teilweise), Zypern (griechisch)
8 Jahre	Bulgarien, Griechenland, Italien, Niederlande, Rumänien, Schweiz (teilweise), Spanien, Türkei
9 Jahre	Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Portugal, Schweden, Zypern (türkisch)
10 Jahre	Island
11 Jahre	England, Wales, Schottland

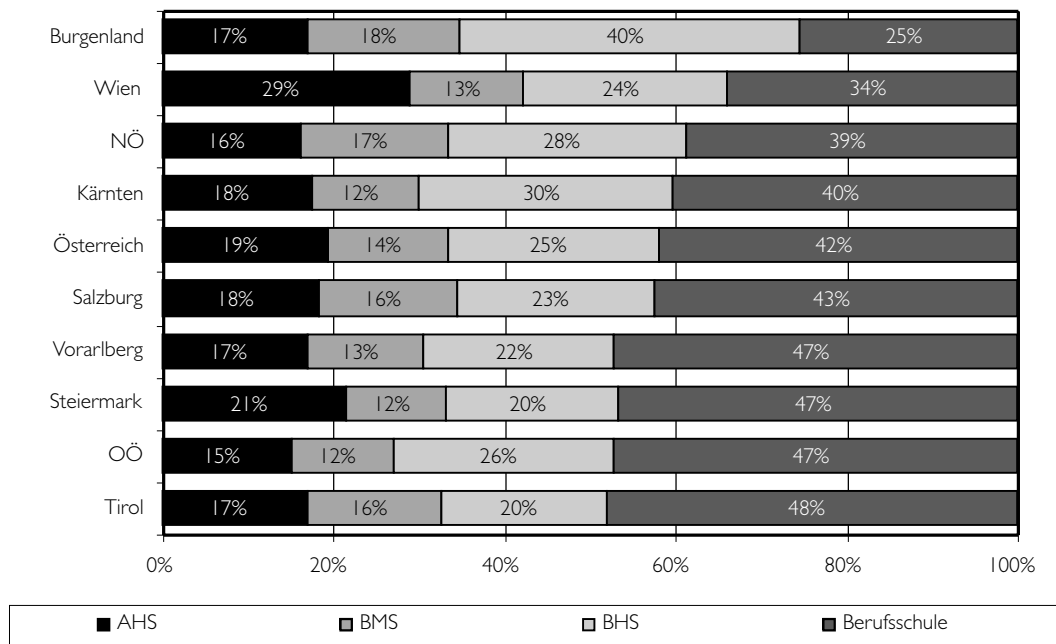
Quelle: Böhnel, Khan-Svik 1995, S. 186.

Grafik 1: Regionale Bildungsverteilung in der 5. Schulstufe – Schuljahr 2000/01



Quelle: Österreichische Schulstatistik, ibw-Berechnungen.

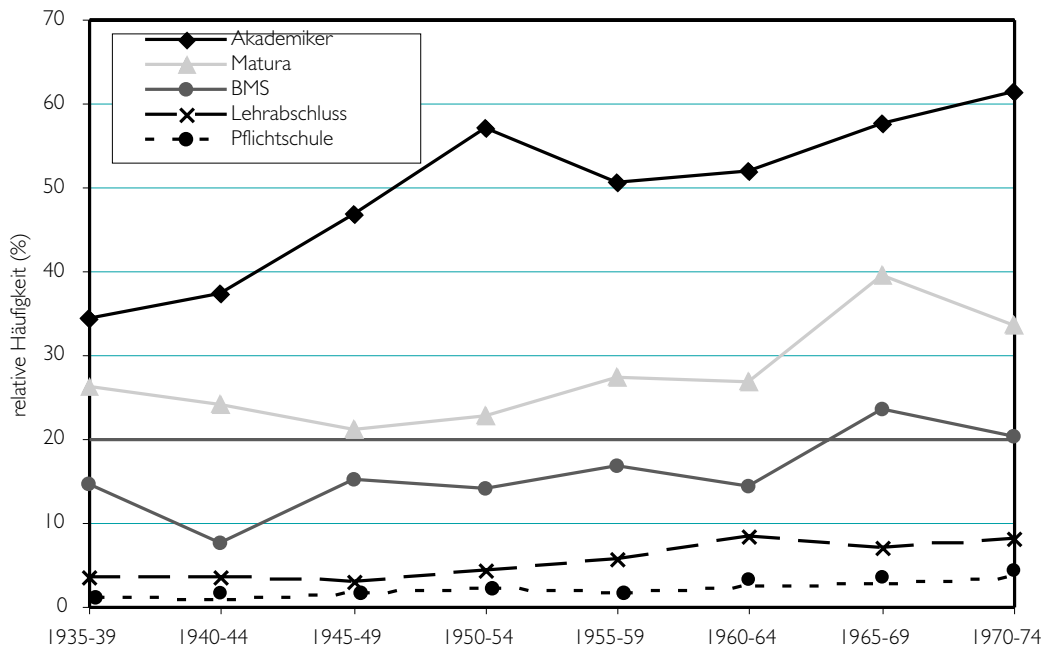
Grafik 2: Regionale Bildungsverteilung in der 10. Schulstufe – Schuljahr 2000/01



Quelle: Österreichische Schulstatistik, ibw-Berechnungen.

Grafik 3: Anteil der Studierenden in Abhängigkeit des formalen Bildungsniveaus der Eltern im Zeitablauf

(gemessen an 5-Jahres-Geburtskohorten)



Quelle: Schwarz et al. 2002, ÖIF Working Paper 27.

Thema
Intervention und Partizipation

UDO JESIONEK

Reaktionen auf entwicklungsbedingte Straffälligkeit junger Menschen

Das Reiben an Normen, die ihre Umwelt aufstellt, gehört zum normalen Entwicklungsprozess junger Menschen. Dabei spielt es für sie in der Regel keine Rolle, ob es sich um von Eltern und Familie vorgegebene Verhaltensmaßnahmen handelt, um Regeln des Kindergartens und der Schule oder um Normen, deren Vollziehung Verwaltungsbehörden, der Polizei oder den Gerichten obliegen. Kriminalität und damit auch **Jugendkriminalität** lässt sich formal ja nur so definieren, dass darunter ein **Verhalten** verstanden wird, das der jeweilige Gesetzgeber **unter Strafsanktion gestellt** hat. Es ist heute unbestritten, dass das Strafrecht die schärfste Waffe der Gesellschaft darstellt und der Staat nur solches Verhalten verbieten und unter Strafsanktion stellen soll, das er als schwer gesellschaftsbeeinträchtigend ansieht. Weitgehend unbestritten ist heute auch - sieht man von fundamentalistischen religiösen oder ideologischen Positionen ab - dass die Frage, was als schwer gesellschaftsschädigend anzusehen ist, einem stetigen Wandel unterliegt. Handlungen, die noch vor 50 Jahren gesellschaftlich verpönt waren und unter Strafsanktion standen, sind heute straffrei oder sehr umstritten (man denke nur an den ganzen Komplex des Sexualstrafrechtes); Verhaltensweisen, die früher gesellschaftlich unbedenklich schienen, stehen heute unter Strafsanktion, wie etwa schwere Schädigungen der Umwelt oder noch vor Jahrzehnten unbekannte Praktiken im Wirtschaftsleben, der Kommunikation, etc.

Es ist hier nicht der Platz, um auf all die Probleme einzugehen, die mit der Notwendigkeit der Setzung von Strafnormen, ihrer Rechtfertigung und vor allem ihrer Akzeptanz verbunden sind, im Allgemeinen können wir aber doch feststellen, dass der normale erwachsene Bürger bereit und in der Lage ist, sich zumindest soweit normgerecht zu verhalten, dass er nicht gegen Strafgesetze verstößt.

Wie schon erwähnt, gilt das nicht für junge Menschen unter dem Einfluss all dessen, was auf sie in Pubertät und Adoleszenz einstrahlt. Es wird kaum einen jungen Menschen geben, der nicht zumindest zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr eine ganze Reihe strafbarer Handlungen, mitunter auch Handlungen, die formal schwerer strafbar sind, begangen hat. Wir wissen aus der Dunkelfeldforschung, dass mehr als 90% dieser strafbaren Handlungen nie zur Kenntnis der Behörden kommen, das heißt, nicht verfolgt werden. Trotzdem wird aus den meisten jungen Menschen ein erwachsener rechtstreuer Bürger.

Die Fachwelt spricht daher von der „**normalen Jugendkriminalität**“, also dem Stadium, das jeder durchmacht, ohne dass es zu schweren Konsequenzen führen muss, sofern nicht durch übermäßige oder unsinnige Reaktionen auf entdecktes strafbares Verhalten Stigmatisierungen erfolgen, die den späteren Lebensweg verändern. Es hat sich gezeigt, dass eine überschießende Reaktion auf ein Fehlverhalten junger Menschen sehr oft zu schweren Schädigungen der weiteren Entwicklung, der schulischen und beruflichen Laufbahn und überhaupt des ganzen weiteren Lebensweges eines jungen Menschen führen kann. Es sei nur auf die verheerenden Folgen hingewiesen, die eine Strafregistereintragung eines harmlosen Deliktes wegen mit sich bringt.

Neben dieser „normalen Jugendkriminalität“ gibt es allerdings auch kriminelle Erscheinungsformen junger Menschen, die ihre Ursache in Entwicklungsstörungen, schlechten Umweltbedingungen oder anderen negativen Faktoren haben und die fast zwingend zu einer späteren kriminellen Laufbahn und einem totalen Abgleiten des Menschen führen können, wenn sie nicht rechtzeitig abgefangen werden. Aufgabe der Jugendgerichtsbarkeit ist es daher vor allem, im Einzelfall zu ermitteln, was dem strafbaren Verhalten des jungen Menschen, das Gegenstand einer Anzeige und damit einer Behandlung durch Staatsanwaltschaft und Gericht wurde, zu Grunde liegt und dann die richtigen Reaktionen zu wählen.

In dieser Erkenntnis sind seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Wesentlichen alle Staaten unseres Rechtskreises dazu übergegangen, neben das Erwachsenenstrafrecht ein **spezielles Jugendstrafrecht** zu stellen. Dabei haben die meisten Staaten vorerst die Strafmündigkeit in der Regel mit dem Schulabschluss, der Erreichung des 14. Lebensjahres beginnen und die Besonderheiten des Jugendstrafrechtes etwa mit der Erreichung des 18. Lebensjahres enden lassen. Für die Strafmündigkeitsgrenze war und ist in den Staaten, die sich dem **Schuldstrafrecht** verpflichtet fühlen, maßgebend, dass spätestens mit diesem Zeitpunkt die Kriterien des

strafrechtlichen Schuldvorwurfes erfüllt scheinen, das heißt, der junge Mensch im Stande ist, das Unrecht seines Verhaltens einzusehen und auch dieser Einsicht gemäß zu handeln. Die 14-Jahres-Grenze ist derzeit die Regel, daneben gibt es aber auch andere Untergrenzen zwischen dem 12. und 15. Lebensjahr; manche Staaten, wie etwa die Schweiz, setzen die Strafmündigkeit auch schon mit dem 7. Lebensjahr an, allerdings relativieren sie den Schuldvorwurf und ersetzen das Strafrecht in diesem Bereich durch ein Erziehungsrecht.

Während die untere Grenze nun durch hundert Jahre etwa stabil blieb und kaum umstritten ist, haben sich in den letzten Jahren fast alle europäischen Staaten - mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches, Frankreich und Italien - für die **Einführung einer zweiten Altersgrenze** entschlossen, die in der Regel beim 21. Lebensjahr fixiert ist (in Deutschland wird derzeit eine 24-Jahres-Grenze, in der Schweiz ein 25-Jahres-Grenze diskutiert), bis wohin Jugendstrafrecht angewendet werden kann oder muss.

Grund für die Einführung von Sonderbestimmungen für diese zweite Altersgruppe war vor allem, dass neuere entwicklungspsychologische Forschungen kontinuierlich fortschreitende Veränderungen des Reifungsprozesses ergeben haben, die eine auf diese Besonderheiten der Adoleszenz abgestellte besondere strafrechtliche Bedachtnahme sinnvoll erscheinen lassen. Während die biologische Reife der jungen Menschen heute wesentlich früher eintritt als noch vor 50 Jahren (damals lag die Menarche, also der erste Eisprung bei Mädchen, etwa beim 14. Lebensjahr; heute bereits beim 11. Lebensjahr), hat sich die psychosoziale Reife junger Menschen, das „Erwachsenwerden“ bis in die zweite Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts hinauf verschoben. Die komplexen Anforderungen, welche die hochdifferenzierte Leistungsgesellschaft bezüglich sozialer Eingliederung und intellektuellem Wissens- und Fähigkeitserwerb stellt, mögen dazu ebenso beigetragen haben, wie die im Vergleich zu früheren Epochen längeren Ausbildungszeiten und die heute oft relativ viel später einsetzende ökonomische Unabhängigkeit. Jungen Menschen wird heute einfach ein längerer Zeitabschnitt für die Entwicklung ihrer individuellen Fähigkeiten und auch für das „Finden“ eines Platzes in der Gesellschaft eingeräumt. Sichtbar äußert sich das darin, dass heute junge Menschen oft noch weit bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein zu Hause wohnen, alle Ressourcen des Elternhauses in Anspruch nehmen, weder wirtschaftlich noch verantwortlich zu Haushalts- und Lebensführung beitragen und vielfach das Einkommen, auch wenn sie es aus eigener Arbeit beziehen, zu ihrem eigenen Vergnügen und Spaß ausgeben können.

Die Geburtsstunde einer Jugendgerichtsbarkeit in Österreich war der 1.1.1909, an dem eine Verordnung des damaligen Justizministers Franz Klein in Kraft trat, wonach bei allen österreichischen Gerichten Jugendabteilungen einzurichten sind, wobei die Vormundschafts- und Pflugschaftsgerichtsbarkeit mit der Strafgerichtsbarkeit unter Einbeziehung einer Jugendgerichtshilfe gemeinsam erledigt werden sollte. Seither gibt es in Österreich eigene Jugendabteilungen und damit auch Richter, die sich speziell mit dieser Materie beschäftigen.

Die provisorische Nationalversammlung des Staates Deutsch-Österreich erließ am 25.1.1919 ein Gesetz über die Errichtung von Jugendgerichten (übrigens gleichzeitig mit einem Gesetz über die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes für die junge Republik), und bereits am 15.10.1920 wurde das Jugendgericht Wien am Sitze des damaligen Bezirksgerichtes Wien-Josefstadt errichtet. Das Jugendgerichtsgesetz 1928 schließlich brachte nicht nur die Einführung eines eigenen Jugendstrafrechtes für die 14- bis 17-jährigen, sondern auch die Errichtung eines Jugendgerichtshofes Wien, in dem die gesamte Strafgerichtsbarkeit auf allen Ebenen sowie die Vormundschafts- und Pflugschaftsgerichtsbarkeit bei Erziehungsnotständen zusammen mit einer eigenen Jugendgerichtshilfe in einer eigenen Einheit zusammengefasst wurden. Für die weiteren Städte, die mehrere Bezirksgerichte hatten und haben, das sind derzeit Graz und Linz, wurden ebenfalls eigene Jugendgerichte installiert – und zwar das Jugendgericht Graz für die Grazer Bezirksgerichte und das Jugendgericht Linz-Land für den Zuständigkeitsbereich der drei Linzer Bezirksgerichte.

Schon der **Gesetzestitel** des Jugendgerichtsgesetzes 1988 zeigt die Zielrichtung der Jugendgerichtsbarkeit:

Das „**Bundesgesetz** vom 20. Oktober 1988 über die **Rechtspflege bei Jugendstraftaten** (Jugendgerichtsgesetz 1988- JGG)“ hat vorrangig nicht wie im Erwachsenenrecht eine strafrechtliche Reaktion im engeren Sinn auf strafbares Verhalten im Auge, sondern ein Bündel von Maßnahmen, womit der Zweck erreicht werden soll, „den Täter von strafbaren Handlungen abzuhalten“ (§ 5 Z 1 JGG). Während im Erwachsenenstrafrecht der Richter nach den §§ 32 ff StGB die konkrete Strafe - wenn nicht diversionelle Maßnahmen nach den §§ 90a ff StPO möglich sind - nach den Kriterien der Schwere der Tatschuld und den

Erfordernissen der General- und Spezialprävention festzusetzen hat, ist für den Jugendrichter ausschließlich der in der Spezialprävention enthaltene Erziehungszweck maßgebend.

Im Vordergrund der möglichen Reaktionspalette für Jugendliche (vom vollendeten 14. zum vollendeten 18. Lebensjahr) steht die **Diversion**, das heißt, das Absehen von der Verfolgung durch den Staatsanwalt oder die Einstellung eines Verfahrens durch das Gericht, wenn der Sachverhalt hinreichend geklärt ist, keine schwere Schuld des Jugendlichen vorliegt und keine spezialpräventive Bestrafungsnotwendigkeit gegeben ist.

Die Diversion kann entweder in einer **einfachen Einstellung des Verfahrens** bestehen (§ 6 JGG: schlichte Diversion), wenn keinerlei Maßnahmen der intervenierenden Diversion oder gar Strafmaßnahmen notwendig erscheinen oder vormundschafts- oder pflegschaftsbehördliche Anordnungen ausreichen oder sie kann daran geknüpft sein, dass der Jugendliche freiwillig dazu bereit ist, gewisse Leistungen zu erbringen oder Pflichten zu übernehmen (§ 7 JGG iVm §§ 90a ff StPO: intervenierende Diversion).

Im Rahmen der **intervenierenden Diversion** kann eine Verfahrenseinstellung daran geknüpft werden, dass sich der Jugendliche freiwillig zu einer der folgenden Maßnahmen verpflichtet:

- Zu Zahlung einer **Geldbuße**, sofern er über den Geldbetrag selbständig verfügen darf und sein Fortkommen nicht beeinträchtigt wird.
- Zur **Erbringung gemeinnütziger Leistungen**, etwa in Krankenhäusern, Rettungsdiensten, in der Jugend- oder Altenarbeit, in Pfarren oder auch in kommunalen Einrichtungen, wie etwa der Stadtreinigung, etc., wobei das Ausmaß der gemeinnützigen Leistungen täglich nicht mit mehr als 6, wöchentlich nicht mit mehr als 20 und insgesamt nicht mit mehr als 120 Stunden bestimmt werden darf.
- In der **Bestimmung einer Probezeit** von ein bis zwei Jahren, wobei dies damit verbunden werden kann, dass sich der Jugendliche freiwillig verpflichtet, sich durch einen **Bewährungshelfer** oder therapeutisch betreuen zu lassen (wobei Entwöhnungsbehandlungen sowie psycho- und sozialtherapeutische Maßnahmen im Vordergrund stehen) oder bereit ist, bestimmte andere **Pflichten zu übernehmen**, wie etwa den Schaden gut zu machen, an einem bestimmten Ort den Aufenthalt zu nehmen, etc. Diese Diversionsform ist besonders geeignet, junge Menschen „zu motivieren“, sich Therapien oder Betreuungen zu unterwerfen, die sie sonst freiwillig nicht über sich ergehen lassen würden.
- Zur Unterwerfung unter einen **außergerichtlichen Tauschgleich**. Hier wird unter Mithilfe besonders spezialisierter Konfliktregler versucht, die Hintergrundproblematik einer Täter-Opfer-Beziehung aufzuarbeiten und unter gemeinsamer Anstrengung von Jugendlichen und Opfer die Folgen der Tat so weit als möglich zu beseitigen.

Derzeit werden etwa 84% aller Anzeigen gegen Jugendliche auf die genannte Art erledigt, **nur etwa 16%** der Fälle führen zu formellen **strafgerichtlichen Verurteilungen**, die sich in der Regel aber auch in einem bloßen Schuldspruch ohne Strafe oder einen Schuldspruch unter Vorbehalt der Strafe, einer bedingt nachgesehenen Geld- oder Freiheitsstrafe, erschöpfen. Nur in ganz wenigen Fällen kommt es derzeit tatsächlich zu unbedingten Freiheitsstrafen.

Dieses sehr **große Spektrum**, das dem Jugendrichter bei der Beurteilung einer Jugendstraftat zur Verfügung steht, **erfordert** natürlich auch entsprechendes **Wissen** und entsprechende **Informationen**. Das Wissen versuchen sich die österreichischen Jugendrichter durch eine sehr intensive Fortbildung anzueignen, § 30 JGG schreibt ja ausdrücklich vor, dass Jugendrichter über das erforderliche pädagogische Verständnis verfügen müssen und besondere Kenntnisse auf den Gebieten der Psychologie und Sozialarbeit aufweisen müssen.

Unabdingbar für eine sinnvolle Jugendgerichtsbarkeit ist aber die Mithilfe von Pädagogen, Soziologen, Sozialarbeitern, Psychologen und allenfalls auch Psychiatern. In Wien steht dafür dem Wiener Jugendgerichtshof eine eigene **Jugendgerichtshilfe** zur Verfügung, die derzeit mit zehn Sozialarbeitern und vier Psychologen besetzt ist, daneben gehört zum Netzwerk des Jugendgerichtshofes noch die Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg mit drei Pädagogen, einem gerichtspsychiatrischen Konsiliarius sowie die im gleichen Gerichtsgebäude untergebrachte Außenstelle des Jugendamtes, der Bewährungshilfe und der Polizeidirektion.

In anderen Teilen Österreichs werden die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe in der Regel durch Einrichtungen der Jugendwohlfahrt oder freier Träger, wie etwa dem Verein Neustart, wie sich der Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit seit 1.1.2002 nennt, besorgt.

Einige **Beispiele** mögen aus der Praxis des österreichischen Jugendrichters mögen das eben gesagte etwas näher illustrieren:

- Ein 14-jähriger Schüler wurde an einem Schultag um 10.00 Uhr vormittags beim Diebstahl einer CD in einem Supermarkt in Wien betreten. Der Supermarkt verständigte die Polizei, diese führte den Burschen auf das Kommissariat ab, dort wurde er vernommen, dann die Eltern telefonisch verständigt, die schließlich den Burschen abholten. Für den Jugendrichter, der zudem die Information hatte, dass das der erste bekannte derartige Vorfall war, war die Sache strafrechtlich einstellungsreif. Die Reaktion des Kaufhauses, der Polizei und der Eltern haben sicherlich eine so intensive Präventionswirkung ausgelöst, dass es keiner gerichtlichen Maßnahme, nicht einmal einer intervenierenden Diversion, bedurfte. Aber dem Jugendrichter fiel auf, dass die Tathandlung an einem Schultag während der Schulzeit verübt wurde. Er beauftragte sofort die im Gebäude des Jugendgerichtshofes Wien untergebrachte Jugendgerichtshilfe, in der Schule nachzufragen. Als er die Nachricht bekam, dass der 14-Jährige schon mehrere Wochen lang nicht in der Schule gewesen war, beauftragte der Richter sofort im Wege der ebenfalls im Gerichtsgebäude eingerichteten Außenstelle des Jugendamtes der Stadt Wien das Jugendamt um weitere Erhebungen. Es stellte sich heraus, dass dringend jugendwohlfahrtsrechtliche Interventionen notwendig waren, weil die familiären Verhältnisse sich als katastrophal herausgestellt hatten.
- Ein 15-jähriger Jugendlicher wurde angezeigt, gemeinsam mit zwei anderen Jugendlichen einem vierten Jugendlichen durch Androhung von Gewalt ein Handy weggenommen zu haben. Bei den Jugenderhebungen stellte sich heraus, dass der 15-Jährige nur ein Mitläufer war und eigentlich nur aus Angst vor seinen Freunden am Tatort geblieben war, dass seine kriminelle Intensität sehr gering war. Hier reichte eine mit dem Jugendlichen vereinbarte Diversion aus, die darin bestand, das Verfahren auf eine zweijährige Probezeit einzustellen und ihm gleichzeitig einen Bewährungshelfer beizugeben, der mit ihm seine Probleme aufarbeiten sollte. Gleichzeitig ersetzte der Jugendliche dem Opfer den ihm entstandenen Schaden.
- Ein schwer suchtabhängiges 15-jähriges Mädchen wird in das Gefangenenhaus des Jugendgerichtshofes Wien eingeliefert, weil es im Rahmen der Beschaffungskriminalität an zwei Raubüberfällen beteiligt war. Über Empfehlung der Jugendgerichtshilfe und nach durchgeführten Erhebungen bot der Richter dem Mädchen an, das Verfahren auf eine Probezeit von zwei Jahren einzustellen, wenn sie sich bereit erklärte, sich einer stationären Entwöhnungstherapie im Verein „Grüner Kreis“ zu unterziehen, wobei sie mit der Fortsetzung des Strafverfahrens rechnen müsse, wenn sie die Therapie in der voraussichtlichen Dauer von 12 bis 18 Monaten abbrechen oder neuerlich straffällig werden sollte.
- Jugendliche besprayten einen Waggon der Wiener Verkehrsbetriebe und richteten dadurch einen Schaden in der Höhe von etwa 800,- an. Sie erklärten sich bereit, durch 18 Wochenstunden hindurch, verteilt auf drei schulfreie Tage, in der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe Reinigungsarbeiten durchzuführen und überdies den Schaden soweit als möglich abzudecken. Nach Erfüllung der Verpflichtungen wurde das Verfahren eingestellt.
- Ein Jugendlicher wird nunmehr schon zum vierten Mal angezeigt, dass er in eine Schlägerei verwickelt war. Für den Jugendrichter bestand der Verdacht, dass beim Jugendlichen ein besonders hohes Aggressionspotenzial vorhanden sein könnte, das zu weiteren Straftaten führen könnte. Der Jugendliche nahm das Angebot des Jugendrichters an und unterzog sich einer psychotherapeutischen Behandlung.
- Rechtsradikale Skinheads werden angezeigt, weil sie Naziparolen rufend durch die Innenstadt gezogen sind. Da sie erstmalig auffällig waren, bot ihnen der Richter an, das Verfahren einzustellen, wenn sie freiwillig bereit wären, an einem von der Wiener Jugendgerichtshilfe entwickelten Anti-Aggressions-Training teilzunehmen, das letztlich erfolgreich abgeschlossen wurde.
- Ein 16-jähriger Mittelschüler, der bis jetzt unauffällig und ein guter Schüler war, sticht in der Nacht mehr als 20 Autoreifen auf. Im Zuge der jugendgerichtlichen Erhebungen stellt sich heraus, dass die aus der Sicht des Jungen bisher glückliche Ehe seiner Eltern vor der Scheidung steht und er diese Scheidungsproblematik nicht bewältigt. Im Einverständnis mit dem Jugendlichen unterzieht er sich während der Probezeit einer Therapie und bekommt einen Bewährungshelfer zur Seite gestellt.

Die genannten Beispiele mögen illustrieren, worin die Tätigkeit des Jugendrichters besteht – durch die von ihm vom Gesetz her angebotenen sehr vielfältigen Möglichkeiten auf den Jugendlichen einzuwirken, um potentielle künftige Straftaten zu verhindern. Nur dort, wo ein extrem gesellschaftsschädlicher Erfolg eingetreten ist, wie etwa bei schweren Aggressionshandlungen, greifen intensivere Maßnahmen ein, zuletzt die Freiheitsstrafe, die aber auch nur dann sinnvoll sind, wenn versucht wird, im Rahmen des Jugendstrafvollzuges entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu intervenieren. Wenn, wie das derzeit leider auf Grund der politischen Umstände der Fall ist, laufend die Ressourcen für solche Interventionen innerhalb und außerhalb des Strafvollzuges entzogen werden, wird eine sinnvolle und effektive Jugendgerichtsbarkeit immer schwieriger.

WINFRIED KRÜGER

Gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – politische Orientierungen und politisches Engagement

1. Einleitung

In der öffentlichen Debatte hat die Frage nach dem politischen Interesse und nach der Beteiligung der Jugend seit längerer Zeit Konjunktur. Es werden Kommissionen zu diesem Thema berufen, in Deutschland wurde im Jahr 2000 die „zivile Bürgergesellschaft“ zum gesellschaftspolitischen Programm erhoben, die UN-Vollversammlung hat das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen.¹ Es geht bei all dem um „zivilgesellschaftliche Beteiligung“, „bürgerschaftliches Engagement“, „politische Partizipation“ und „Ehrenamt“. Diese lebhaft und vielfältige Debatte zur Partizipation der Bürger und ihrem Verhältnis zur Politik, insbesondere auch bei jungen Bürgern, signalisiert, dass es hier ein Problem gibt. Denn Jugendliche und junge Erwachsene sind im Vergleich zu den Erwachsenen politisch weniger interessiert; ihre Beteiligung an Wahlen, dem primären Partizipationsangebot in einer Demokratie, liegt deutlich unter dem Durchschnitt – der Abstand zwischen den Jüngeren und den Älteren hat sich seit Ende der 80er Jahre an diesem Punkt beständig vergrößert; den Institutionen der etablierten Politik bringen Jugendliche und junge Erwachsene nur ein geringes Vertrauen entgegen, und dem Bereich der Politik messen sie in Relation zu anderen Lebensbereichen eine sehr geringe Bedeutung bei.²

Unabhängig von dieser subjektiven Marginalität der politischen Sphäre gilt aber, dass Jugendliche und junge Erwachsene in ihren Lebensverhältnissen unausweichlich Nutznießer oder Vernachlässigte der Politik sind, die ihre Lebensverhältnisse ja mitverantwortet. Dies bekommen sie durchaus mit in Gesprächen zu Hause, in der Schule, am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, im Fernsehen – auch wenn sie sich nicht gezielt für Politik interessieren. Deshalb haben sie – gleichviel, ob ihr Interesse an Politik gering oder stark ist – durchaus Vorstellungen darüber und Ansprüche daran, was „die Politik“ für sie leisten sollte, und sie haben eigene Praxisfelder, in denen sie sich für ihre Interessen und ihre Themen engagieren.³

Unter unterschiedlichen Bedingungen und mit unterschiedlichen individuellen Ressourcen leben all diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer Gesellschaft, die einem starken Wandel unterliegt. Deshalb geht es für sie heute nicht mehr „nur“ um eine erfolgreiche Bewältigung der klassischen jugendbiografischen Aufga-

¹ Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999, 3 Bände der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bernhard von Rosenblatt: Gesamtbericht (Bd. 194.1), Joachim Braun/Helmut Klages, Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial (Bd. 194.2), und Sibylle Picot, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport (Bd. 194.3), alle Stuttgart 2000; vgl. zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/2001.

² Soweit nicht anders vermerkt, wird im Folgenden auf Befunde Bezug genommen, die dem DJI-Jugendsurvey entstammen. Der Jugendsurvey ist ein Instrument zur Dauerbeobachtung politischer Orientierungen und Verhaltensbeteiligungen sowie der Lebensverhältnisse junger Menschen. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts basiert auf standardisierten mündlichen Befragungen 16- bis 29-jähriger Deutscher in beiden Teilen der Bundesrepublik. Beide Erhebungswellen (die erste 1992, die zweite 1997) sind repräsentativ für die BRD und erfassen jeweils ca. 7000 Befragte (4500 West, 2500 Ost). Für die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle vgl. Ursula Hoffmann-Lange (Hrsg.), Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, für die zweite Welle vgl. Martina Gille/Winfried Krüger (Hrsg.), Unzufriedene Demokraten: Politische Orientierungen der 16- bis 29-jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

³ Beziehen wir uns auf die 16- bis 29-jährigen, so geht es hier um das Verhältnis zu Gesellschaft und Politik bei gut 13 Millionen jungen Bürgern, was einem Sechstel (16%) der Gesamtbevölkerung in Deutschland entspricht. Etwa jeder Siebente (1,9 Mio.) dieser 16- bis 29-jährigen gehört zur Gruppe der Migranten in Deutschland (die Angaben entsprechen der Bevölkerungsfortschreibung mit Stand vom 31.12.2001).

ben, sich soziokulturell und ökonomisch zu verselbständigen; das Erwachsenwerden muss von ihnen vielmehr innerhalb sehr dynamischer gesellschaftlicher Verhältnisse bewältigt werden. Sie sind konfrontiert mit steigenden Anforderungen an Flexibilität in der Arbeitswelt, an Eigenständigkeit in der Wohlfahrtssicherung und auch mit der Erwartung, dass sie sich am demokratischen Prozess beteiligen.

Der Beitrag wird sich sowohl mit den politischen Orientierungen wie auch mit der Bereitschaft zu politischem Engagement bei den unter 30-Jährigen in der Bundesrepublik beschäftigen. Anhand empirischer Befunde zur affektiven Unterstützung des institutionellen Systems und seiner politischen Akteure sollen Akzeptanz und Identifikation mit der demokratischen Ordnung und ihren Verfahrensregeln beschrieben werden. Des Weiteren werden empirische Daten unter der Fragestellung betrachtet, ob sich bei den jungen Bürgern die Bereitschaft finden lässt, sich auf politisch-gesellschaftlich gemeinsame Ziele hin zu orientieren, und ob diese gesellschaftliche Praxis, soweit sie denn existiert, in vorgegebenen, traditionellen Strukturen stattfindet oder auf neuen, eigenen Wegen. Soweit möglich, werden Daten aus Zeitreihen herangezogen, um Trends in den politischen Orientierungen verdeutlichen zu können.

2. Zur subjektiven Bedeutung von Politik

Abbildung 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen (in%)

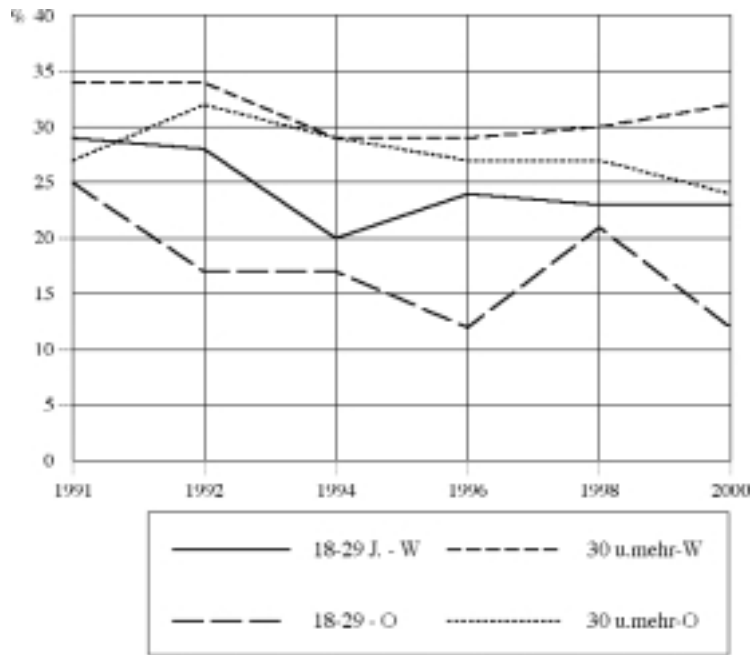
	West	Ost
Freunde und Bekannte	95	96
Freizeit und Erholung	89	92
Eltern und Geschwister	87	91
Partnerschaft	85	83
Schul-/Berufsausbildung	83	86
Beruf und Arbeit	86	92
eigene Familie und Kinder	71	74
Kunst und Kultur	40	46
Politik	42	37
Religion	26	13

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

Anteil der Befragten, die die Skalenpunkte 5 bis 7 gewählt haben. Die Skala reicht von 1 (überhaupt nicht wichtig) bis 7 (sehr wichtig).

Politik rangiert in der Konkurrenz mit anderen Bereichen im Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Wichtigkeitsskala weit hinter den Themen der privaten Lebensführung sowie hinter Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf (vgl. Abbildung 1). Politik hat zwar in der subjektiven Wertschätzung Jugendlicher und junger Erwachsener nur eine geringe Bedeutung. Dennoch ist die Auseinandersetzung mit politischen Gegebenheiten im Alltagsleben unausweichlich. Die individuelle Bereitschaft, sich auf Politik einzulassen, äußert sich in einer allgemeinen politischen Interessiertheit sowie in der positiven Selbsteinschätzung, politische Prozesse und Tatbestände zu verstehen. Die faktisch sehr unterschiedliche Nutzung verschiedener Informationsquellen sowie die Häufigkeit von Diskussionen über Politik mit Personen des persönlichen Umfelds lassen den individuell unterschiedlichen Aufwand erkennen, den junge Menschen betreiben, um Wissen und Informationen über Politik zu erhalten (vgl. Gille/Krüger/de Rijke 2000, 216 ff.). Ein ausgeprägtes politisches Interesse, das als eine zentrale Voraussetzung für politisches Engagement angesehen werden kann, lässt sich nur bei rund einem Fünftel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen feststellen.⁴ Betrachtet man die Entwicklung des politischen Interesses im vergangenen Jahrzehnt, so rückt dabei ein Moment in den Vordergrund: Die tendenzielle Abnahme des Interesses besonders bei den unter 30-Jährigen, die noch stärker ist bei den jungen Leuten in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Politisches Interesse („sehr stark“ bzw. „stark“) nach Altersgruppen und West/Ost (in %)

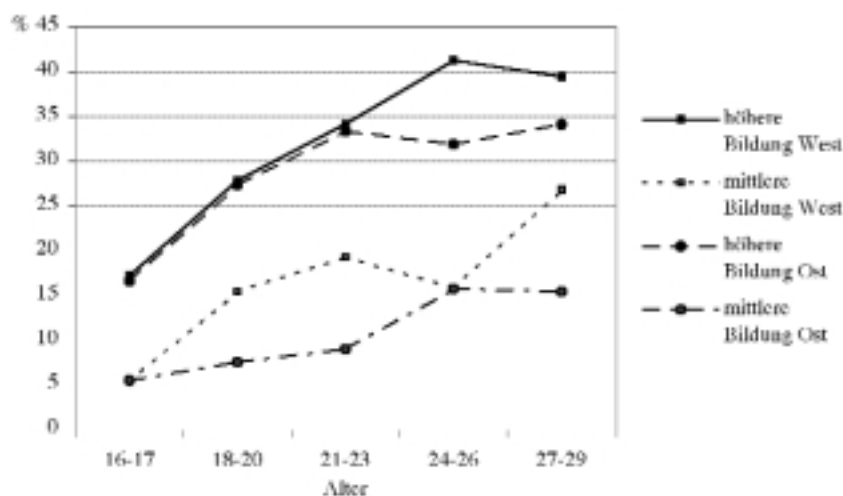


Quelle: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000; nur deutsche Befragte.

Der etwa gleichgroße Anteil stark und sehr stark Politikinteressierter im Osten zur Zeit der Wende und der Vereinigung ist kontinuierlich geschrumpft – lediglich unterbrochen durch eine Aufwärtsbewegung im Wahljahr 1998 – und hat zu einem deutlichen Abstand zwischen den beiden Landesteilen geführt. Dieser Entwicklungstrend wird abgemildert und teilweise gebrochen, wenn man in einer Detailaufschlüsselung etwa die jungen Frauen mit den jungen Männern vergleicht oder wenn man die unterschiedlichen Bildungsressourcen berücksichtigt. Zieht man beispielsweise das Bildungsniveau in Betracht, so gilt: Je höher die formale Bildung, desto größer ist auch der Anteil der politisch Interessierten. Der Anteil der Befragten mit starkem Politikinteresse ist in der oberen Bildungsgruppe um ca. 20 Prozentpunkte höher als in der niedrigen Bildungsgruppe, wobei die mittleren Bildungsabschlüsse eine Mittelposition einnehmen.⁵ Eine kombinierte Betrachtung von Bildungsniveau und Alter zeigt auf, dass der Alterseffekt bezüglich eines zunehmenden politischen Interesses etwas stärker bei der Gruppe der Höhergebildeten festzustellen ist (vgl. Abbildung 3).

⁴ Die übliche Frage für diesen Aspekt lautet: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“. Von der fünfstufigen Antwortskala ist hier nur die zusammengefasste Antworthäufigkeit für die ersten beiden Kategorien, „sehr stark“ und „stark“, berücksichtigt, nicht aber die der weiteren Kategorien „mittel“, „wenig“ und „überhaupt nicht“. Die Daten entstammen den „Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS). Die den ALLBUS realisierenden Institutionen tragen keine Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag.

⁵ Die Schulbildungsabschlüsse der Befragten wurden im Jugendsurvey folgenden drei Bildungsniveaus zugeordnet: Hauptschule, Mittlere Reife und (Fach-)Abitur. Bei den Schülern wurde die Zuordnung entsprechend dem angestrebten Schulbildungsabschluss vorgenommen.

Abbildung 3: Starkes politisches Interesse nach Altersgruppen und Bildungsabschluss (in %)

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

In die Abbildung gingen die Befragten mit höchstens Hauptschulabschluss nicht mit ein da die entsprechenden Gruppen zu geringe Fallzahlen aufwiesen. Dargestellte Werte: „sehr starkes“ und „starkes“ politisches Interesse.

Eine Ost-West-Differenz zeigt sich ebenfalls bei der subjektiven politischen Kompetenz, die einen dem politischen Interesse sehr ähnlichen Aspekt beschreibt. „Eine Menge von Politik zu verstehen“ bzw. „politische Prozesse leicht zu durchschauen“, dies nehmen eher die westdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen für sich in Anspruch, wobei man allerdings berücksichtigen muss, dass das Ausmaß subjektiver politischer Kompetenz insgesamt nicht sehr hoch ist.⁶ Das Politikinteresse und die eigene politische Kompetenz als Aspekte einer subjektiven Bedeutsamkeit von Politik stellen sich dabei – ungeachtet der Ost-West-Differenzen – bei jungen Frauen und Männern unterschiedlich dar: Die jungen Frauen in Ost und West zeigen eine größere Distanz zum politischen Bereich und schreiben sich selber geringere politische Kompetenz zu. In diesen Haltungen junger Frauen spiegelt sich eine gesellschaftliche Normierung wider, die Frauen nach wie vor stärker auf den privaten Bereich der Familie und Männer auf die öffentlichen Bereiche verweist. Das geringere politische Interesse der jungen Frauen und die geringere eigene Kompetenzzuschreibung müssen deshalb als ein strukturelles Defizit der vorherrschenden politischen Kultur verstanden werden (Achatz u.a. 1999).

Jugendliche und junge Erwachsene, die sich für Politik interessieren und sich auch für kompetent halten, politische Sachverhalte zu verstehen, zeigen ein aktiveres Informationsverhalten. Das zeigt sich in ihrer Mediennutzung, das zeigt sich aber auch darin, dass sie häufiger mit Eltern, Partnern, Freunden und Kollegen am Arbeits- oder Ausbildungsplatz Gespräche über Politik führen.⁷ Während sich Mädchen und junge Frauen sogar etwas mehr als ihre männlichen Altersgenossen mit Eltern und Partnern über Politik unterhalten, sind sie gegenüber Freunden in der Schule oder am Arbeitsplatz diesbezüglich zurückhaltender. In den eher öffentlichen Räumen kommen offenbar die eben angesprochenen einschränkenden Mechanismen zum Tragen, die die Politik

6 Die Frageformulierungen lauteten im einzelnen: „Ich verstehe eine Menge von Politik“ bzw. „Manchmal finde ich die Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte“. Der ersten Aussage stimmen 14% im Westen und 9% im Osten zu, die zweite Aussage lehnen 19% im Westen und 12% im Osten ab; hier sind jeweils die zwei Randkategorien einer sechsstufigen Skala (von 1 = „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 = „trifft voll und ganz zu“) zusammengefasst.

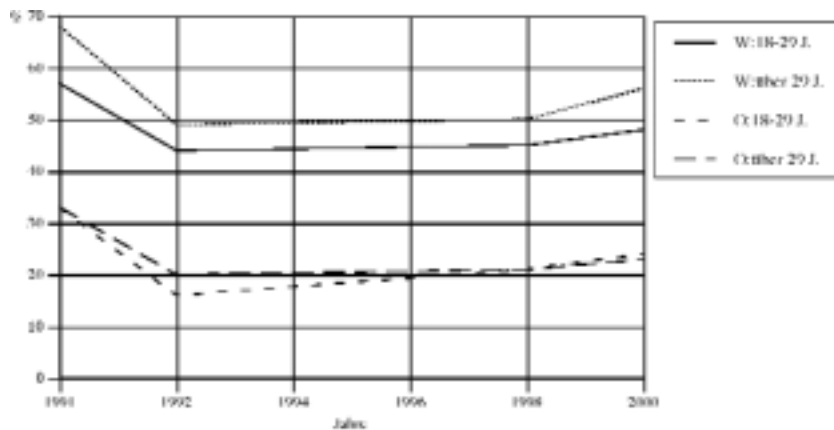
7 Die Frage lautet: „Wie oft informieren Sie sich über politische Themen aus folgenden Quellen?“ Das Antwortmodell war: „sehr oft“, „oft“, „selten“, „nie“. Den Befragten wurde eine Liste mit folgenden Quellen vorgelegt: Sachbücher / Zeitungen, Zeitschriften / Fernsehen / Radio / Internet, Mailboxen / Gespräche, Diskussionen / Besuch politischer Veranstaltungen.

stärker zur Gesprächsdomäne der Männer machen. Insgesamt verdeutlichen solche Ergebnisse, dass zwar das politische Interesse bei jungen Menschen relativ gering ist, Politik im persönlichen Leben aber durchaus Beachtung findet, wenn man alltägliche Verhaltensweisen mit einbezieht, etwa die, sich über Politik zu informieren oder auch sich in Gesprächen mit Politik auseinanderzusetzen.

3. Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen

Zentrale Objekte, auf die sich politische Einstellungen beziehen und auf denen die Haltung gegenüber der Politik gründet, sind die Parteien und die Politiker, die gesellschaftlichen und politischen Institutionen sowie das politische System generell. Blicken wir mit der Frage nach der Demokratiezufriedenheit⁸ zunächst auf den Regimeaspekt des politischen Systems, so zeigt sich, dass die Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems der Bundesrepublik im Urteil der 18- bis 29-Jährigen nicht sehr gut abschneidet (vgl. Abbildung 4). Nur knapp die Hälfte der westdeutschen jungen Bürger (48%) ist im Jahr 2000 ziemlich oder sehr zufrieden mit deren aktuellem Funktionieren. In den neuen Bundesländern fällt das Urteil noch ablehnender aus: Hier äußert sich ein Fünftel (21%) ziemlich oder sehr unzufrieden und eine kaum größere Gruppe (24%) zufrieden.⁹ Bei insgesamt niedrigem Zufriedenheitsniveau ist das West-Ost-Gefälle also beträchtlich. Neben diesen entschieden Zufriedenen und entschieden Unzufriedenen bleibt im mittleren Bereich der Urteile in beiden Landesteilen etwa die Hälfte von dieser Altersgruppe, die mit dem Funktionieren der Demokratie „etwas zufrieden“ bzw. „etwas unzufrieden“ ist. Dies könnte man zwar als pragmatisches

Abbildung 4: Demokratiezufriedenheit („sehr zufrieden“ bzw. „ziemlich zufrieden“) nach Altersgruppen und West/Ost (in %)



Quelle: ALLBUS 1991, 1992, 1998 und 2000; nur deutsche Befragte; für 1994 und 1996 liegen keine Werte vor, die entsprechenden Linienabschnitte wurden durch Interpolation bestimmt.

Urteilsverhalten der jungen Leute ansehen, man könnte es aber ebenso als eine Position verstehen, in der eine distanzierte oder gar skeptische Haltung zum Ausdruck kommt. Das würde, rechnet man die entschieden Unzufriedenen hinzu, bedeuten, dass das demokratische System der Bundesrepublik seitens der unter 30-Jährigen insgesamt wenig positive Unterstützung erfährt. Der hohe Anteil der Distanzierten bis Unzufriedenen

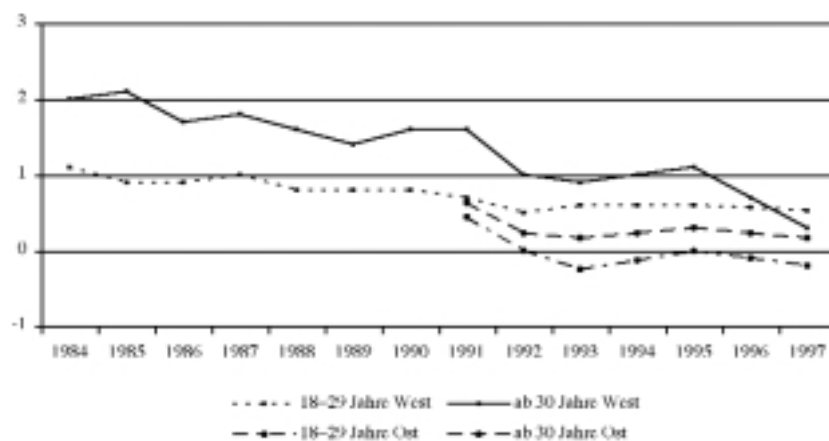
⁸ Die Frage lautet: „Wie zufrieden oder wie unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“. Die 6-stufige Antwortskala reicht von „sehr zufrieden“ über „ziemlich zufrieden“, „etwas zufrieden“, „etwas unzufrieden“, „ziemlich unzufrieden“ bis „sehr unzufrieden“.

⁹ Die Relationen bei den 16- bis 29-Jährigen im DJI-Jugendsurvey sind ähnlich (vgl. Gille u.a. 2000, 229 ff.). Fragt man nach der näher beim politischen Alltag liegenden „Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung“, wie dies im ALLBUS geschieht, erhält man deutlich größere Unzufriedenheitsanteile.

bildet – wie die Abbildung 4 zeigt – nicht nur eine vorübergehende Stimmung in der Bevölkerung des Jahres 2000 ab. Vielmehr ist die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, also ihrem praktischen Output für die Bürger in der Bundesrepublik, eine Haltung, die relativ unverändert seit dem Beginn der 90er Jahre zu finden ist¹⁰ – nach einer Phase allgemein hochgestimmter Erwartung im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Wenn die Defizite der alltäglichen demokratischen Praxis von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen konkretisiert werden, so kommt darüber hinaus eine Kritik zum Vorschein, die sich auf den Mangel an Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, an Rechten und Freiheiten und an Möglichkeiten der Mitsprache in Schule und Beruf bezieht (vgl. Achatz 2000, 83 ff.).

Die Ergebnisse zur Demokratiezufriedenheit werden ergänzt durch den Aspekt des institutionellen Vertrauens. Akzeptanz und affektive Unterstützung, die das gesellschaftliche, insbesondere aber das politische System der Bundesrepublik in der Bevölkerung genießt, wird üblicherweise mit der Frage nach dem Vertrauen in zentrale Institutionen und Organisationen erhoben. Die Listen, die bei dieser Frage zugrunde gelegt werden, sind zwar selten identisch, enthalten aber dennoch eine hinreichend große Überschneidungsmenge an Institutionen und Organisationen (vgl. Krüger 1995, 245 ff.).¹¹

Abbildung 5: Vertrauen in Institutionen nach Altersgruppen 1984 bis 1997 (Mittelwerte)



Quelle: IPOS Umfragen „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ 1984 bis 1995; für 1997: Umfrage von IPOS für den Bundesverband der deutschen Banken; eigene Berechnungen.

Die Mittelwerte können nach der zugrundeliegenden Skala Werte zwischen -5 und +5 annehmen. Je höher der Wert, desto größer das Vertrauen. Mittelwerte für : Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei, Bundestag, Landesregierung (1991 bis 1995), Bundeswehr, Bundesrat (1991 bis 1995), Fernsehen, Presse, Kirchen, Gewerkschaften, Bundesregierung, Parteien (ab 1992); für 1997 entfallen Bundesrat, Landesregierung, Bundeswehr und Bundestag. Für 1994 und 1996 liegen keine Werte vor; die entsprechenden Linienabschnitte im Schaubild wurden durch Interpolation bestimmt.

In den Vertrauensvoten zu einzelnen konkreten Institutionen und Organisationen mischen sich verschiedene Wahrnehmungselemente, die sich sowohl auf kurzfristige Output-Bedingungen, etwa auf die jeweils amtierenden Akteure in den Institutionen beziehen wie auch auf langfristigen, in der politischen Sozialisation erworbenen, relativ output-unabhängigen Haltungen basieren. Fasst man deshalb zu bestimmten Zeitpunkten die durchschnittlichen Vertrauensvoten zu allen dabei beurteilten Institutionen zusammen, so erhält man einen Gradmesser für Distanz bzw. Nähe der Bürger zum institutionellen System der Bundesrepublik. Im Zeitverlauf wird auf der Grundlage einer solchen Betrachtungsweise deutlich, dass das Institutionenvertrauen in den

¹⁰ Diese zeigen z.B. auch die Zahlen des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen, vgl. Cusack 1999.

¹¹ Das Set an Institutionen, für die im einzelnen das Maß des Vertrauens ermittelt wird, variiert je nach Untersuchung zwischen zehn und zwanzig. Zum institutionellen Kernbereich, den die meisten Untersuchungen zumindest berücksichtigen, gehören in jedem Fall die Regierung, das Parlament, die Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, die Polizei, die Bundeswehr, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Presse, das Fernsehen.

zurückliegenden eineinhalb Jahrzehnten eine fallende Tendenz zeigt (vgl. Abbildung 5). Diese Tendenz ist sowohl bei der Bevölkerung ab 30 Jahren wie auch bei den 18- bis 29-Jährigen zu beobachten. Infolge eines stärkeren Vertrauensverlustes bei den ab 30-Jährigen nähern sich im Verlauf der 90er Jahre die Vertrauenshaltungen der jüngeren und der älteren Bevölkerung einander an. Das Vertrauensniveau gegenüber dem institutionellen System liegt dabei im Osten deutlich unter dem des Westens.

Lag bisher die Perspektive auf dem institutionellen System als Gesamtgefüge, so soll jetzt der Blick auf spezifische Gruppen von Institutionen gerichtet werden, die im Alltagsgeschäft des politischen und gesellschaftlichen Prozesses als Handlungseinheiten begriffen werden können und so auch von den Bürgern wahrgenommen werden.

Abbildung 6: Vertrauen in funktionale Gruppen von Institutionen 1997 (Mittelwerte)

Institutionen	1997	
	West	Ost
etablierte Politik	3,6	3,3
nicht etablierte Politik	4,7	4,6
exekutive und judikative Institutionen	4,6	4,4

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

Die Mittelwerte können zwischen 1 und 7 variieren, wobei ein höherer Wert ein höheres Maß an Vertrauen anzeigen.

Eine solche Gruppierung berücksichtigt eher aktuelle Aspekte des Outputs oder auch des unterschiedlichen Grads von Involviertheit in das aktuelle Politikgeschehen als theoretische Unterscheidungen einzelner Elemente des politischen Systems (Walz 1997; Gabriel 1996). Die Gruppen, um die es dabei geht, repräsentieren erstens mit dem Bundestag, der Bundesregierung und den Parteien die etablierte Politik, zweitens mit den Gerichten im Allgemeinen und dem Bundesverfassungsgericht im Besonderen sowie der Polizei den judikativen und exekutiven Bereich sowie drittens mit den Bürgerinitiativen und Greenpeace den Bereich der nicht-etablierten Politik. Die Abbildung 6 verdeutlicht im Überblick die Unterschiede des Vertrauens, das den einzelnen Institutionengruppen von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegengebracht wird. Das geringste Vertrauensmaß genießen die Institutionen der etablierten Politik. Demgegenüber erhalten diejenigen Institutionen das höchste Maß an Vertrauen, die alternativ dazu Politikinhalt und auch Verfahrensweisen repräsentieren, die im etablierten Politikbereich aus der Sicht der 16- bis 29-Jährigen keine oder ungenügende Berücksichtigung finden. Auch die Einrichtungen der Exekutive und Judikative erreichen einen hohen Grad an Vertrauen. Deutlich wird außerdem das durchgängig geringere Vertrauensniveau auf ostdeutscher Seite.

Ein weiterer Aspekt des Vertrauens bezieht sich auf die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems und seiner Akteure gegenüber Bedürfnissen und Interessen der Bürger. Das Konzept des vorhandenen oder mangelnden Vertrauens in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems geht von der Vorstellung aus, dass „Politik von den Bürgern vor allem als Handeln politischer Akteure wahrgenommen wird“ (Hoffmann-Lange 1997, 225). Dieser Tatbestand gilt umso mehr, als in einer stark medienvermittelten Politik Personen für das Verständnis von Politik eine wesentlich größere Rolle spielen als Institutionen oder abstrakte Aushandlungs- und Entscheidungsprozeduren. Wie der Abbildung 7 zu entnehmen ist, trauen Jugendliche und junge Erwachsene den politischen Akteuren und dem politischen System wenig zu, was seine Bereitschaft – nicht etwa seine Fähigkeit – angeht, ihre Bedürfnisse und Interessen zu berücksichtigen. Bei zwei Drittel bis vier Fünftel ist ein solcher Vertrauensmangel festzustellen. Das Vertrauensdefizit im Osten übersteigt durchwegs das im Westen.

Abbildung 7: Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems 1992 und 1997 (in %)

	1992		1997	
	West	Ost	West	Ost
<i>Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.</i>	77	81	75	83
<i>Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut.</i>	69	78	65	73
<i>Die Politiker sind doch nur daran interessiert, gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.</i>	81	84	79	85
<i>Bei uns gibt es nur einige wenige Mächtige, und alle anderen haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut.</i>	72	76	68	78

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

von der 6-stufigen Antwortskala von 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“ sind die Skalawerte 4-6 zusammengefasst.

Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems und seiner Akteure hängt erwartungsgemäß positiv mit der Demokratiezufriedenheit zusammen. Je mehr Vertrauen bekundet wird, desto größer ist auch die Zufriedenheit mit der demokratischen Wirklichkeit. Dies gilt für West und Ost gleichermaßen. Auch beim Institutionenvertrauen finden sich Zusammenhänge in erwartbarer Weise. Der etablierten Politik, aber auch den exekutiven und judikativen Institutionen wird um so weniger Vertrauen entgegengebracht, je geringer das Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems und seiner Akteure ist. Kein Zusammenhang besteht dagegen zwischen dem politischen Vertrauen und dem Vertrauen in Institutionen nicht-etablierter Politik. Hierin bestätigt sich, dass das Vertrauen in Institutionen „alternativer“ Politik unabhängig davon ist, ob das politische System und seine Akteure als vertrauenswürdig eingeschätzt werden oder nicht (Krüger 1995, 267). Darüber hinaus gilt aber, dass die übrigen Bereiche institutionellen Vertrauens deutlich vom Vertrauen in das politische System und seine Akteure strukturiert werden. Die Unterstützung des politischen Systems ist so gesehen insgesamt eher als gering einzuschätzen.

4. Politisches Engagement

Die Beteiligung am politischen Prozess gilt als Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie (Gabriel 1999). In den vorausgehenden Abschnitten wurde deutlich, dass Jugendliche und junge Erwachsene dem Bereich der Politik in Relation zu anderen Lebensbereichen eine geringere Bedeutung beimessen, im Vergleich zu den Erwachsenen weniger politisches Interesse haben und den Institutionen der etablierten Politik nur ein geringes Vertrauen entgegenbringen. Bezüglich des Engagements stellt sich die Frage, ob überhaupt und gegebenenfalls in welchem Umfang und in welchen Formen junge Menschen sich politisch beteiligen wollen. Politische Partizipation ist ein „auf kollektive Ziele hin orientiertes soziales Verhalten, das in einem komplexen Zusammenspiel zwischen institutionellen Strukturen, konkreten politischen Ereignissen, Gruppeneinbindungen und individuellen Merkmalen zustande kommt“ (Kaase 1996, 525 f.). Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es sinnvoll, neben dem tatsächlichen Handeln auch die Ebene der grundsätzlichen Bereitschaft und der Affinitäten zu partizipatorischen Möglichkeiten zu erfassen. Auf diese Weise können nämlich bedeutsame Voraussetzungen tatsächlichen Engagements analysiert werden. Die möglichen Beteiligungsformen reichen von verfasst, konventionell, legal und erwünscht (z.B. Wählen, Briefe an Politiker schreiben), über unkonventionell, legal, möglicherweise aber als illegitim erachtet (z.B. Teilnahme an Streiks und Demonstrationen) bis zu Handlungen, die an der Grenze zur Illegalität stehen (z.B. Hausbesetzung, Boykott).

Abbildung 8: Politische Verhaltensbereitschaften (in %)

	West	Ost	
Verhaltensbereitschaften			
Beteiligung an Wahlen*	93	89	
absichtliches Nichtwählen*	23	23	
Wahl einer extremen Partei*	16	17	
Arbeit in Mitbestimmungsgremium	55	51	
Briefe an Politiker	33	23	
politisches Amt	21	14	
Schreiben von Leserbriefen	41	31	
Parteiarbeit	23	15	
Spenden für politische Zwecke	30	22	Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997
Teilnahme an öffentl. Diskussionen	52	51	* Bei der Frage nach der Bereitschaft wurden alle Befragten berücksichtigt.
Bürgerinitiative	44	42	** „Teilnahme an Aktionen, bei denen es schon mal zu Sachbeschädigungen kommt“.
Unterschriftensammlung	78	81	*** „Teilnahme an wichtigen Aktionen, auch wenn nicht völlig auszuschließen ist, daß dabei Personenn zu Schaden kommen können“..
genehmigte Demonstration	61	65	
gewerkschaftlicher Streik	48	50	
andere politische Gruppierung	22	20	
nicht genehmigte Demonstration	26	31	
Hausbesetzung	14	14	
wilder Streik	13	13	
Aktionen mit Sachbeschädigung**	8	10	
Aktionen mit Personenschaden***	9	12	
Boycott	37	26	

Die Unterscheidung von konventionellem und unkonventionellem politischen Verhalten geht auf die „Political Action-Studie“ zurück (Barnes/Kaase 1979).

Abbildung 9: Partizipationstypen (Bereitschaften) 1992 und 1997 (Spaltenprozente)

		West		Ost	
		1992	1997	1992	1997
konventionelle	keine	43	38	44	49
Partiz.bereit	1-2 Beteiligungsgestaltungen	34	38	39	36
	3 u. mehr Beteiligungsgestaltungen	24	25	17	16
unkonventionell-legale	keine	16	15	7	14
Partiz.bereit	1-2 Beteiligungsgestaltungen	33	34	31	33
	3 u. mehr Beteiligungsgestaltungen	51	51	62	53
unkonventionell-illegale	keine	69	67	57	62
Partiz.bereit	1-2 Beteiligungsgestaltungen	22	23	28	26
	3 u. mehr Beteiligungsgestaltungen	10	10	15	12
n		4526	4426	2564	2493

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997

Der Formulierung von pp/Sievers (1998, 65) folgend, umfasst konventionelle Partizipation „institutionalisierte, traditionelle politische Handlungen, die regelmäßig auftreten“, unkonventionelle dagegen „Handlungen, die nicht institutionalisiert sind und unregelmäßig auftreten“. Letztere werden auch häufig als Protestformen bezeichnet, wobei diese zusätzlich noch nach dem Kriterium der Legalität unterschieden werden können. Die Grenzziehung ist im konkreten Einzelfall möglicherweise schwierig und unterliegt einem historischen Wandel. Empirisch lassen sich aber auf Basis der Handlungsmöglichkeiten, die in Abbildung 8 dargestellt sind, unterschiedliche Typen von

Partizipation gegeneinander abgrenzen: „konventionelle“, „unkonventionell-legale“ sowie „unkonventionell-illegale“.¹² Für Formen unkonventionell-illegaler Beteiligung, so wird aus der Abbildung 9 erkennbar, ist mehrheitlich keine Bereitschaft vorhanden. Die Bereitschaft, sich konventionell zu engagieren, ist höher. Bei den unkonventionell-legalen Formen zeigt sich dagegen eine große Akzeptanz. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der möglichen Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, aber auch hinsichtlich einer potentiellen Teilnahme an Demonstrationen, die genehmigt sind (vgl. Abbildung 8). Für die Entwicklung von 1992 auf 1997 ergibt sich im Westen durchgängig eine Konstanz, allenfalls bei den konventionellen Formen eine geringe Zunahme, in den neuen Bundesländern hingegen ein Rückgang bei allen drei Typen. Die stärkere politische Mobilisierung nach der Wende im Osten ist somit zurückgegangen und hat sich an das Niveau im Westen angeglichen. Allenfalls für die unkonventionell-illegale Partizipation lässt sich hier mit fünf Prozentpunkten Differenz eine etwas höhere Bereitschaft erkennen.

Die drei Beteiligungstypen sind nicht unabhängig voneinander. Dies wurde oft theoretisch vermutet und empirisch festgestellt: Konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Beteiligung können durchaus gleichzeitig in Betracht gezogen werden. Unterschiedliche Beteiligungsformen werden also nicht als sich ausschließend betrachtet.

Abbildung 10: Partizipationstypen Bereitschaften nach soziodemografischen Merkmalen und politischen Orientierungen (in %)

		Partizipationsbereitschaft					
		konventionelle		unkonv.-legale		unkonv.-illeg.	
		West	Ost	West	Ost	West	Ost
Geschlecht	Männer	63	51	85	86	36	44
	Frauen	62	52	84	86	30	31
Schulabschluss	Hauptschule	44	35	71	72	27	35
	Mittlere Reife	57	46	86	84	29	34
	(Fach-)Abitur	74	65	90	93	39	45
Alter	16-17	59	50	83	85	39	43
	18-20	61	50	82	83	36	39
	21-23	64	54	84	88	35	41
	24-26	62	50	87	86	32	37
	27-29	65	53	86	87	28	31
politisches Interesse	stark	86	82	93	97	45	54
	mittel	65	55	88	87	32	35
	schwach	42	35	75	80	26	33
Links-Rechts-Orientierung	links	73	64	93	97	62	59
	eher links	71	61	89	91	44	44
	Mitte	59	45	83	83	24	27
	eher rechts	56	49	80	85	23	42
	rechts	60	54	83	81	46	78

Quelle: DII-Jugendsurvey 1997. Angeführt sind die Prozentanteile von Befragten, die die Bereitschaft zu mindestens einer Beteiligungsform angegeben haben.

¹² Die Items, die den drei Dimensionen politischer Beteiligung zugeordnet wurden, gingen in die Konstruktion der Indizes als einfache Summenindizes ein (Anzahl der entsprechenden Items, für die die Antwort „kommt für mich in Frage“ lautete); es sind dies: konventionelle Beteiligungsbereitschaften: „Briefe an Politiker schreiben“, „ein politisches Amt übernehmen“, „(Leser-)Briefe zu politischen oder gesellschaftlichen Themen an eine Zeitung, den Rundfunk, das Fernsehen schreiben“, „in eine Partei eintreten, aktiv mitarbeiten“ und „eine Partei/Bürgerinitiative/politische Gruppierung mit Geldspenden unterstützen“; unkonventionell-legale Partizipationsformen: „Mitarbeit in einer Bürgerinitiative“, „Beteiligung an einer Unterschriftensammlung“, „Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration“ oder einem „gewerkschaftlich beschlossenen Streik“; unkonventionell-illegale Protestaktivitäten: „Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration“, einem „wilden Streik“, „Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern“ oder „Teilnahme an wichtigen Aktionen, auch wenn nicht völlig auszuschließen ist, dass dabei Personen zu Schaden kommen können“ sowie „Teilnahme an Aktionen, bei denen es schon mal zu Sachbeschädigung kommt“. Vgl. hierzu Gaiser/de Rijke 2000.

Dieses Ergebnis weist in die gleiche Richtung wie die oben dargestellten Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems einerseits und in die Institutionen der „nicht-etablierten“ Politik andererseits.

Ein Überblick über Zusammenhänge zwischen sozialen Merkmalen, politischen Orientierungen und den drei Typen möglichen Engagements wird in Abbildung 10 gegeben. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind gering, mit der Ausnahme, dass unkonventionell-illegale Partizipation eher von den männlichen Befragten ins Kalkül gezogen wird. Einen deutlichen Zusammenhang findet man dagegen mit der Bildung: Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen sind eher bereit, sich zu engagieren, und zwar bei allen Formen. Am stärksten ist dieser Zusammenhang bei der konventionellen Beteiligung. Das Alter hingegen differenziert kaum. Nur bei den illegal-unkonventionellen Formen sind es eher die Jüngeren, die eine erhöhte Bereitschaft zu solchen Aktivitäten erkennen lassen. Anders beim politischen Interesse. Hier zeigt sich, dass die Engagementbereitschaft der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in jedweder Form umso größer ist, je mehr politisches Interesse bei ihnen vorliegt. Bei den unkonventionell-legalen Formen sind die Zusammenhänge etwas geringer, allerdings ist hier ja das Niveau insgesamt ohnehin schon sehr hoch. Dagegen ist die politische Selbstverortung anhand der Links-Rechts-Skala nicht einheitlich mit den unterschiedlichen Typen der Partizipation verbunden. Während bei der konventionellen und bei der unkonventionell-legalen Partizipation die sich stärker „links“ Verstehenden mehr Bereitschaft zum Engagement zeigen als die in der Mitte bzw. als die „Rechten“, sieht das Bild bei den unkonventionell-illegalen Formen differenzierter aus: Diejenigen Befragten, die sich politisch an den Extrempolen einordnen, zeigen mehr Bereitschaft zu unkonventionell-illegaler Partizipation, wobei in den neuen Bundesländern deutlicher die „Rechten“, in den alten hingegen die „Linken“ dominieren. Die geringste Aktivitätsbereitschaft zeigen die sich in der Mitte bzw. nahe der Mitte Zuordnenden. Eine eindeutige politische Selbstpositionierung an sich ist hier also ein Kriterium für stärkere Aktivitätsbereitschaft, eine neutrale Position hingegen reduziert diese eher.

Von den betrachteten zentralen soziodemografischen Merkmalen beeinflusst der Bildungsgrad die politische Partizipation am nachhaltigsten. Bei den politischen Orientierungen fördert politisches Interesse eine Hinwendung zu politischer Beteiligung, wobei es nur geringe Unterschiede bezüglich der drei Typen gibt. Diese Befunde bestätigen Resultate der ersten Welle des DJI-Jugendsurveys 1992 und entsprechen den Ergebnissen, die sich bei Erwachsenen gezeigt haben (vgl. Gabriel 1999). Ost-West-Unterschiede sind dabei zumeist eher gering.

Die Frage schließlich nach dem Einfluss der Familie auf die Bereitschaft von Jugendlichen, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren, ist nicht eindeutig zu beantworten. Generell gilt zwar, dass ein Zusammenhang von frühen Engagementerfahrungen und späterer aktiver Beteiligung besteht. Wer sich also bereits in seiner Kindheit und Jugend engagiert, behält dies mit größerer Wahrscheinlichkeit bei. Frühe Erfahrungen – das kann das Vorbild von Eltern sein, aber ebenso das anderer Bezugspersonen – sind offensichtlich prägend, allerdings auch nicht zwingend, wie in Einzelfallstudien an Geschwistern gezeigt wird (vgl. Bruner/Dannenbeck 2002). Ein offenes, diskussionsfreudiges und politikinteressiertes Familienklima kann eine Unterstützungs- und Vorbildfunktion haben und die Bereitschaft zur Partizipation bei Kindern und Jugendlichen fördern. Angesichts der abnehmenden Prägekraft familiärer und milieuspezifischer Traditionen und Orientierungen ist aber sicher auch anderen gesellschaftlichen Institutionen und Instanzen als der Herkunftsfamilie in dieser Beziehung eine größere Bedeutung und Verantwortung zugewachsen – also den frühen Erziehungseinrichtungen wie den Kindergärten, den Horten, den Jugendfreizeitstätten und natürlich nicht zuletzt, sondern eher zuerst: der Schule.

Vergleicht man abschließend zusätzlich zum lediglich in Betracht gezogenen das tatsächliche politische Engagement (Gaiser/de Rijke 2000, 283f.; Gaiser/de Rijke 2001), so wird deutlich, dass sich die Strukturen der Bereitschaft und des Verhaltens klar entsprechen: Immerhin zwei Drittel der Befragten haben sich schon einmal an unkonventionell-legalen politischen Aktionen beteiligt, die Hälfte davon auch schon mehrmals. Demgegenüber kommt es wesentlich seltener zu konventioneller Beteiligung. Nur eine kleine Minderheit hat sich schließlich schon an politischen Aktionen beteiligt, die an der Grenze zur Illegalität lagen.

Resümiert man die Ergebnisse, so kommt man zu der Frage, ob die referierten Verhältnisse in den verschiedenen Handlungsfeldern nun ein gemeinsamer Nenner verbindet. Das scheint nicht so zu sein. Zwar gibt es einerseits eine hohe Bereitschaft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sich für gesellschaftliche Probleme

unterschiedlichster Art zu interessieren. Und wenn sie sich dann auch handelnd darauf einlassen, dann tun sie dies offensichtlich eher außerhalb der Bahnen etablierter Beteiligungsangebote. Stattdessen werden lieber informelle Gruppierungen und punktuelle Aktionsformen gewählt. Für die Diskrepanz, die in diesen beiden Feldern aber auch deutlich ist – zwischen Interesse und Bereitschaft einerseits und der Entscheidung für tatsächliches Handeln andererseits – kann Verschiedenes eine Rolle spielen: z.B. die schwierige und komplexe Problemlösung in modernen Gesellschaften, die Risiken des Übergangs von alternativen, nicht-staatlichen Handlungsfeldern in die etablierten Kanäle und auch ein Mangel an Lösungszuversicht, an Kompromisstoleranz oder auch ein Mangel an langem Atem bei den handelnden jungen Leuten. Auf der anderen Seite gibt es so etwas wie eine Nachwuchskrise im Handlungsfeld traditioneller Organisationen und Verbände. Sie scheinen, was das letzte Jahrzehnt angeht, ihre Attraktion zunehmend zu verlieren. Dies gilt gerade auch für die großen Organisationen wie die Gewerkschaften, die politischen Parteien, die Kirchen und die Umweltverbände – wohlgemerkt: die Umweltverbände, nicht die Umweltinitiativen. Ihnen gegenüber hat das Gefühl, auch als Nicht-Mitglied vertreten zu werden, abgenommen. Damit verliert der sogenannte intermediäre Bereich, der zwischen dem einzelnen Bürger und dem Entscheidungssystem der Politik vermittelt, an Bedeutung (vgl. Weßels/Klingemann 2002). In der Konsequenz heißt dies, dass das Ausmaß, in dem die Bürger durch eigene Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen sind, sich verringert hat. Dass das Interesse an Politik im vergangenen Jahrzehnt ebenfalls zurückgegangen ist, passt in diese Entwicklung. Das bedeutet aber auch, dass das Ausmaß politischer Integration gerade bei der nachwachsenden Generation und noch einmal besonders stark in Ostdeutschland nicht mehr eine fraglose Größe darstellt. Dies ist zwar kein Beleg für eine Krise des politischen Systems, aber durchaus ein Warnsignal.

Zu den vielschichtigen Gründen, die hinter dem Abrücken der Bürger von der politischen Sphäre liegen und die auch ihre Partizipationsbereitschaft reduziert oder im günstigen Fall in nicht-institutionelle Felder und Formen gelenkt haben, gehört sicher auch die stärkere Verlagerung nationaler politischer, sozialer und ökonomischer Entscheidungen auf transnationale Ebenen infolge von EU-Integration und Globalisierung. Unter dem Druck sich globalisierender Problemlagen treten eben nicht nur Steuerungsdefizite nationalstaatlich verfasster Demokratien zutage, sondern gleichzeitig verflüchtigen sich gewissermaßen auch die eindeutigen „Gegner“ bzw. Adressaten für spezifische Interessen, Bedürfnisse, Proteste von Bürgern (vgl. Eder 2001; Kriesi 2001). Das Verhältnis zwischen lokalen, nationalen und transnationalen Politiken befindet sich in einem Prozess der Neudefinition. Dieser Prozess hat zwangsläufig auch Konsequenzen für den Bereich politischer Partizipation und Mobilisierung, der traditioneller Weise stark auf der Einflussnahme in nationalen Arenen und Öffentlichkeiten basiert.¹³ Den sich durch Globalisierung und Denationalisierung verändernden Bedingungen müssen sich trotz der Unübersichtlichkeit, die zu deren Begleiterscheinungen gehört, Mobilisierungsformen und Partizipationsmuster, aber auch Inhalte und Themen anpassen oder ganz und gar ändern. Diese Entwicklungen sind in der Praxis ebenso wenig abgeschlossen wie in der Forschung.

¹³ Die wachsende Bedeutung, die in diesem Entwicklungsprozess das Internet gewinnt, belegt die Attac-Bewegung mit ihren Kommunikationsstrukturen. Allerdings ist die Internetnutzung nicht per se ein Hinweis auf „modernisierte“ Partizipationsformen (vgl. Shell 2002).

Literatur

- Achatz, Juliane 2000: Lebensverhältnisse in Deutschland im Spiegel subjektiver Wahrnehmung. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten: Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 81-119.
- Achatz, Juliane/Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina 1999: Geschlecht und Partizipation. In: DISKURS, Heft 1, 10. Jg., S. 58-67.
- Barnes, Samuel. H./Kaase, Max et al. 1979: Political action: Mass participation in five Western democracies. Beverly Hills.
- Bruner, Claudia F./Dannenbeck, Clemens 2002: Freiwilliges Engagement bei Jugendlichen: Forschungsstudie des Kreisjugendrings München-Stadt. München.
- Cusack, Thomas R. 1999: Die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Performanz der Regierung und des politischen Systems. In: Kaase, Max/Schmid, Günther (Hrsg.), Eine lernende Demokratie: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. WZB-Jahrbuch 1999. Berlin, S. 237-261.
- Deutsche Shell (Hrsg.) 2002: Jugend 2002: Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Hamburg.
- Eder, Klaus 2001: Chancenstrukturen für Bürgerbeteiligung und Protestmobilisierung in der EU: Überlegungen zu einigen Besonderheiten transnationaler Streitpolitik. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen, S. 45-75.
- Gabriel, Oscar W. 1999: Politische Einstellungen und politisches Verhalten. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard, Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München, S. 381-495.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann 2000: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten: Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 267-323.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann 2001: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2001, S. 8-16.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) 2000: Unzufriedene Demokraten: Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann 2000: Politische Orientierungen. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten: Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 205-265.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) 1995: Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen.
- Hoffmann-Lange, Ursula 1997: Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. KSPW Beiträge 3.3. Opladen, S. 211-234.
- Kaase, Max 1996: Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Neuausgabe 1995, S. 521-527.
- Kriese, Hanspeter 2001: Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung – Partizipation – Protest. Opladen, S. 23-44.
- Krüger, Winfried 1995: Vertrauen in Institutionen. In: Hofmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen, S. 245-274.
- Opp, Karl-Dieter/Sievers, Helga 1998: Politische Partizipation in Ostdeutschland. In: Häder, Michael/Häder, Sabine (Hrsg.): Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Opladen, Wiesbaden, S. 64-97.
- Walz, Dieter 1997: Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. KSPW Bd. 3.3. Opladen, S. 147-165.
- Weßels, Bernhard/Klingemann, Hans-Dieter 2002: Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 597-606.

Thema
Trend und Facts

PETER CUYVERS

Verspätete Familienbildung – verspätetes Erwachsenwerden: Effekte des modernen Lebenslaufs auf das soziale, ökonomische und psychologische Verhältnis von Jugend und Elternschaft

**“Quite clearly, in this age of the ‘me-generation’, the individual rather than the family comes first”
(Poppenoe 1993)**

1. Einleitung

Das Zitat von David Poppenoe symbolisiert das, was viele über die moderne Gesellschaft denken. Konsum, Populismus, etc. – das Misstrauen der modernen Bürger ist sehr groß geworden. Das „Projekt der Moderne“, das Projekt der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit scheint restlos misslungen zu sein. Das klassische Misstrauen, das die älteren Generationen gegenüber den Jüngeren immer haben, mischt sich mit der Enttäuschung der revolutionären Generation der 60er Jahre. Eine fast wörtlich zu nehmende schwarze Zukunft sowohl auf der Makroebene der Politik als auch auf der Mikroebene der Familie scheint unvermeidbar. Die einzige Freude, die man vielleicht noch haben kann, ist, dass die konservativen Parteien so sehr am traditionellen Familienmuster hängen – das haben die Anhänger der Moderne wenigstens für Sie „verbockt“...

Meiner Meinung nach ist diese Situationsbeschreibung doppelt falsch. Es gibt auf der Mikroebene *noch immer eine sehr ‚kräftige‘ Familie* und es gibt auf der Makroebene *auch kein Problem*. Eine Wende nach Rechts ist eine ziemlich logische und schon lange zu erwartende Reaktion auf die Fehler der Linken in mehreren Bereichen, insbesondere im Familienbereich. Ich werde versuchen zu zeigen, wie die linke Anti-Familienpolitik in einem sehr falschen Verständnis von einer *versagenden oder verschwindenden Familie* begründet war, und warum die rechte Familienpolitik sich nicht auf einen erhofften *Familientraditionalismus* freuen kann.

Das Ergebnis dieser Entwicklung sind leider moderne Familien ohne moderne Familienpolitik. Und das ist ein schlimmes Problem für die heutige Jugend!

2. Missverständnisse über die moderne Familie

Es ist empirisch belegbar, dass die Familienphase ohne Konkurrenz das Zentrum des modernen Lebenslauf ist und sein wird – und tatsächlich noch intensiver „belebt“ wird als je zuvor.

Zum Beweis dafür dienen mir Daten aus den Niederlanden. Die Frage dabei ist selbstverständlich, ob wir Niederländer einigermaßen repräsentativ sind für den Rest Europas. Denn sind wir nicht das Land der unbeschränkten Möglichkeiten, wenn es darum geht, neue Haushaltsformen zu schaffen – von der Kommune in den 60er Jahren bis zur Ehe zwischen zwei Männern oder zwei Frauen? Ein kanadischer Wissenschaftler fragte mich einmal: „Gibt es in Holland eigentlich noch Familien?“

Die Antwort ist ein klares Ja. Es gibt sie noch und sie sind selbst für österreichischen Augen so traditionell, dass sie gerade keine Holzschuhe mehr tragen. Nicht umsonst ist die Familie in den Niederlanden sehr traditionell organisiert.

Grafik 1: Haushalte/Personen



Das erste Missverständnis: In der modernen Gesellschaft steht die Familie in Konkurrenz zu anderen Lebensformen, wie zum Beispiel zum 'swinging single' aus populären Fernsehserien (Friends, McBeal, etc.). Die Grafik zeigt, dass die Anzahl der Haushalte ziemlich verzerrt ist. Es gibt zwar fast ebenso viele Haushalte mit einer Person wie Haushalte mit zwei Personen und wie Familienhaushalte, aber in letzteren leben wesentlich mehr Personen.

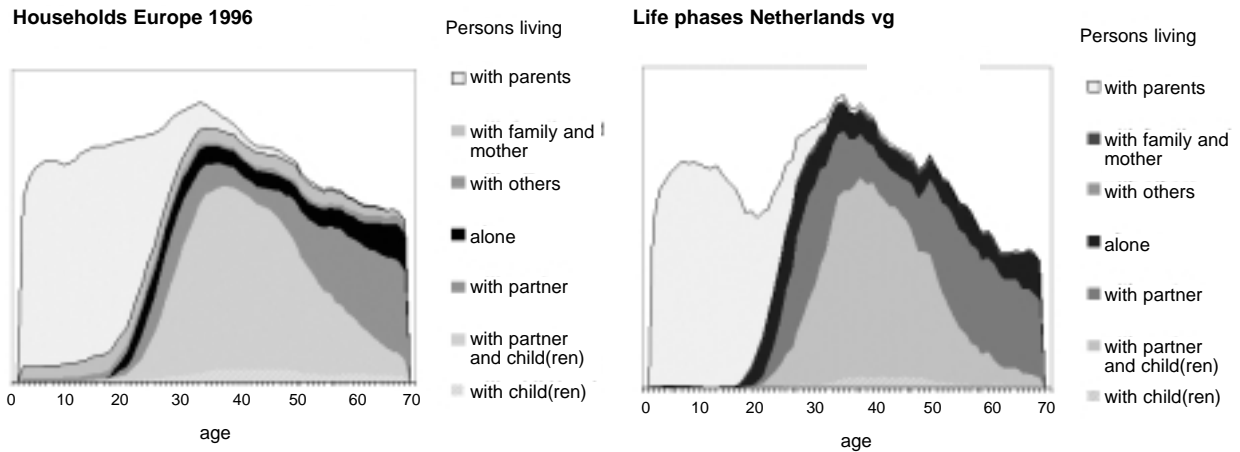
2.1 Lebenslauf

Noch deutlicher zeigt sich das, wenn wir das Alter betrachten. Ich nenne das den „*modernen Lebenslauf*“. Fast alle Kinder wachsen in einer Familie auf – die große Mehrheit mit beiden Elternteilen (siehe Grafik 3f.). Dann gibt es eine relativ neue Phase, in der man überwiegend allein oder als Paar lebt, bevor man eine eigene Familie gründet. Im Alter von rund 50 Jahren beginnt die Lebensphase, in der die eigenen Kinder das Elternhaus verlassen. Sind die Kinder aus dem Haus, so spricht man von der Phase der „jungen Alten“: Paare, die noch gesund sind und noch lange zusammenleben, bevor ein Partner stirbt und der andere – meistens die Frau als Witwe – zurückbleibt.

In Jahr 2002 haben wir dank der Finanzierung durch die Europäische Union die Möglichkeit gehabt, diese demografischen Daten auch für andere Länder zu produzieren.¹

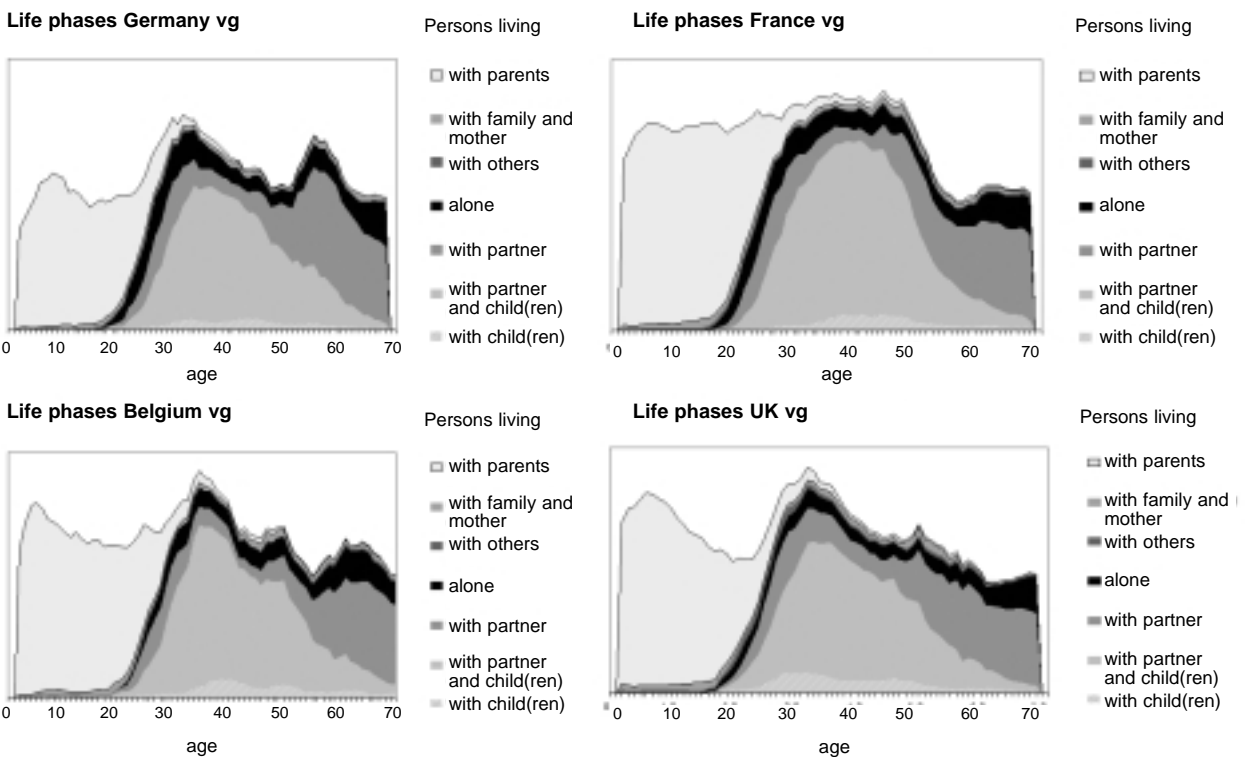
¹ Die Daten sind noch nicht öffentlich publiziert, stehen aber zur Verfügung im Bericht „Social indicators, the next generation“. Der Bericht ist erhältlich über E-Mail (info@ngr.nl) beim Nederlandse Gezinsraad (Niederländischer Familienrat, NGR).

Grafik 3: EU und NL



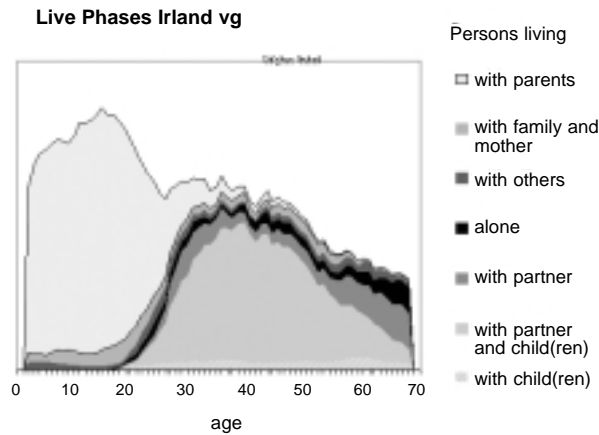
Zuerst sehen wir, dass sich das Grundmuster in Europa ziemlich gut mit den Niederlanden vergleichen lässt. Die zwei Unterschiede sind einerseits, dass die Geburten in der EU konstant hoch waren und andererseits, dass es in den Niederlanden keine Familien mit mehreren Generationen (mehr) gibt.

Grafik 4: nördliche Länder



In der Grafik 4 sieht man, dass sich das niederländische Muster sehr gut mit dem Muster in sämtlichen nördlichen EU-Ländern vergleichen lässt. Vor allem in Dänemark sieht man, dass es eine ziemlich spät beginnende und ziemlich kurze Familienphase mit Kindern im Haushalt gibt. In Deutschland und Großbritannien sehen wir schon ziemlich viele Singles und Paare vor, aber vor allem nach der Familienphase.

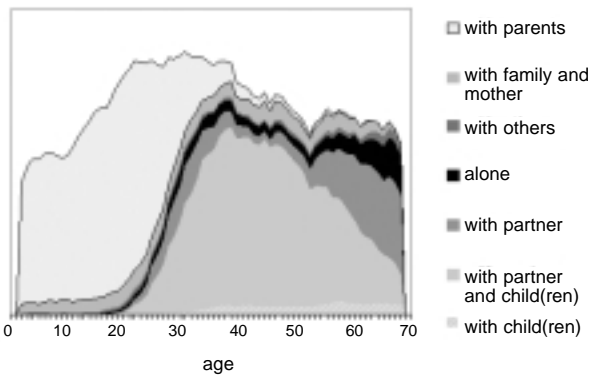
Grafik 5: Irland



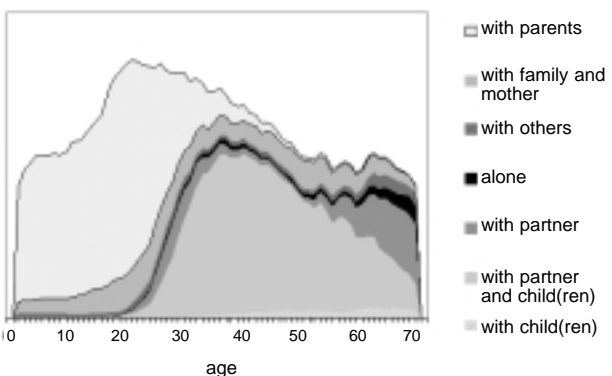
Wenn man Irland betrachtet, ist das Muster ganz unterschiedlich. Nicht nur, weil die Geburtenraten erst in den letzten Jahren gesunken sind, sondern vor allem auch weil die Familie dort noch wesentlich mehr die Mittelphase des Lebens dominiert und weil es auch Mehrgenerationenfamilien gibt.

Grafik: 6: südliche Länder

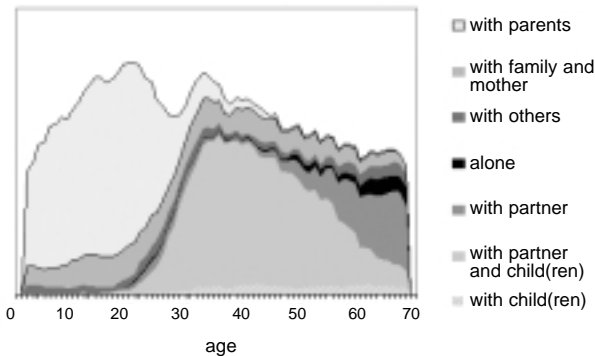
Live Phases Italy vg



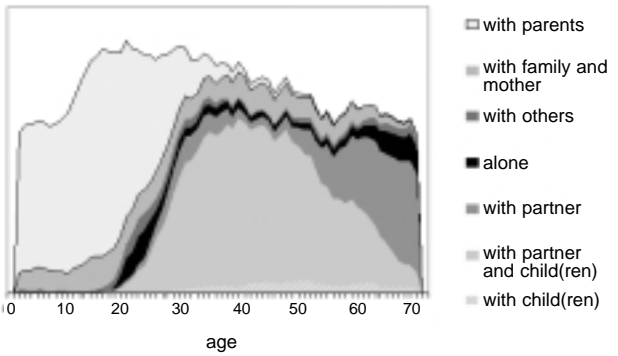
Live Phases Spain vg



Live Phases Portugal vg

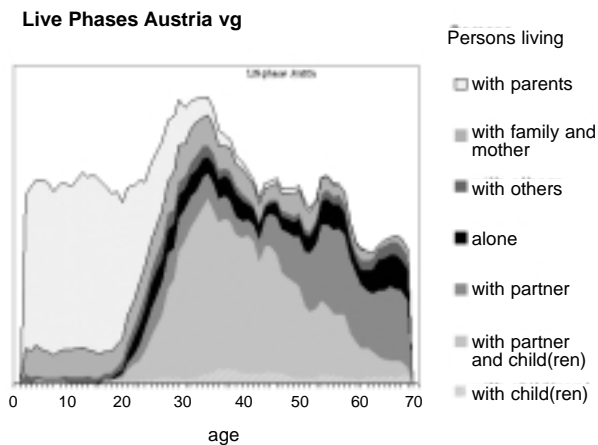


Live Phases Greece vg



Dieses Muster gleicht stark dem Muster der südeuropäischen Länder: In Spanien und Portugal ist die Mehrgenerationenfamilie noch wesentlich bedeutender als Singles und Paare vor der Familienphase. Griechenland und Italien haben schon ziemlich viele Paare im höheren Lebensalter, aber dies fängt viel später an. Es gibt also in Europa einen sehr klaren Unterschied zwischen den nördlichen Ländern mit modernisiertem Lebenslauf und den südlichen Ländern mit noch eher traditionellem Lebenslauf. Diese Daten beschreiben nur die nationale Ebene. Sie sind dem European Community Household Panel (ECHP) 1996 entnommen; die Größe der Stichprobe macht es nicht möglich, regionale Differenzierungen vorzunehmen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass zum Beispiel im Norden Italiens ein viel moderneres Muster existiert als im Süden, und auch in Österreich werden die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen groß sein.

Grafik 7: Österreich

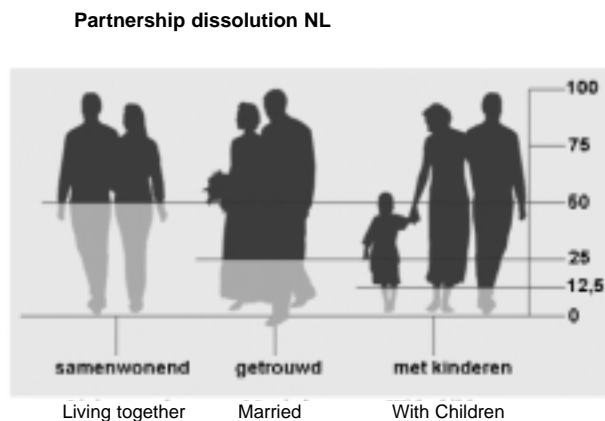


Jetzt sehen wir, dass das Gesamtmuster in Österreich die Mitte zwischen dem nördlichen und dem südlichen Muster darstellt. Die Familienphase fängt an sich zu verkürzen, aber es gibt noch eine beträchtliche Gruppe von Mehrgenerationenhaushalten, die sich aber zweifellos in ländlichen Regionen konzentrieren werden.

2.2. Stabilität der modernen Familie

Nach diesem „europäischen Ausflug“ kehren wir zurück zur Anfangsfrage, nämlich den Missverständnissen über die moderne Familie. Die Lebenslaufperspektive zeigt uns, dass es mehrere Haushaltstypen gibt. Diese Tatsache ist aber noch nicht gleichzusetzen mit einer Verringerung der Bedeutung der Familie. Es gibt einfach immer mehr Haushaltstypen, weil wir in unserem längeren Lebenslauf manchmal den Haushalt wechseln und die Familie eine Vorphase und Nachphase bekommen hat. Aber das Familienleben ist noch immer der Schwerpunkt im demografischen Lebenslauf.

Grafik 8: Scheidung x Alter



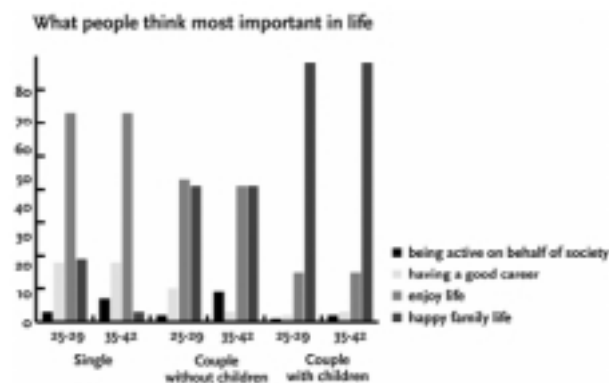
Die Lebenslaufperspektive ermöglicht es uns auch, ein anderes häufiges Missverständnis über die moderne Familie zu beseitigen. Viele glauben, dass es fast keine Kinder mehr gibt, deren Eltern *nicht* geschieden sind – aber die Stabilität der Familie ist nach wie vor sehr hoch. Die Grafik zeigt die Daten für die Niederlande, und dieses Muster ist absolut gleich in den anderen Ländern. Es gibt in modernen Ländern so etwas wie eine Probeehe, und die scheitert sehr oft: Ungefähr die Hälfte der Paare, die unverheiratet zusammenleben, gehen auseinander. Wenn man später im Lebenslauf heiratet, senkt sich die Scheidungsrate auf ein Drittel, und wenn man noch später Kinder hat, geht nur noch eines von acht Paaren auseinander. Das heißt also, dass die Chance für ein Kind, die ganze Jugendzeit bei den eigenen biologischen Eltern zu verbringen, in den Niederlanden bei über 85% liegt!

2.3 Die Familie als Lebensziel für die Mehrheit

Ein drittes Missverständnis – siehe auch das Anfangszitat von Poppenoe über den Egoismus des modernen Menschen – ist, dass Elternschaft für moderne konsumorientierte Individuen nicht mehr sehr interessant sei. Meiner Meinung nach, und das lässt sich auch mit Daten abstützen, ist die Familie noch immer das wichtigste Lebensziel für die große Mehrheit, und die Familie ist immer noch das, was dem Leben den meisten Sinn gibt.

Ein Beispiel für die erste Behauptung ist, dass in den Niederlanden die Ehen von Paaren ohne Kinder „Überlebenschancen“ von nur 20% haben, verglichen mit einer Chance von 85% für Paare mit Kindern. Kinder sind ein sehr wichtiges Lebensziel, und wenn Partner keine Kinder wollen, führt das oft zum Ende der Beziehung.

Grafik 9: Wichtigstes im Leben z/w



Ein Beispiel für die zweite Behauptung, nämlich die Familie als Sinnggebung fürs Leben, lässt sich in den Daten der letzten Nationalumfrage über Familienbildung in den Niederlanden finden. Das Alter ist dabei nicht entscheidend, sondern die *Lebensphase*. Wenn man Kinder hat – oder auf dem Weg dazu ist, welche zu haben – ändert sich die Einstellung! Oder – denn man kann selbstverständlich die Kausalität umkehren – wenn man ohne Kinder zusammenlebt, stellt sich die Frage, ob viermal pro Jahr Skifahren gehen (ein Zitat aus der Umfrage) das Höchste im Leben sein kann...

3. Probleme bei der Familienbildung

Es ist empirisch zu belegen, dass es mehrere *Einstiegsverzögerungen* in die Familie gibt. Diese Verzögerungen sind aber nicht Folge eines Individualismus, sondern Folge sich ändernder Strukturbedingungen des modernen Lebenslaufs. Die Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten bis ins Kontraproduktive, die längere Suche nach dem richtigen Partner und Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Frauen (und die Angst der Männer vor Familienpflichten) sind ebenso Verzögerungsfaktoren.

3.1 Problem 1: Der längere Anlauf...

Wir kennen alle die zunehmende Verzögerung der Geburt des ersten Kindes. In Holland ist das Durchschnittsalter bei der ersten Geburt für Frauen jetzt fast 30 Jahre, für Männer 33 Jahre. Diese Verzögerung ist oft mit dem Individualismus als *allgemeinem* Trend der Gesellschaft erklärt worden. Man möchte sich einfach nicht mehr langfristig binden und keine Verantwortung für andere tragen. Ergänzend zu den Daten glaube ich, dass dies nur eine teilweise Erklärung ist. Ich möchte dem entgegenhalten, dass es eine Vielzahl von *strukturellen Faktoren* gibt, die jeder für sich eine Verspätung der Familienbildung verursachen kann.

Absolut an erster Stelle steht der längere Bildungsweg von Frauen, aber auch von Männern. Die Bildungszeit hat sich unheimlich verlängert, und in den Ländern, *wo es schwierig ist, Ausbildung und Familienbildung zu kombinieren*, ist das ein bedeutender Verzögerungsfaktor. In Norwegen zum Beispiel, wo die Kombination von Kind und Studium sehr leicht ist, gibt es *keine* Verzögerung und auch keine Unterschiede zwischen Frauen mit höherer und niedrigerer Bildung im durchschnittlichen Familiengründungsalter!

Ein zweiter Punkt liegt in der Kompliziertheit der Partnersuche. In modernen Ländern ist eine Testphase üblich: Man lebt mit einem Partner zusammen – und in diesen Partnerschaften ist die Trennungswahrscheinlichkeit hoch (siehe oben). Bis es dann zum „gewünschten Ziel“ kommt, gilt es wenigstens fünf Fragen zu beantworten.²

Fünf Fragen zur Familienbildung:

1. *Gibt es eine Person, die zu mir passt, und die auch findet, dass ich zu ihr passe?*
2. *Wann entscheiden wir, zusammen zu leben?*
3. *Ist der Partner, mit dem ich zusammen lebe, auch derjenige, mit dem ich eine Familie gründen möchte?*
4. *Und: Ist mein Partner auch bereit, mit mir eine Familie zu gründen?*
5. *Und letztendlich: Ist mein Partner bereit, die Versorgung der Kinder auf eine Weise zu teilen, wie ich es mir vorstelle?*

Frage 1 gewinnt in einer Gesellschaft an Bedeutung, die ein Ideal der französischen Revolution verwirklicht hat: die freie Liebe, das heißt die Möglichkeit, sich einen Partner zu wählen ohne Rücksicht auf Rang oder Stand. In der modernen Gesellschaft ist es undenkbar, dass man sich bei der Partnerwahl auf Kandidaten beschränken sollte, die für die Familie akzeptabel sind; es gibt sozusagen einen freien Markt für die Partnerwahl – in der Schule, im Betrieb und in der Freizeit.

Frage 2 ist zunehmend wichtig. Es gibt immerhin die Möglichkeit, alle Vorteile des Erwachsenseins zu nutzen: eigenen Beruf, Geld, Sex ohne die Nachteile. Früher gab es eine feste Verbindung zwischen der Ehe und all diesen Sachen – diese gibt es jetzt nicht mehr! Man kann sich wie in den nördlichen Ländern für eine Partnerschaft ohne Trauschein entscheiden oder wie in den südlichen Ländern für den Genuss all dieser Dinge, während man noch bei den Eltern lebt.

Die Fragen 3 bis 5 haben wir zusammen mit dem ÖIF in einer Reihe von Studien in sämtlichen EU-Ländern untersucht, und die Resultate sind sehr interessant. Die Ergebnisse, kurz zusammengefasst, sind:

- *Frauen denken wesentlich früher über Kinder nach als Männer. Die Kernfrage ist die, ob der Mann auch ein guter Vater sein kann.*
- *Viele Männer möchten selbst auch Kinder haben. Viele aber nicht unbedingt und nicht so schnell; also müssen die Frauen oft „angeln“ (siehe 3).*

² Diese fünf Fragen stellten sich als wichtig heraus in einer Studie, welche die Verhandlungsmuster zwischen Partnern bei der Entscheidung zur Familiengründung untersuchte über die Entscheidung eine Familie zu bilden (Partner Interaction, Netherlands Family Council 1999).

- *Das Thema der Familienbildung ist ein sehr sensibles, es wird selten offen diskutiert (in Deutschland und Österreich noch eher).*
- *Die Positionen von Frauen und Männern sind sehr traditionell: Frauen denken nach über Lebensqualität, Männer über Geld, Studium, etc. Für beide ist jedoch das Glück des Kindes maßgebend. Und im Familienhaus(halt) kommen die Wünsche zusammen, weil das mit Lebensqualität und Geld zu tun hat.*
- *Es wird diskutiert über bzw. gezögert beim ersten Kind, nicht beim zweiten: Fast alle Eltern wollen ein zweites Kind.*
- *Wenn es sich um die Entscheidung für ein drittes Kind handelt, wiederholen sich die Positionen, wie sie beim ersten Kind waren – aber dieses Mal gewinnen meistens die Männer (Ausnahme Irland, wo ein drittes Kind eher normal ist).*
- *Höher gebildete Frauen haben das Gefühl, dass die Debatte über die Teilung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit die Entscheidung für das nächste Kind negativ beeinflussen könnte.*

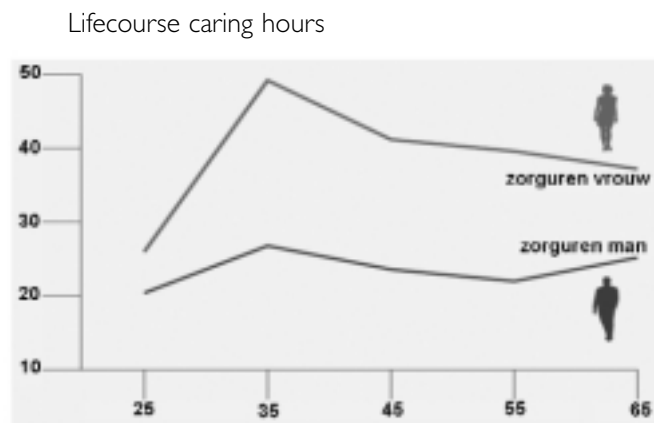
Es zeichnet sich hier etwas sehr Wichtiges ab: *Es sind nicht mehr nur die Frauen, die ein Interesse an einer geringeren Kinderzahl haben, es sind auch sehr viele Männer.* Bevor wir uns näher mit dieser neuen Situation beschäftigen, gilt es, zwei weitere Tatsachen zu besprechen, die mit der *Entscheidung über die Familiengründung* zu tun haben.

Der erste Punkt betrifft etwas, was viele Männer fürchten: Der Einstieg ins Familienleben ist aus ökonomischer Perspektive nicht gerade rational.

3.2 Problem 2: Viel Arbeit, wenig Geld

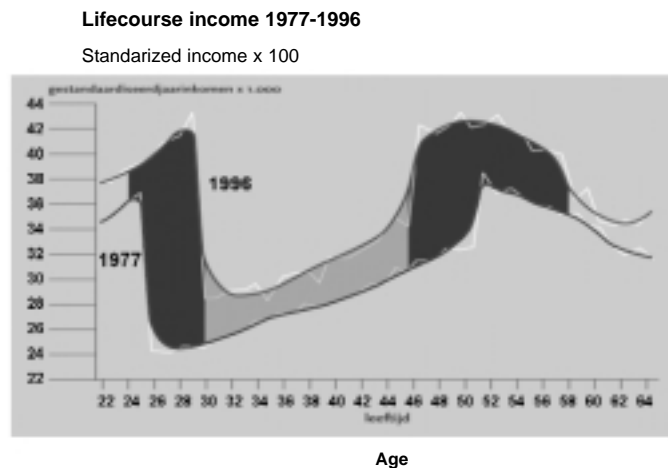
Es gibt eine Kaufkraftdifferenz zwischen den Phasen ohne und mit Kindern im Haushalt, die den Einstieg in die Familie zu einem Schritt ins Ungewisse macht.

Grafik 10: Lebenslauf – Zeit



Dass Kinder Zeit und Geld kosten, wissen wir alle. Es kommt bei der Frau, wie man in der Grafik sieht, eine zusätzliche Arbeitswoche dazu. Männer tun zwar etwas mehr im Haushalt und für die Kinderbetreuung, aber es sind noch immer überall in Europa die Frauen, die den Löwenanteil leisten.

Grafik 11: Lebenslauf – Geld



Legende: Die Daten beziehen sich auf die Netto-Kaufkraft und basieren auf einer Standardisierung für die Haushaltsgröße. Das heißt:

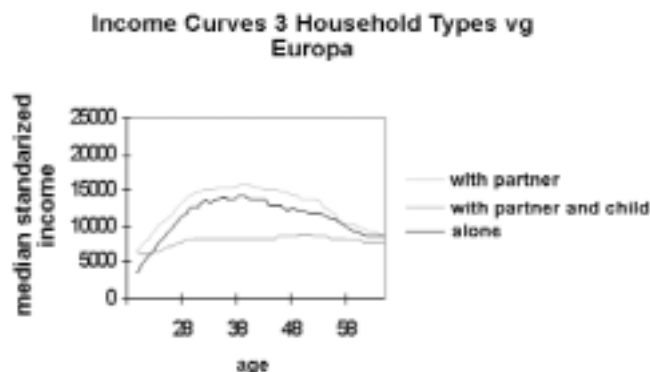
- alle Einkommen des Haushalts werden zusammengenommen,
- korrigiert um die Steuer und alle andere Einkommenseffekte wie Karenzgeld, etc.,
- und korrigiert für die Anzahl und das Alter aller im Haushalt lebenden Personen. Für die Niederlande gilt zum Beispiel, dass ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 2,1-mal das Einkommen eines allein wohnenden Erwachsenen braucht, um die gleiche Kaufkraft zu erreichen (diese Standardisierungsfaktoren werden jährlich vom zentralen Statistikamt errechnet).

Die Grafik zeigt für jedes Altersjahr die standardisierte Nettokaufkraft des Haushalts mit der höchsten Wahrscheinlichkeit. Für das Alter von 25 gilt zum Beispiel, dass dann 64% der Individuen als Partner in einer Partnerschaft leben, für das Alter von 40 gilt, dass dann 82% der Individuen als Vater oder Mutter in einer Familie leben.

Da viele Frauen daher nur wenige Stunden oder gar nicht arbeiten gehen, und weil Kinder Geld kosten, gibt es einen Verlust an Kaufkraft. In Holland, mit sehr viel Teilzeitarbeit – nur 10% der Mütter sind vollbeschäftigt – sind das durchschnittlich 25% bei zwei Kindern. Aus der Grafik kann man ablesen, was das in der Praxis bedeutet: einen Einkommenseinbruch in der Mitte des Lebenslaufs. Oder man kann auch sagen, dass die beiden neuen Phasen ohne Kinder vor und nach der Familienphase Einkommensgipfel sind, weil in diesen Phasen die Möglichkeit für eine Erwerbstätigkeit maximal ist. In der Phase des jungen Paares sind es zwei ziemlich niedrige Einkommen, die zusammen mit niedrigen Kosten die Möglichkeit zu hohem Konsum schaffen. In der Phase des älteren Paares ist es meistens ein hohes Einkommen (der Mann auf dem Karrieregipfel) plus dem Einkommen der wieder etwas dazu verdienenden Frau.

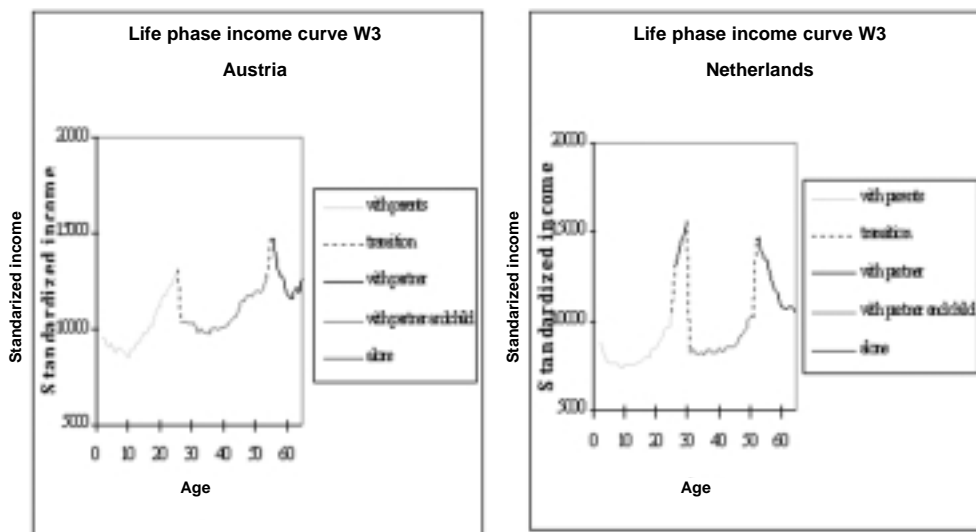
Wie bei den demografischen Daten sind auch bei den Lebenslauf-Einkommensdaten im Rahmen des European Community Household Panel 1996 Analysen gemacht worden.

Grafik: 12: Gruppen EU



Für ganz Europa gilt, dass die Einkommen von Haushalten mit Kindern niedriger sind als die Einkommen von Haushalten ohne Kinder. Selbstverständlich sind es dabei (blaue Linie) die Paare, die am besten abschneiden. Aber richtige Lebenslaufdaten müssen darauf basieren, dass die Durchschnittsentwicklung eines Individuums dem Muster einer Vor- und Nachphase ohne Kinder folgt. Deshalb sind in den nächsten Grafiken diese Lebensläufe *konstruiert*. Es gibt für jedes Land nur eine Kurve, nämlich die gleiche, wie sie für die Niederlande schon gezeigt wurde: Die Kurve repräsentiert das Nettoeinkommen für jedes Altersjahr mit der höchsten Wahrscheinlichkeit.³

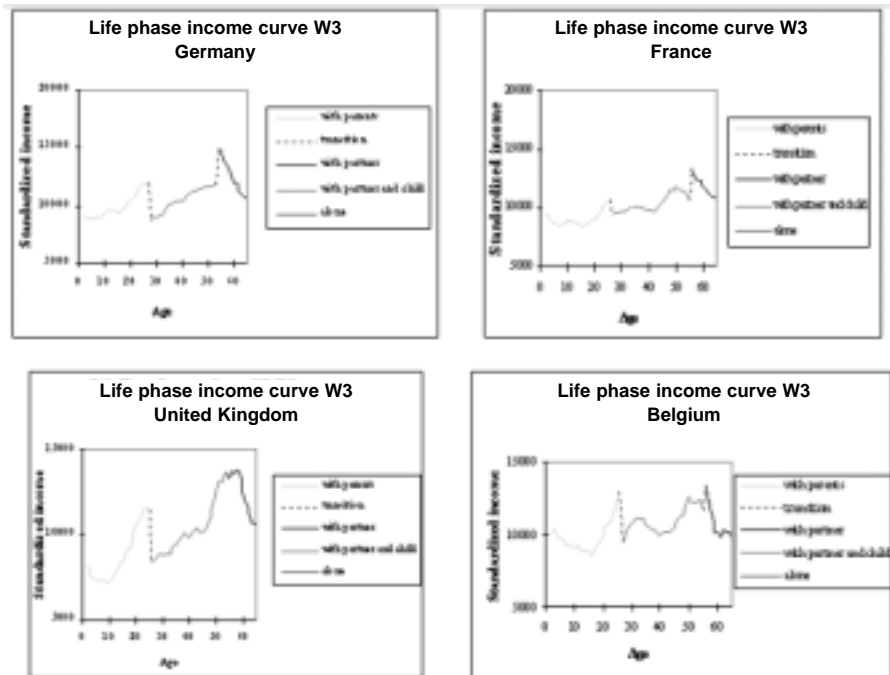
Grafik: 13: Vergleich Österreich-Niederlande



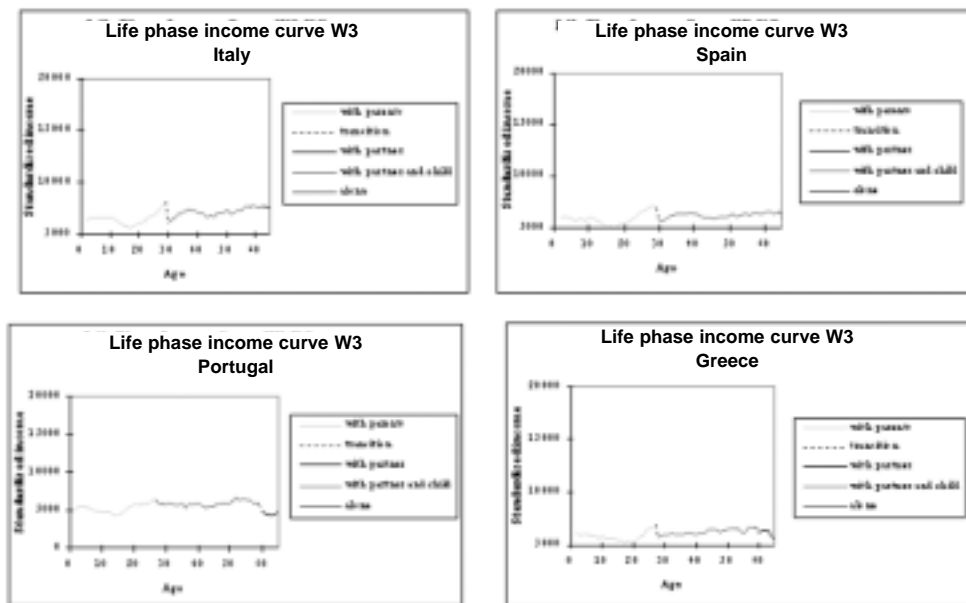
In der Grafik sieht man, dass Österreich dem gleichen Muster folgt wie die Niederlande, mit dem Unterschied, dass die Differenz zwischen den Phasen weniger ausgeprägt ist.

³ Diese Methode kann aufgrund der verfügbaren Daten nur Momentaufnahmen für Europa liefern. In den Niederlanden wurden Lebenslaufdaten zur Analyse des Übergangs herangezogen (Paare auf dem Weg zur Familie wurden fünf Jahre beobachtet). Die Ähnlichkeit zwischen den Kurven – wie hier gezeigt – war sehr hoch und die Differenz zwischen den Einkommen vor und nach Familienbildung (25% für zwei und 32% für drei Kinder) wurde bestätigt.

Grafik 14: nördliche Länder



Hier sieht man ein klares nördliches Muster, aber mit wichtigen Unterschieden. In Frankreich zum Beispiel gibt es eine ziemlich hohe finanzielle Unterstützung der Familien und daher eine viel flachere Kurve. Wesentlich für alle nördlichen Länder ist auch die Steigerung der Kaufkraft nach der Familienphase. Dass sich dann die Kaufkraft wieder senkt, ist zweifellos eine Generationssache: Die Einkommenslage der heute Fünfzigjährigen, die erste Gruppe der Babyboomers, die in Pension gehen wird, ist wesentlich günstiger als für die Generation vor ihnen.

Grafik: 15: südliche Länder

Wenn man die südlichen Länder ansieht, dann gibt es drei sehr große Unterschiede.

Erstens ist der Übergang zur Familienphase nur von einem sehr leichten Einkommensverlust geprägt. Das hat wahrscheinlich mit mehreren Faktoren zu tun. In den südlichen Ländern ist es üblich, viel länger bei den eigenen Eltern zu wohnen. Und hier ist es auch wahrscheinlich, dass es große regionale Differenzen gibt.

Zweitens sollte man in Betracht ziehen, dass die absolute Höhe der Einkommen viel niedriger ist als in manchen nördlichen Ländern.

Und drittens gibt es hier überhaupt noch keine Steigerung des Einkommens im späteren Lebensalter. Eine Situation, die mit Hinblick auf die vergleichsweise niedrige Alterssicherung in diesen Ländern gewiss ein großes Problem darstellen wird. Das ist auch ein Grund für die EU, diese Studien zu finanzieren.

Also: Familienbildung ist im modernen Lebenslauf vergleichbar mit dem Tauchen – es ist ein Sprung in das kalte Wasser der Beziehung und der Emotion... aber es ist kein Sprung ins Ungewisse, was die zu erwartenden Effekte betrifft.

3.3. Problem 3: Abschied von der Jugend – mit 35?

Zum Schluss sollen diese Daten in Verbindung mit einem ganz wichtigen psychologischen Wandel gebracht werden. Es gab einmal eine Zeit, in der man glaubte, dass die Älteren das höchste Glück besaßen: Lebensweisheit, Erfahrung und natürlich vor allem nicht mehr die „Sturm-und-Drang-Probleme“ der Jugendlichen. Selbstverständlich war es notwendig, dass sich die Jugend auslebte, sich die „Haare grün färbte“ – Jugend war identisch mit Unbesonnenheit.

Jetzt ist es vielmehr umgekehrt. Wer seine Jugend verliert, scheint alles verloren zu haben. Und man sieht auch, dass derjenige, der seine „grünen Haare“ verloren hat, sich so schnell wie möglich ein Toupet mit neuen „grünen Haaren“ kauft. Wir sehen Leute von über 50, die stolz darauf sind, dass sie noch Bungeejumping machen.

Natürlich mag das übertrieben erscheinen, aber es geht mir um die generelle Idee, dass man es „geschafft haben soll“, bevor man 30 ist. In Holland gibt es jetzt den Ruf nach jüngeren Politikern im Parlament – ein Parlamentsmitglied mit 55 ist schon eine Art Dinosaurier. Diese Mentalität, die verbunden ist mit einer Gesellschaft, in der die Medien ständig das Jugendalter zum Modell machen, ist ein weiteres Problem, das wir nicht unterschätzen sollen.

Denn es gibt für die Familie ein sehr schlimmes Problem, das Problem des Imagos. Natürlich ist Familienbildung in der Geschichte immer verbunden mit praktischen Schwierigkeiten, und die Sorge um Kinder bedeutete für Eltern immer auch Mühe und kostet viel Zeit und Geld. Aber es brachte ihnen auch *Respekt und Anerkennung*, und Elternschaft war verknüpft mit gesellschaftlichen Vorteilen, vor allem auch durch finanzielle Unterstützung.

4. Zum Schluss: Die Frau und die Familienbildung...

Im modernen Lebenslauf ist der *Abschied vom Jugendalter* viel schwieriger geworden. Es ist erstmals eine Wahl, eine Wahl mit wenig direkten Vorteilen, und eine Wahl mit wenig Anerkennung. Selbstverständlich lassen die meisten sich dadurch von der Gründung einer Familie nicht abhalten. Sie vermuten, hoffen, glauben oder sind sich ganz sicher, dass die Elternschaft viel mehr bringt als große Ferien oder ein zweites Auto (selbst wenn es ein Porsche wäre).

Aber trotzdem spricht die Statistik in Europa eine eindeutige Sprache: Die Verzögerung der ersten Geburt weit über den von Frauen erwünschten Zeitpunkt hinaus ist normal geworden – zusammen mit all den Schwierigkeiten, die dieses Faktum mit sich bringt (künstliche Befruchtung, etc.). Frauen bekommen heute *wesentlich weniger Kinder als sie sich wünschen*. In der Eurobarometer-Erhebung 2001 gab es Differenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit von fast einem „halben Kind“ weniger.

Die Muster sind unterschiedlich für die verschiedenen Länder. In den südlichen Ländern ist es sehr klar, dass eine schlechte Wirtschaftslage und fehlende Wohnungen die Familienbildung hemmen. Aber es spielt sehr wahrscheinlich auch eine Rolle, dass es für junge Paare sehr viele Vorteile hat, wenn sie beide noch bei ihren Eltern leben. Man genießt noch die Freiheit der Jugend! Dasselbe sehen wir in anderen Ländern bei jungen zusammen lebenden Paaren. In Schweden, wo es sehr gute Angebote für Kinderbetreuung und Elternurlaub gibt, sind es die Frauen, welche die Sache vorantreiben. Wer dort sein zweites Kind innerhalb von drei Jahren bekommt, kann in bezahltem Urlaub bleiben. Da gibt es also keine Nachteile für die Männer. Wo es die gibt, wie in die mitteleuropäischen Ländern, entsteht ein Muster von schweren Verhandlungen zwischen den Partnern. Denn wenn die Jugend der Frau langsam verfließt, zögert der Mann manchmal, seine Jugend aufzugeben.

Also haben sich als Folge dieser Struktur- und Kulturbedingungen in Zusammenhang mit dem „ewigen Mythos Jugend“ die psychologischen Voraussetzungen für die Elternschaft fast umgekehrt. Dies ist auch im Vergleich zum ehemaligen Ausgangspunkt zu sehen, als nämlich die Familiengründung gleichbedeutend war mit dem Erreichen der gesellschaftlichen Anerkennung und dem Erwachsensein. Die Rechte (Sexualität, eigenes Konsumvermögen) sind schon lange da, die Pflichten werden – vor allem von hochgebildeten Männern – eher gescheut, wodurch es zum ersten Mal in der Geschichte die Frauen sind, die sich bemühen müssen, die von ihnen gewünschte Kinderzahl zu realisieren.

BERNHARD HEINZLMAIER

Szenen, Szenecodes und Jugendtrends: Was Eltern über ihre Kinder wissen sollten!

Generelle Aussagen über „die Jugend“ sind schwierig, denn die Jugend ist heterogen, vielfältig, vielgesichtig, vielschichtig, vergleichbar dem sprichwörtlichen Pudding, den an die Wand zu nageln niemals gelingen kann. Dieser Umstand schränkt auch die Bedeutung der Aussagen großer, flächendeckender, repräsentativer, quantitativer Jugendanalysen stark ein. Die bestehende Vielfalt wird von ihnen eher nivelliert als erhellt, die Abdeckung der großen Fläche überlagert die interessanten Differenzen in der Untersuchungsgruppe, das bunte Bild unterschiedlicher Strömungen und Tendenzen wird verschleiert, nicht enthüllt. Denn, um auf ein Beispiel zu verweisen, die Jugend ist weder materialistisch noch idealistisch, auch wenn die Ergebnisse großer Repräsentativ-Erhebungen immer wieder suggerieren, wir hätten es mit einer materialistischen Generation zu tun, der es nur um die Kohle geht und die sämtliche Ideale dem Konsum geopfert hat. Die Situation ist in Wirklichkeit weitaus komplexer: Nicht nur, dass, wie meistens bei der öffentlichen Darstellung und Diskussion von quantitativ-repräsentativ erhobener Daten, nur die größte im statistischen Verfahren ermittelte Gruppe ins Blickfeld genommen wird – oh Gott, 43% der 14- bis 24-jährigen stimmen der Aussage voll und ganz zu, dass Geld wichtiger ist als Ideale zu haben, über die restlichen 57% spricht dann aber keiner mehr – ist es darüber hinaus auch kaum zulässig, die große Gruppe in Bausch und Bogen ins gefühlskalte, materialistische Eck zu stellen, nur weil sie, ganz pragmatisch und realitätsbezogen, ein Prinzip bejaht, das ihr tagtäglich als das handlungsleitende und erfolgversprechende Lebenskonzept der Erfolgreichen unserer Zeit in den Medien (aber nicht nur dort, auch Eltern haben hier eine entsprechende Vorbildfunktion) vorgeführt wird. Darüber hinaus: Es kommt letztendlich nicht nur darauf an, ob man Geld für wichtig hält oder nicht, sondern viel entscheidender ist, was man damit macht, wie man dieses Hilfsmittel des Tausches einsetzt. In qualitativen Explorationen trifft man dann gerade bei den als egozentrischen, selbstbezogenen Materialisten denunzierten Jugendlichen auf ganz interessante Geldverwendungs-Vorstellungen. Hier nur einige Beispiele: „Dafür sorgen, dass die Menschen nicht mehr sterben müssen“; „Ein zufriedenes Leben führen“; „Unsere Schultoiletten sanieren“; „Nach Afrika auswandern und Marihuana-Bauer werden“; „Die Aids-Hilfe unterstützen“; „Meinen Film drehen“; „Eine Villa, ein Auto und alle Designerläden leer kaufen“. Anhand dieser Aussagen zeigt sich: Es geht nicht darum, ob man Materialist ist oder nicht, vielmehr geht es darum, wie der Materialist mit seiner angebeteten Kohle umgeht. Und das kann dann auch wieder recht idealistisch sein. Es soll an dieser Stelle keinesfalls versucht werden, dass, was die Pessimisten pauschal ins Negative wenden, haltlos optimistisch ins Positive zurück zu kehren. Es sollte lediglich gezeigt werden, dass es viele gute Gründe gibt, quantitativ-repräsentativen Daten mit einem gesunden Grundmisstrauen zu begegnen, vor allem dann, wenn man das Gefühl hat, hier wird aus ideologischen Gründen großzügig in die eine oder andere Richtung interpretiert und es fehlt die qualitative Vertiefung, d.h. das ausführliche Gespräch mit Angehörigen der Untersuchungsgruppe über Motive und Hintergründe ihrer mittels Fragebogen erhobenen und statistisch ausgezählten Meinungen und Positionen. Unser erkenntnisoptimistischer Grundsatz sollte daher lauten: Es gibt noch mehr Möglichkeiten über Menschen, in unserem Fall über die Jugend, etwas zu erfahren, als durch die Anwendung eines Fragebogens mit 30 geschlossenen Fragen.

Die Jugend verstehen

Die Jugend kann nur verstehen, wer sich interessiert in ihre Nähe begibt, wer ihre Zeichen- und Symbolwelten hingebungsvoll studiert, wer sich in den Rhythmus ihrer Musikwelten einzufühlen vermag, wer ihre Medien, ohne überheblich auf sie herabzublicken, regelmäßig nutzt. Jugend verstehen, heißt für Erwachsene vor allem Abstand nehmen vom permanenten Bilden-Wollen, vom permanenten Erziehen-Wollen. Vielmehr bedeutet Jugend verstehen, die Jugend und ihre Kultur als ein Phänomen zu betrachten, an dem es etwas zu entdecken gibt, das Geheimnisse beinhaltet, die es zu enthüllen lohnt, als Phänomen zu sehen, von dem man zuguterletzt sogar noch etwas lernen kann. Verstehen ist ein humanitärer Grundvollzug, der den Zusammenhalt menschlicher

Individuen erst ermöglicht. Verstehen und vor allem das Verstehen-Können von sozio-kulturellen Phänomenen und Gruppen, noch dazu wenn sie so nahe liegen und so unmittelbar gegeben sind wie die Jugend, ist aber absolut keine Selbstverständlichkeit, auch wenn es der Mehrheit der Menschen als solche erscheinen mag. Denn wie andere, ferne Kulturen funktioniert auch die Jugendkultur nach eigenen Regeln und Gesetzmäßigkeiten, die sich von der Kultur der Erwachsenen in vielen Details grundlegend unterscheiden. Kein Mensch würde den Standpunkt ablehnen, dass es durchaus Sinn macht, sich über Sprache und Symbolwelten eines fernen Landes, wie zum Beispiel Japan, zu informieren, wenn man dorthin reisen möchte, und dass eine solche Beschäftigung mit der japanischen Kultur das Verstehen derselben durchaus befördern könnte. Anders bei der Jugendkultur: Hier ist man der Auffassung, dass das Verstehen derselben auf der Hand liegt, selbstverständlich ist, und dass, obwohl die Erwachsenen der Jugendkultur in den meisten Fällen genauso fern stehen wie der Europäer der japanischen Kultur: Aber warum ist das so? Warum verschließen sich Erwachsene, ja sogar jene Gruppen, die in ihren Berufs- und Erziehungsalltag, also als Pädagogen aber auch als Eltern, tagtäglich mit Jugendlichen zu tun haben, so vehement diesem Verstehen? Die Antwort ist ganz einfach. Die japanische Kultur wird als etwas Wertvolles gesehen, mit dem sich die Beschäftigung lohnt. Man mehrt dadurch sein persönliches kulturelles Kapital. Die Jugendkultur hingegen wird als wertlose Konsumkultur gesehen, als verzichtbarer Unterhaltungsluxus, ja im schlimmsten Fall sogar als ein dem Kultivierungsprozess entgegenstehender Schmutz und Schund. Jugendkultur als die Kultur der Kulturlosen bleibt daher links liegen, wenn man sie nicht gar bekämpft. Und das Verstehen? Warum sollte man etwas verstehen wollen sollen, wenn es nichts wert ist, wenn es nicht mehr Sinn hat, als ausgeflippte Pubertierende zu unterhalten? Wie die Individuen, so auch der Staat. Während er wertvolle Hochkultur, z.B. die Wiener Staatsoper, mit Förderungsmillionen überhäuft, obwohl sich dort die einkommensstärksten Schichten der Gesellschaft im Zuseherraum tummeln, bleiben Konzerte von HipHop-, Rock- und Pop-Formationen unsubventioniert. Was nichts wert ist in den Augen der Kultureliten braucht auch nicht gefördert zu werden. Aber worum geht es nun genau, wenn man im Zusammenhang mit Jugendkultur vom Verstehen spricht? Was soll denn hier genau verstanden werden? Das Verstehen der Jugendkultur kann auf allen drei verschiedenen Bedeutungsebenen des Sinnbegriffs angegangen werden, d.h. es kann versucht werden

- a) den sprachlichen Sinn, den Zeicheninhalt der Jugendkultur und ihrer Szenen zu dekodieren,
- b) den Handlungssinn, der in den Aktivitäten der Jugendkulturen steckt, zu entschlüsseln und
- c) nachdem die Jugendkultur in ihren Szenen auch übergreifende Orientierungen für die Lebenspraxis der einzelnen Beteiligten produziert, geht es auch um das Verstehen spezifischer Lebensphilosophien, das heißt, es geht auch um Lebenssinn in seiner umfassendsten und prinzipiellsten Form.

Grundbefindlichkeiten einer Generation

Bevor wir uns nun dem Verstehen und Deuten der jugendkulturellen Sinn- und Symbolwelten nähern, noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu den Werthaltungen und Einstellungen der Jugend. Die Jugend am Beginn des 3. Jahrtausends ist pragmatischer als jemals zuvor: Große, auf die gesellschaftliche Zukunft gerichtete Weltentwürfe und abgehobene idealistische Erwartungen für die persönliche biografische Zukunft fehlen fast vollständig. Die moderne Jugend liebt es bodenständig und handfest. Eine gute Schul- und Berufsbildung, damit man in der Arbeitswelt möglichst gut bestehen kann, eine gute Erziehung und Allgemeinbildung, damit man die notwendigen Fertigkeiten zum erfolgreichen praktischen Handling des Lebensalltags erwirbt. Die großen Entwürfe für eine bessere Gesellschaft haben sie nicht mehr im Kopf, die Jungen. Weltverbesserer sind out. Fast mitleidsvoll ist der Blick auf ihre alten Lehrer aus der 68er-Generation, die noch immer die alten Utopien von einer besseren und gerechten Welt zu vermitteln versuchen, die in den Augen der Kids durch Geschichte und gesellschaftliche Praxis schon hundertmal widerlegt sind. Schon längst geht es nicht mehr um das große unüberschaubare Ganze, um die großen sozialen Fragen, um den archimedischen Punkt, den es zu finden gilt, um das Schicksal ganzer Klassen, Völker, ja der ganzen Welt zu drehen, zu wenden. Der Pragmatismus ist realistisch und wendet sich dem Machbaren zu, dem persönlich Machbaren und dem gesellschaftlich Machbaren. Globale Weltverbesserung ist nicht machbar, aber bei den kleinen Fragen des Alltags, da lohnt es sich nach Lösungen zu suchen, und in den kleinen Strukturen der Freundeskreise und der Nachbarschaften kann man Solidarität üben, die sichtbare Veränderungen zum Guten schafft. Das Motto lautet: Wir setzen uns die Ziele so, dass wir auch die

Chance haben sie zu erreichen, auch wenn es um die emotional hoch aufgeladenen Themen wie Solidarität, Armutsbekämpfung und Friedenssicherung geht. Politik ist vor allem deshalb unten durch, weil sie das konkrete Handeln in den kleinen Strukturen, in den Poren der Gesellschaft aus dem Blickfeld verloren hat. Die Parteien schrumpfen zusammen zu kompakten technokratischen Bürokratie-Apparaten, die auf die Beeinflussung und Regulierung der Macht in einer Mediendemokratie gerichtet sind. Zwischen die Parteien und die Menschen – also die Politik und die Menschen – hat sich die Vermittlungsinstanz der Medien geschoben. Das hat positive und zugleich auch negative Effekte für die traditionelle Politik. Der hervorzuhebende positive Effekt: Die Versorgung des Wählers mit Botschaften und damit die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist außerordentlich ökonomisch, ist hoch effizient geworden. Der negative Effekt: Die direkte Berührung der Parteien mit den Bürgern geht verloren, die Politik hat den Bürger nicht mehr, den Bürger haben nun die Medien. Politik ist damit zum Medienkonstrukt geworden. Die noch immer hinter diesem Konstrukt in Rudimenten existierenden Partei-Strukturen werden vom Bürger nicht mehr wahrgenommen, werden vom Bürger nicht mehr erlebt. Nebst allen anderen sich daraus ableitenden Problemen sind diese nicht-erlebten Strukturen auch mehr und mehr eine Projektionsfläche für negative Fantasien der Bürger von Machtmissbrauch, Privilegienwirtschaft und Korruption. Zusammengefasst: Politik ist den jugendlichen Pragmatikern zu wenig konkret, spielt sich einige Ebenen zu hoch über der Realität ab, eröffnet dadurch zu wenig konkrete Gestaltungsmöglichkeiten, ist zuviel Rhetorik und zu wenig wirklich praktisch-relevantes Tun. Diese Sicht der Dinge hat unübersehbare tiefgreifende Konsequenzen für das politische Handeln der Jugend – sie hält sich von traditionellen politischen Strukturen fern, und zwar primär nicht deshalb, weil ihnen die Politik zuwenig glaubwürdig und die Politiker unsympathisch sind, sondern weil sie den Eindruck haben, dass ein praxiswirksames sinnvolles Handeln, das direkt auf die Lebensrealität in den kleinen Strukturen der Gesellschaft wirkt, in politischen Kontexten nicht möglich ist. Vorliegende qualitative Daten lassen darüber hinaus den Schluss zu, dass der Begriff der traditionellen politischen Struktur, was ihre Beurteilung im Hinblick auf ihre realen Gestaltungsmöglichkeiten durch die Jugend betrifft, zu erweitern ist, und zwar um Teile der Politikfelder, die bisher unter dem Überbegriff der atypischen, nicht-institutionellen politischen Handlungsformen subsumiert wurden. Längst ist das, was in den 80er Jahren noch außerparlamentarische nicht-institutionelle Bewegung war, in den Kanon der traditionellen Strukturen hineingerutscht. Ob Friedensbewegung, Bewegungen gegen Sozialabbau oder für den Sozialstaat, Öko-Protest und Anti-Regierungsdemos, die Jugendlichen sehen etablierte Polit-Strukturen und Akteure dahinter stehen, von den Grünen über die Kommunisten bis zu den Gewerkschaften oder zumindest Teile der Funktionseleiten aus staatlichen oder staatsnahen Bürokratien. Aber die Strukturen selbst sind für die Jugendlichen gar nicht das Problem, vielmehr ist es der Spirit der etablierten Politik, der dazu führt, dass wieder nur medial vermittelte, den kleinen Strukturen der Gesellschaft entfremdete und nicht auf konkretes Handeln gerichtete Medien-Politik gemacht wird. Dieser Umstand ist es, der die Jugendlichen zur Distanzierung bewegt. Abschließend: Nicht die von der Politik aufgegriffenen Themen distanzieren die Jugend von der Politik, sondern die Formen, in denen Politik betrieben wird. „Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner“, so lautet das Motto der Kids, wenn es um die Beurteilung der solidarischen Potentiale in der Gesellschaft geht. Auch hier gilt: Hilfe erwartet man keinesfalls von den Superstrukturen und Bürokratien. Wenn, dann kommt Hilfe und Unterstützung von den Eltern, den Freunden und eventuell, im ländlichen Milieu, aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Konsequenz: Man muss persönlich stark sein und gut gerüstet sein für den harten Überlebenskampf, und ganz pragmatisch gedacht sind dafür natürlich auch kleine Solidarstrukturen, wie z.B. die Familie hilfreich, d.h. die hohe Bedeutung der Familie, wie sie von großen Jugenderhebungen immer wieder zu Recht behauptet wird, glaubt man nachgelagerten qualitativen Explorationen, ist weitaus stärker vom nackten Nutzenkalkül als von konservativen oder religiösen Ideologien bestimmt. Die individualisierten Individuen der Postmoderne haben sich nach und nach von der Macht der Superstrukturen befreit. Die durchaus auch potentiell einengenden Klein-Kollektive (z.B. Familie) müssen aber, vor allem vor dem Hintergrund von Europäisierung und Globalisierung und der damit einhergehenden Verschärfung der alltäglichen Konkurrenzkämpfe, von der Mehrheit der jungen Menschen aus pragmatischen überlebenstaktischen Gründen weiter in Kauf genommen werden.

Was ist in, was ist out?

In- und Out-Listen geistern nicht nur in der Jugendforschung herum. Kaum ein Bereich des gesellschaftlichen Lebens, von den Lifestyle-Welten über den Sport bis hin zu Wirtschaft und Politik, ist von ihnen bisher verschont geblieben. Darum kurz auch dazu, was die schwarz-weiße Welt der In und Outs für die Zielgruppe Jugend zu bieten hat. Im Mittelpunkt ist dabei immer das Optimismus-Pessimismus-Paradigma. Was dieses Gegensatzpaar betrifft, so stehen die Zeichen bei der heutigen Jugend auf Optimismus. Man glaubt, dass man das, was man sich für das persönliche Leben vorgenommen hat, auch erreichen wird. Was die gesellschaftliche Zukunft betrifft, ist man weder ganz negativ, noch total positiv gestimmt, aber Horror-Untergangs-Zukunfts-Szenarien hat die große Mehrheit der unter 30-Jährigen nicht im Kopf. Was sonst noch besonders „In“ ist? Alles, was mit neuen Kommunikationstechnologien zu tun hat. Ob Handy oder Internet, ob Telefonieren, SMS-Nachrichten versenden, E-Mails oder Gespräche im ISQ, keines davon ist aus der Alltagskommunikation eines modernen Jugendlichen mehr wegzudenken. Und wer sind die Adressaten der Botschaften, wer ist primär an der medienvermittelten Kommunikation beteiligt? Es sind die Freunde, die wenigen, aber guten Freunde, jene, die über Jahre hinweg die Treue halten und auf die man sich verlassen kann. Freunde sind In, so In wie niemals zuvor. Gleich nach den Freunden kommt die Familie. Man investiert in sie Engagement aus demselben Grund, wie man sich für Freunde engagiert, weil Familie wie Freundeskreis für Beständigkeit, Verlässlichkeit und emotionales Aufgehobensein stehen. Familie und Freunde sind wie festverzinsliche Wertpapiere oder wie die berühmten Bluechip-Aktien des Kapitalmarkts. Das Investment trägt verlässlich Zinsen. Und was ist out? Immer das Gleiche, seit Jahren nun schon. Politisches Engagement und der Glaube daran, dass die Politik jene Umstände, von denen man unmittelbar abhängt, positiv beeinflussen kann.

Zeichen, Szenen und Identitäten

"Menschen sind verstehende Tiere, auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, sich Symbole zu entschlüsseln, in denen für sie die Welt da ist" (Mathias Jung, Hermeneutik zur Einführung, Hamburg 2001). Das Verstehen ist aber, wie schon zuvor angedeutet, nicht selbstverständlich. Nicht selten scheitern Versuche, andere Kulturen zu verstehen, führen geradewegs zum Missverstehen, vor allem dann, wenn die notwendigen inhaltlichen Kenntnisse fehlen, die die richtige Interpretation von Zeichen, Codes, Symbolen und Handlungen erst möglich machen. Besonders prekär sind Missverständnisse immer dann, wenn sie eine besondere soziale Bedeutung haben, d.h. wenn ein interpretatorisches Missverständnis zur gesellschaftlichen Abwertung von Individuen oder ganzer sozialer oder kultureller Gruppen führt. In der Vergangenheit und auch in der Gegenwart waren und sind die Jugend und ihre Lebensstilgruppen häufig zum Opfer solcher Fehlinterpretationen geworden. In den 50er Jahren war es die Rock'n Roll-Jugend mit ihren stampfenden Rhythmen, der pauschal Aggressivität, Gefühllosigkeit und Desinteresse am gesellschaftlichen Leben unterstellt wurde, in den 60er Jahren die Beat-Generation, der man ob ihrer langen Haare und ihres San-Francisco-Blumenkinder-Looks mangelnde Hygiene unterschob, und heute sind es unter anderem die Gothics und Black Metals, die man allesamt dem Lager der Satanisten zuordnet. Alle drei Beispiele zusammengenommen sind gekennzeichnet von fehlgegangenen Verstehensversuchen, von Missverständnissen, die vor allem aufgrund von fehlenden Kenntnissen bezüglich der Symbole, Handlungsweisen und lebensphilosophischen Konzepte der angeführten Gruppen zustande kamen und kommen. So will beispielsweise der schwarz gekleidete und weiß geschminkte düster blickende Grufti weniger zum Ausdruck bringen, dass er seine Seele dem Satan verschrieben hat, als vielmehr demonstrieren, dass er mit seiner Sinnsuche in seinem Leben noch an kein Ziel gekommen ist und auch relativ pessimistisch darüber ist, dass er dieses Sinn-Ziel jemals erreichen wird. Eine Überzeugung übrigens, die er mit vielen Erwachsenen teilt, die diesen Umstand aber weniger expressiv zum Ausdruck bringen. Jugendkulturen haben ein Recht darauf, richtig verstanden zu werden, d.h. sie fordern zu Recht ein, dass, wer sich über sie äußert, sich soweit kundig gemacht haben muss, dass eine richtige Interpretation ihrer Zeichenwelten zumindest wahrscheinlich erscheinen kann. Wer Jugendkulturen verstehen möchte, hat sich demgemäß nicht vorrangig mit Seele oder Psyche von einzelnen Angehörigen der Jugendkulturen zu beschäftigen, sondern vorerst einmal mit den Zeichen- und Symbolwelten, die Jugendliche dazu nutzen, um nebst ihren innersten Empfindungen auch ihre Weltsicht und ihre Zugehörigkeit zu spezifischen Lebensstilgruppen zum Ausdruck zu bringen. Was sind das nun für

Zeichenwelten, die den Alltag der großen Mehrheit der Jugendlichen bestimmen? Es sind die Zeichen und Symbole der modernen Jugendszenen, in denen die Jugendlichen den Großteil ihrer Freizeit verbringen. Aber die Jugendszenen, informelle Lebensstilgruppen mit oft globaler Ausdehnung, bestimmen nicht nur das Freizeitleben. Ein Teil der Szenen transportiert auch eine umfassende Sicht- und Interpretationsweise unserer Lebenswelt als Ganzes, liefert Weltbilder und Weltanschauungen, die in Konkurrenz zu den Weltinterpretationen der großen institutionellen Strukturen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, etc.) treten. Im Kern ist aber die Welt der Jugendkultur und ihrer Szenen die wunderbare Welt der sichtbaren Dinge. Wie auf einer Bühne treten die Jugendlichen auf und präsentieren ihre Zeichen und Symbolhandlungen. Zeichen und Szene-Symbole dienen aber nicht nur dazu, um Szenezugehörigkeit darzustellen und offensichtlich zu machen, sie sind auch identitätsbildend und haben zudem die Funktion, gedankliche Vorstellungen vom eigenen Selbst zu vercoden, in Bilder umzuwandeln und damit Identität in eine demonstrative Form überzuführen.

Von Ego Signs, Shared Basics und Functional Standards

Als Rohmaterialien für die Demonstration von Szenezugehörigkeit und Identität werden in erster Linie Artefakte der Freizeit- und Konsumgüterindustrie verwendet. Diese kommerziellen Produkte werden zum Teil in den von den einzelnen Szenen vorgegebenen Sinn-Kontexten verwendet, zum Teil aber auch kreativ zu neuen Stil- und Sinn-Konzepten zusammengefügt. Konsumgüter, die für den einzelnen Jugendlichen eine besonders große Bedeutung sowohl für Identitäts- und Stilbildung als auch für die Identitätsdemonstration auf den Szene-Bühnen haben, nennt man Ego-Signs. Zu Ego-Signs entwickeln die Jugendlichen eine große emotionale Nähe. Bei der Entscheidung für oder gegen sie ist man sehr wählerisch. Insbesondere gehören in diese Zeichengruppe Bekleidungsartikel, also Produkte, die man ganz nahe, bis auf die Haut, an sich heranlässt. Nach wie vor von überragender Bedeutung sind T-Shirts mit aufgedruckten Botschaften und Symbolen. Die Palette reicht hier von reinen Fan-Shirts, die mit Symbol, Namen oder Konterfei des verehrten Stars versehen sind, über Fan-Shirts, die die Grundeinstellung eines Stars zur Welt und zum Weltgeschehen ausdrücken – so legen die Bösen Onkelz T-Shirts mit dem Schriftzug „Danke für Nichts“ auf, die österreichische Gruppe Alkbottle bringt Shirts mit dem Aufdruck „Geh Scheiß'n“ unter die Leute, der amerikanische Hardcore-Kultstar Blablalbla bietet seinen Fans Sweater mit seinem Leitspruch „Search and destroy“ an – bis zu Shirts, die ganz explizit die Zugehörigkeit zu einer Szene anzeigen. Für letztere Form stehen beispielsweise T-Shirts mit dem Aufdruck B-Boy, was soviel heißt wie, dass sich der Träger der Break-Dance-Szene zugehörig fühlt. Unter die Kategorie lassen sich aber auch die vielfältigen Produkte der Musikindustrie einordnen. Die CD, gekauft oder gebrannt, oder das Vinyl mit den Lieblingstiteln der Musikgruppe oder des Musikgenres, dem man sich verbunden fühlt, sind emotional fast gleich hoch aufgeladen und von ähnlich großer Bedeutung für die öffentliche Demonstration der eigenen Identität wie das Lieblings-T-Shirt. Eine Bedeutungsebene tiefer findet man Produkte, die ebenso aus dem kulturellen Alltag der Jugendlichen nicht wegzudenken sind, die aber im Vergleich zu Bekleidung und Musik eine entscheidend geringere Bedeutung für Identitäts-Stilbildung und alltägliche Expression haben. Sie werden als Shared Basics bezeichnet. Als Beispiele für diese Gruppe stehen Handys oder die verschiedenen Formen von Bags, gebrandet und ungebrandet, durch eigene kreative Hinzufügung von Starsymbolen und Bandnamen veredelt oder nicht. Zeichnen sich die Beziehung zu den Produkten der Kategorie Shared Basics durch mittlere emotionale Nähe aus, so sind die Produkte der dritten Kategorie (Functional Standards) nahezu überhaupt nicht emotional besetzt. Bei ihnen geht es den Jugendlichen vornehmlich, wenn es sich um Genussmittel handelt, um den Geschmack oder die Wirkweise (z.B. bei Alkohol). In den Bereichen Stilbildung und öffentliche Demonstration von Identität sind sie nahezu bedeutungslos.

Von den Jugendtrends zu den Szenetrends

Die Entwicklungen in unserer modernen, hochtechnisierten Zeit verlaufen schnell. Beschleunigt sind die Entwicklungsverläufe aber vor allem in Bereichen, die mit kommunikativen kulturellen Austauschprozessen zu tun haben, zu denen auch die Jugendkulturen gehören, die stark von der Kultur- und Medienindustrie abhängen. Angeheizt vom Profit- und Verwertungsinteresse der Kulturindustrie jagt hier ein neuer Trend den anderen.

Begierig greift die große Industrie in den immervollen Pott der alltäglichen ästhetischen Produktionen der jungen Zielgruppe, in der Hoffnung, dass das, was man dort, angeleitet von Trendscouts, aus der Wundertüte herauszieht, auch das Interesse einer großen Masse von Konsumenten finden wird. Doch irgendwie läuft die Trendfabrik seit einigen Jahren nicht mehr so richtig. Neues lässt sich schwer finden, auch die peinlichen Castingshows in öffentlichen und privaten TV-Stationen schaffen da nicht so richtig Abhilfe. Ja, die No Angels und Brosis verkaufen zwar jede Menge CDs, aber wenn man auf ihre Konzerte geht, dann glaubt man sich eher auf dem Jahresspielfest der Wiener Kindergärten als auf einer Pop-Veranstaltung. So richtig über das „Bravo-The-Dome-Niveau“ scheint man mit dieser Strategie nicht hinauszukommen, und das alleine ist dann ganz offensichtlich zu wenig, um zehnpromzentige Umsatzeinbrüche hintan zu halten. Ganz offensichtlich fehlen die Angebote für die Konsumenten mit etwas höheren Ansprüchen. Wie im Musik-, so auch im Sport- und Mode-Business. Umsatzflaute, Sand im Getriebe an allen Ecken und Enden, neue Trends sind Mangelware, und mit den alten Trendprodukten ist die Masse der Jungen bereits eingedeckt. Also warten, bis der Zahn der Zeit so an ihnen genagt hat, dass eine Substitution unumgänglich ist. Was hat sich geändert in der Jugendkultur? Was ist anders in den Szenen? Ganz einfach, die Szenen haben sich nun tatsächlich etabliert und stabilisiert. Snowboard, HipHop, Skateboard, Fitness, etc. sind Langzeittrends geworden, und die Jugendlichen denken und leben in diesen Szenekategorien. Es ist nicht mehr eine große globale Jugendkultur, die die Jugend regiert, sondern einzelne Szenekulturen beherrschen den Alltag der jungen Zielgruppen. Im Gegensatz zu dieser Realitätsverschiebung ist die Industrie noch immer auf der Suche nach Jugendtrends, nach großen Innovationswürfen, die die Zielgruppe der Unter-30-Jährigen insgesamt betreffen. Ihr fehlt noch immer der Blick für die kulturellen Differenzierungsprozesse, die sich in den Jugendkulturen in den letzten Jahren abgespielt haben. Soviel zum Thema Jugend verstehen. Aber leider, liebe Kulturindustrie, es gibt keine globalen Jugendtrends mehr: Was es jetzt gibt, sind globale Szenetrends. Beispiele: Der Musikgeschmack der Snowboarder verlagert sich von Crossover und HipHop langsam in Richtung Elektro, die deutschen Skater hören weniger Punk. Dort ist jetzt HipHop angesagt. Und in der Fitness-Szene verbreiten sich die Alkopops, die kleine Alkosünder – aber stilvoll und vor allem light. Die Lösung des Problems ist nicht einfach, aber erste Ansätze zur Veränderung der unbefriedigenden Situation könnten sich durch die stärkere Fokussierung von Aquisition und Research auf Jugendgruppen ergeben, von denen es gerade mal um die sieben bis acht wirklich bedeutende gibt und darüber noch weitere zehn kleinere, die man zumindest so nebenbei im Auge behalten sollte. Rein in die Szenen, nach schwachen Signalen suchen, Szene-Medien studieren, mit den Szene-Meinungsführern, den Trendsettern sprechen – denn die wissen immer früher als die große Masse der Szenegänger, in welche Richtung die Post abgeht – und das so erworbene Wissen in neue Kommunikations- und Produktdesigns stecken. Das Konzept wäre doch vielleicht mal einen Versuch wert?

MTV rules, weil die wissen, was in den Szenen abgeht

MTV ist das führende Jugendmedium der Welt, es ist das Parademedium der Jugendkulturen. Warum ist das so? Ganz einfach, weil MTV die Jugend versteht. MTV setzt sich nicht pädagogisierend über Wünsche und Bedürfnisse der Jugend hinweg, sondern bietet sich als Kommunikationsplattform für die unterschiedlichen jungen Lebensstile an. MTV erfindet keine Jugendbilder und penetriert die Zielgruppe damit, MTV spiegelt die Welt der Jugend auf die Jugend zurück und MTV lässt damit medial zu, was wirklich ist. – Beispiel Jackass. Jackass ist wild, schräg, zynisch, riskant. Damit ist Jackass nichts anderes als ein Spiegelbild der Jugend. Die Jugend vor Jackass schützen zu wollen heißt zu glauben, den untauglichen Versuch unternehmen zu müssen, die Jugend vor ihrem eigenen innersten Wesen schützen zu wollen. MTV ist eine Szeneplattform; zwischen den einzelnen Szene-Abteilungen vermitteln Personen, die aufgrund ihrer Persönlichkeit lebensstilübergreifende Credibility besitzen. An der Spitze Star-VJ Markus Kavka, der aus den Zutaten Humor, Zynismus, Intelligenz und Kompetenz eine eigenartige neue Form herrschaftsfreier Rhetorik entstehen lässt. Für die jungen Zuseher lautet das Signal: Da steht einer bezüglich der Kompetenz und dem sprachlichen Vermögen über mir, aber auf der persönlichen Ebene ist eine Begegnung von gleich zu gleich möglich. Und zudem ist Kavka niemals lächerlich und kommt natürlich an. Genauso authentisch wie das Programm ist die Authentizität des Moderators. Hier ist keine gecastete Figur am Werk, die von Beraterhänden solange geformt wurde, bis von ihrem ursprünglichen Sein nicht

der letzte Schimmer mehr über ist – siehe im Vergleich dazu die Retorten-Tanzmäuschen von den No Angels – der Mann wirkt echt, dem Mann traut man zu, privat genauso zu sein wie vor der Kamera.

Jugendkultur zwischen Massmedia und NewMedia

Die modernen Jugendlichen sind Medienprofis. Sie sind mit einer bisher noch nie da gewesenen Medienvielfalt aufgewachsen und pflegen mit dem breiten Medienangebot einen traumwandlerisch sicheren und selbstverständlichen Umgang. Ob Print, TV, Radio oder die neuen Massenmedien Handy und Internet, alles ist den Jugendlichen selbstverständlich geworden, alles wird sowohl zur Unterhaltung als auch zur praktischen Regelung von Bildungs-, Berufs- und persönlichen Beziehungsangelegenheiten genutzt. Der Begriff Medium steht heute weniger denn je für die kommunikative Einbahnstraße vom Sender zum Empfänger. Selbst die klassischen Massenmedien wie TV und Radio sind interaktiv geworden, widmen große Teile ihrer Sendezeit der direkten Kommunikation mit dem Rezipienten. Der große kommerzielle Erfolg des TV-Senders „Neun Live“ zeigt, dass Mitmachangebote vom Publikum gerne angenommen werden. Anstelle der passiven Berieselung tritt die laufende Interaktion zwischen Medium und User. Vor allem das Internet und das Handy haben die Alltagskommunikation der Jugendlichen tiefgreifend verändert. Hatte man ursprünglich befürchtet, dass der direkte soziale Kontakt face-to-face durch die sich ausbreitende Virtualität der Kommunikation zurückgedrängt würde, so sieht man heute, dass das Gegenteil der Fall ist. Direkte Kommunikation und virtuelle Kommunikation wirken aufeinander ein und befördern sich gegenseitig. Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Usern, bei denen die neuen Medien die ohnehin schon prädisponierte Anlage zum sozialen Eskapismus verstärken, wächst bei der Mehrheit der Jugendlichen die Zahl der kommunikativen Ereignisse und auch die Zahl der Kommunikationspartnerschaften. Insbesondere die geografische Reichweite der Kommunikation hat sich vergrößert, d.h. Freundeskreise sind heute nicht mehr auf den nachbarschaftlichen Raum beschränkt, sondern haben sich nicht selten über das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt. Die Folge ist ein reger Besuchstourismus. Der Umgang der Jugendlichen mit Medien ist aber auch ein zunehmend kreativer: Es wird mehr getextet und bildbearbeitet denn je zuvor. Aber insbesondere Medien aus dem MyMedia-Komplex werden zur Verarbeitung in kreativen Verfahren herangezogen. Als Beispiel hierfür kann die Gratispostkarte stehen, ein Medium, das besonders von jungen Frauen genutzt wird. Sie wird nicht nur genutzt, um im Freundeskreis kreativ getextete Messages zu verbreiten. In vielen Fällen werden aus den Karten auch Collagen oder auch Cover für aus dem Internet downgeloadete und gebrannte CDs angefertigt. Und wo hakt es bei den neuen Medien? In erste Linie bei der Werbekommunikation. Werbung per Popup oder per Banner im Internet sind genauso unbeliebt wie Werbung per SMS oder E-Mail. Aber kreativ wie sie sind, haben die Jugendlichen auch dafür schon subversive Taktiken auf Lager: Man hat zum Beispiel nicht eine, sondern im Durchschnitt zwei bis drei E-Mail-Adressen. Eine davon ist die wichtige, die man den Freunden bekannt gibt und die man täglich abrufen, die restlichen hat man dann bei einem Web-Mail-Anbieter (GMX, Hotmail) – dort sieht man nur einmal die Woche rein und löscht den ganzen Spam-Müll ohne diese Nachrichten genauer in Betracht zu nehmen.

Ohne Musik geht gar nichts

Musik steht im Zentrum der meisten Jugendszenen, es ist das Schlüsselmedium, um das sich in der Jugendkultur alles dreht. Musik ist auf das Individuum bezogen identitätsbildend und auf Lebensstilgruppen bezogen szenebildend. Im Alltag der Jugendlichen wird sie zur Stimmungskontrolle, aber auch zur demonstrativen Darstellung der eigenen Weltsicht und Lebensphilosophie herangezogen. Jugendliche, die mit einem Eminem-T-Shirt durch die Gegend laufen und Slim Shady in der U-Bahn so laut in ihrem Diskman laufen haben, dass auch der erwachsene Sitznachbar mithören muss, bringen damit zu Ausdruck: Ich bin genauso cool wie Eminem, ich schätze seinen rebellischen HipHop-Style, und ich bin nicht so ein angepasstes Arschloch wie die Streber in meiner Klasse. Im Gegensatz dazu das 12-jährige Mädchen mit dem No Angels-Poster an der Wand ihres Jugendzimmers. Sie will uns damit sagen: Ich möchte auch mal so werden wie die da, möchte gut tanzen und singen können und auch bewundert werden, und ich bin bereit, dafür auch hart und ehrlich zu arbeiten. Zwei Musikproduktionen, zwei komplett verschiedene Weltbilder: Die Welt der Musikstile ist in den letzten zwanzig Jahren an Breite und Vielfalt

gewachsen. Unzählige Genres existieren parallel zueinander, ob nun HipHop, Rock, Jazz, House, Reggae, Dub, Crossover, Techno, etc. Und nicht zuletzt sind auch die Zugänge zur Musik vielfältiger und auch einfacher geworden. Im TV findet man mindestens zwei, wenn nicht vier bis fünf Sender, die mit einem fast permanenten Clip-Angebot aufwarten, unzählige Radiostationen haben sich auf bestimmte Genres spezialisiert, und im Internet kann man über Kazaa schnell und ohne Zeitverzug die Titel bekommen, die man will. Darüber hinaus haben neue Abspieltechnologien dafür gesorgt, dass jeder seine persönliche Musik überall mit hinnehmen und hören kann. Der Musikkonsum ist genauso mobil geworden wie die Menschen insgesamt. Diskman, Walkman, Mp3-Player, MD-Player, sie sind in der jungen Zielgruppe genauso weit verbreitet wie Baseballmützen, Fan-T-Shirts und Baggy-Pants. Aber obwohl die Musik bei den Jungen das Top-Thema ist, sind die Umsätze der Musikindustrie rückläufig. Liegt das wirklich nur an den Peer-to-Peer-Downloadsystemen im Internet? Eine Frage, über die sich die klugen Geister streiten.

Jugendkultur ist Szenekultur

Um die 80% der Jugendlichen fühlen sich zumindest zu einer der sogenannten Jugendszenen zugehörig. Diese Jugendszenen strukturieren für die Jugendlichen den Alltag in einer Gesellschaft, die immer strukturloser zu werden scheint. Neben den Strukturen der großen gesellschaftlichen Institutionen, wie den Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, die sich seit nunmehr Jahrzehnten scheinbar unaufhaltsam zurückbilden, haben auch die traditionellen Familienstrukturen an Stabilität verloren. In Zeiten der ständigen familialen Um- und Neubildung, in Zeiten der sogenannten Patchwork-Familien, holen sich die Jugendlichen die dort verloren gegangene Stabilität in neuen, informellen und lockeren Strukturen, in den Freundesgruppen und eben den Jugendszenen. Diese Jugendszenen sind Lebensstilgruppen, sind Gruppen, in denen sich junge Menschen mit gleichgerichteten kulturellen Interessen zusammenfinden. Sie geben Raum zum jugendkulturellen Anderssein, d.h. sie ermöglichen die immer schwerer werdende Abgrenzung von der Erwachsenenkultur, und sie öffnen weite kulturelle Räume, die über die Enge des Regionalen hinaus auf eine globale Kultur verweisen. Jugendszenen sind international. Die neuen Kommunikationsmittel, an erster Stelle das Internet, schaffen großräumige Kontexte, in denen deutsche und österreichische Skateboarder laufend und selbstverständlich mit Kollegen und Kolleginnen aus Toronto, New York oder Paris kommunizieren. Die Szenekultur ist die Kultur der Kernzielgruppe Jugend (12 bis 20 Jahre). Ab dem zwanzigsten Lebensjahr nehmen Szenebindungen langsam ab. Die jungen Erwachsenen, nun schon mit wichtigen Aufgaben wie Berufseinstieg, Bildungsabschluss, Hausstands- und Familiengründung, etc. beschäftigt, halten zwar noch Kontakt zu „ihren“ Szenen, der Kontakt wird aber loser und ist nun weitaus weniger intensiv. Die Szenen haben eine hierarchisch aufgebaute Kompetenzstruktur: Im Kern der Szenen stehen die Trendsetter, die Szeneleader, die den Takt für Szeneinnovationen vorgeben. Was sie als den richtigen Szene-Lifestyle demonstrieren, hat Auswirkungen bis an der Rand der Szene, bis hin zu den Sphären der Freizeit-szenegänger, die das Ganze weit weniger tierisch ernst nehmen als die Opinionleader im Kern. Während der Kern aktiv und kreativ agiert, ist der Rand eher passiv und reproduktiv. Wichtig dabei: Szenen sind eine Welt des Sichtbaren, eine Welt der Zeichen, der Symbole. Freizeitgruppen oder Interessensgruppen, die über kein entsprechendes Inventar an Zeichen verfügen, um daraus einen expressiven Stil zu generieren, können nicht unter dem Szene-Paradigma subsumiert werden.

Die bunten Szenewelten

Die quantitativ bedeutendste Jugendszene der Gegenwart ist die HipHop-Szene, gefolgt von Fitness, Fußball, Snowboard und Beachvolleyball. Des weiteren von größerer Bedeutung: Computerszene, Inline, Skateboard, Mountainbike, Streetball und Techno. Kleinere Szenen mit einer großen stilbildenden Kraft sind die House-, die Metal-, die Punk- und die Gothic-Szene. Zwischen den Szenen gibt es Passagen, d.h. die Szenewelten kapseln sich nicht voneinander ab, sie lassen intensiven Austausch und Grenzgängerei zu. Das ist auch der entscheidende Punkt dafür, dass sich die Szenen immer wieder erneuern können und so über längere Zeiträume das Interesse ihrer Anhänger aktiv erhalten können. Die gegenwärtig führende Ideologie in den Szenen ist Freestyle. Die Szenen, auf die die Freestyle-Ideologie am stärksten einwirkt, sind HipHop, Snowboard, Skateboard und

Streetball. Freestyle ist eine Freiheitsideologie. Durch sie legen Jugendliche ein deutliches Bekenntnis zur kulturellen Eigenständigkeit ab. Konkret heißt das, sie wollen ihr Ding Abseits von Erwachsenen beherrschten Strukturen und von Vereinen vorgegebenen Regeln durchziehen. Streetball ist Basketball außerhalb erwachsenenbestimmter Vereinsstrukturen. Snowboard ist Wintersport light, entspannt und ohne Druck und älplerischer „Schneidigkeit“. Die Szenen haben eine starke Event-Orientierung, d.h. sie tendieren dazu, sich auf großangelegten Veranstaltungen, sowohl in aktiver als auch in passiver Zuseherrolle zu versammeln. Wichtig bei den Sport-Szenen: Die After-Parties, die ihrer Bedeutung nach genau so hoch eingeschätzt werden wie der aktive Szenesport. Dadurch wird angezeigt, dass selbst in Sportszenen der Lifestyle, d.h. Musik, Feierrituale, Klamotten, etc. zumindest ein genauso konstituierendes Merkmal sind wie der Sport.

FREI-RAUM-
Präsentationen

WERNER HÖFFINGER

Handbuch Regionale Familienpolitik

Wichtiges Instrument für örtliche und regionale Familienpolitik in Oberösterreich

Ein ganz wichtiges Instrument im umfassenden „Werkzeugkoffer“ für die örtliche und regionale Familienpolitik stellt das vorliegende „Handbuch Regionale Familienpolitik“ dar. Die in den vergangenen Jahren in der Zusammenarbeit Bund-Land-Bezirk-Gemeinde gemachten Erfahrungen sind hier niedergelegt, aber es liegt kein fertiges Produkt vor, sondern es soll einladen, im Interesse der Familien nach- und weiterzudenken. Es ist ein Handbuch, das von Ihren Ergänzungen lebt!

Das von Dkfm. Werner Höffinger, Leiter des OÖ Familienreferats, und DSA Karl F. Hofinger, Projektleiter in der „Leitstelle örtliche und regionale Familienpolitik“, entwickelte Handbuch (unter Einbeziehung der bereits zu dieser Thematik vorliegenden Publikationen) nimmt besonders auf die drei „H“ Rücksicht: Hirn, Herz und Hand sind notwendig, dass Familienpolitik auf örtlicher und regionaler Ebene eine zukunftsorientierte Familienpolitik ist.

Inhalt der Handbuches:

- Aspekte der Familienpolitik: Familie – Erfüllung oder Auslaufmodell?
- Träger der Familienpolitik: Familie geht nur die Mitglieder an – Falsch!
- Strukturen und Instrumente der Familienpolitik: Familienpolitik in Gemeinde und Bezirk
- Bereiche und Handlungsansätze der Familienpolitik: Welche Themen sollen wir anpacken?
- Durchführung von Projekten: Rund um ein Projekt!
- Vorlagen, Muster, Arbeitsblätter
- Beispiele: Von den anderen lernen
- Das Familienreferat des Landes Oberösterreich
- Netzwerkbriefe

Familienpolitik muss an Lebensbedingungen der Familie im alltäglichen Lebensumfeld ansetzen

Im unmittelbaren Lebensalltag und Lebensumfeld von Familien entscheidet sich, inwieweit Familienpolitik in der Lage ist,

- die Handlungskompetenz von Familien zu stärken,
- Rahmen- und Lebensbedingungen zu schaffen, die Familien in ihrer Entwicklung fördern und
- Familien zu entlasten, wenn sie mit ihren Problemen alleine nicht fertig werden

Der Lebensalltag der Familien vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen Arbeit, Ausbildung, Vorsorge, Wohnen und Freizeit. Familien sind gebunden an die räumlichen Standorte der zu verrichtenden Aktivitäten. Wie Familien ihre Alltagsprobleme lösen, ob aus eigener Kompetenz oder mit Hilfe Dritter, entscheidet sich stets unter den konkreten Alltagsbedingungen im unmittelbaren Lebensraum der Familie. Hierzu gehören neben der wirtschaftlichen Lage der Familie, ihren Wohn- und Arbeitsbedingungen, das Lebensumfeld mit seinen Gegebenheiten und nicht zuletzt die Einbindung in stützende soziale Netze.

Familienpolitik muss deshalb vor allem an den Lebensbedingungen der Familie in ihrem alltäglichen Lebensumfeld ansetzen. Familienpolitische Gestaltung muss sich dort vollziehen, wo Familien leben – in der Gemeinde bzw. in der Region.

Mögliche Inhalte eines Programms „Kommunale Familienpolitik“

Aufgrund bisher gemachter Erfahrungen im Projekt „Örtliche und regionale Familienpolitik“ könnten dies mögliche Inhalte eines Programms „Kommunale Familienpolitik“ sein:

- Entwicklung von Hilfen und Maßnahmen, die zu einer angemessenen Bewertung der Familien in der Öffentlichkeit führen (z.B. Bildung von Familienausschüssen und Familienanlaufstellen, Erstellung eines kommunalen Familienberichts, Familiengespräche auf Gemeindeebene, kommunalpolitisches „Marketing für Familien“).
- Stärkung einer familiengerechten Infrastruktur (z.B. Förderung und Unterstützung einer familiengerechten Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik, Verkehrsplanung und Verkehrserschließung, Betreuungseinrichtungen, familiennahe Arbeitsplätze, Förderung von Grünflächen und Spielbereichen im Wohnumfeld, etc.).
- Stärkung der Erziehungskraft der Familien (z.B. Beratungs- und Bildungsangebote auf kommunaler Ebene, Förderung der Angebote der Freizeitgestaltung für Familien, Zusammenarbeit mit familienhelfenden und familienergänzenden Einrichtungen, Orientierung der Jugendwohlfahrtseinrichtungen hin zu Familienservicestellen, Hilfen für Familien in Problemsituationen, Hilfe zur Integration ausländischer Familien, Hilfen im Bereich Medienerziehung und Verbrauchererziehung, etc.).
- Finanzielle Unterstützung von Familien als Anerkennung ihrer Leistungen (z.B. familienfreundliche Tarife bei kulturellen Veranstaltungen, in kommunalen Freizeiteinrichtungen, Hilfen im Bereich der Wohnraumbeschaffung, Starthilfen für Familien in besonderen Situationen, Familienpässe, Berücksichtigung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Familie bei auf die Familie bezogenen finanziellen Maßnahmen auf Gemeindeebene, etc.).
- Zusammenarbeit mit anderen Trägern kommunaler Familienpolitik (politischer, kirchlicher und privater Art, wie z.B. Familienorganisationen, Fachausschüsse für Ehe und Familie im pfarrlichen Bereich, Brauchtumsgruppen, Förderung von Nachbarschaftshilfe und von Familienrunden, etc.).

Familie ist die Zukunft der Gemeinden

Familienpolitik der verschiedenen staatlichen Ebenen – Bund, Länder, Bezirke und Gemeinden – steht in einem sich ergänzenden komplementären Verhältnis. Auf Dauer angelegten Erfolg wird die Familienpolitik nur haben können, wenn sich alle Ebenen im Rahmen ihrer unterschiedlichen Zuständigkeiten engagieren und Familienpolitik verantwortlich mitgestalten.

Wenn *wir* neben die Biotope, um die *wir* uns in unserem Umweltbewusstsein sehr kümmern, das Soziotop Familie – verstanden als „Humus der Gesellschaft“ – stellen, Familienorientierung und Familienbewusstsein als Richtschnur politischen Handelns akzentuieren, sind die Gemeinden ganz wichtige Gärtner. Die Gemeinde ist Moderator, Motor und Koordinator der lebensräumlichen Familienpolitik.

Gerade örtliche und regionale Familienpolitik kann dazu beitragen, einer „lebensraumbezogenen“ Familienpolitik zur größeren Durchsetzung zu verhelfen, um den Gestaltungsspielraum und die Handlungskompetenz von und für Familien in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu verbessern.

Wertebewusstsein und Einstellung zur Familie wird im unmittelbaren Lebensraum geprägt

Das Wertebewusstsein und die Einstellungen von Menschen zur Familie werden entscheidend im unmittelbaren Lebensraum geprägt, und *wir* müssen deshalb auch in Wahrnehmung der Verantwortung für unsere Kinder Lebensräume entwickeln, in denen der Lebensentwurf Familie gelingen kann.

In den meisten Handlungsfeldern der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die die Handlungsfähigkeit der Familien unmittelbar berühren: Man denke beispielsweise an Bebauungspläne für den Wohnungsbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Verkehrsberuhigung, Gebührenregelungen, Betriebsansiedlungen, Öffnungszeiten der Dienststellen, etc. Auch betriebliche Arbeitszeitregelungen, das Vereinsleben, die Freizeiteinrichtungen und viele andere Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen für Familien mit.

Landes-Maßnahmen auf örtlicher und regionaler Ebene

Seit Jahren hat das Land Oberösterreich durch viele Maßnahmen auf örtlicher und regionaler Ebene (z.B. die Bezirksfamiliengespräche und die großen Landeswettbewerbe Familienfreundliche Gemeinde/Stadt) zum Ausdruck gebracht, dass Familienarbeit auf Bezirks- und Gemeindeebene in Oberösterreich einen ganz besonders hohen Stellenwert hat.

Dem zur Seite steht das Befähigen und das Ermöglichen! Das Familienreferat des Landes, insbesondere die „Leitstelle für örtliche und regionale Familienpolitik“, hat in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die Schulung von Familienbeauftragten und durch die Begleitung von Gemeinden bei der Familienleitbildentwicklung, Impulse zu einer örtlichen und regionalen Familienpolitik gegeben, damit seitens der Gemeinde eigenständige Aktionen und Initiativen im Interesse der Familien nachhaltig wirksam entwickelt werden können.

Es war und ist uns immer ein Anliegen, dass die Familienpolitik im Familienland Oberösterreich mitgetragen wird von familienorientierten Ideen und Initiativen auf Gemeindeebene. Gerade die großen Landeswettbewerbe der vergangenen Jahre unter dem Thema „Familienfreundliche Gemeinde/Stadt“ haben gezeigt, wieviel an Potential auf kommunaler Ebene da ist, um den unmittelbaren Lebensraum der Familie mit Familienanliegen stärker zu durchdringen. Viel ist geschehen, viel geschieht im Interesse der Familien, vieles ist noch zu tun.

Die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden/Städte hängt entscheidend davon ab, ob Familien mit Kindern in einem Ort oder in einer Region gerne leben und ob es ihnen dort gelingen kann, Familienaufgaben im konkreten Alltag ihrer Lebensräume zu bewältigen. Für diese Aufgabenbewältigung helfen wir gerne mit, damit die Familienorientierung der Kommunal- und Regionalpolitik besser gelingt.

HANNELORE KLEIB

Für ein lebens- und familienfreundliches Land

Am 3. Mai 2002 wurde die SPES Familien-Akademie in Schlierbach feierlich eröffnet. Sie versteht sich als

- **Kompetenzzentrum** für Familienarbeit,
- **Denkwerkstatt** für innovative Ideen und
- **Veranstaltungsort** für Familienthemen.

Als Zeichen der Hoffnung wurde bei der Eröffnung ein Apfelbaum gepflanzt, der für die Ziele der SPES Familien-Akademie steht: Familien stärken und jene unterstützen, die familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.

Nicht die Lebensform, sondern die Beziehungsqualität ist entscheidend für das Gelingen von Familie. Wie Familie heute gelebt wird, hat bunte Formen: als Kernfamilie „Vater, Mutter, Kind/er“, alleinerziehend, in Stief- oder Mehrgenerationenfamilien, verteilt auf mehrere Haushalte. Familien erbringen „selbstverständliche Leistungen. Aber was selbstverständlich ist, verliert seinen Wert, ist minder angesehen, oftmals unbezahlt. Wir müssen wieder aufmerksam sein, was diese sehr privaten, persönlichen und kleinen Lebenswelten leisten. Dann werden wir in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Politik auch Rahmenbedingungen gestalten, damit Familien diese wertvollen Leistungen weiterhin oder wieder erbringen können.

Wissend, dass die Sehnsucht der Menschen nach gelingenden Beziehungen in Partnerschaft und Familie ungebrochen groß ist, bieten wir den **Lehrgang Familienbegleitung** an, in dem Menschen, denen die Stärkung von Familien ein Anliegen ist, für die Umsetzung ihrer Projektideen ausgebildet werden. In den Heimatgemeinden der „FamilienbegleiterInnen“ gibt es bereits familienfreundliche Projekte.

Wissend, dass das soziale Netz und die Strukturen vor Ort entscheidend sind für das Gelingen von Beziehungen, bieten wir den **Lehrgang Lebens- und Familienfreundliche Gemeinde** an. Dabei werden maßgeschneidert Ziele und Maßnahmen formuliert und Projekte umgesetzt. Die Angebote für Gemeinden werden in Kooperation mit dem Familienreferat des Landes Oberösterreich erstellt.

Die SPES Familien-Akademie steht oberösterreichweit Gemeinden, Bezirken, Städten, Pfarren, etc. als **Denkwerkstatt für innovative Ideen** und **bedarfsgerechte Projekte** sowie als **Veranstaltungsort für Familienthemen** zur Verfügung. Der Charakter der Überparteilichkeit und der ökumenischen Initiative ist uns dabei wichtig.

Damit Familie gelingt, braucht es mehr als die Sehnsucht danach. Mit unseren **Angeboten in den Bereichen der Paar- und Elternbildung** tragen wir dazu bei, dass Familien neue Wege eines gelingenden Zusammenlebens finden. Wir verstehen uns als Tankstelle – zum Auftanken neuer Sichtweisen und Möglichkeiten, zum Erholen und Entspannen, zum Austauschen mit Anderen – als Ort der Ermutigung und Bestärkung.

Die Angebote der Familien-Akademie sind auf der Homepage www.familienakademie.at einzusehen.

DSA Hannelore Kleiß

Leiterin der SPES Familien-Akademie

4553 Schlierbach 19

Tel: 07582/82123/70

E-Mail: kleisz@spes.co.at

Homepage: www.familienakademie.at

KRISTINA KLICHE

Studieren in Merseburg

Neues berufsbegleitendes Studienangebot „Sexualpädagogik und Familienplanung“

Die an der Merseburger Fachhochschule angebotenen Studiengänge richten sich besonders an PraktikerInnen aus sozialen, pädagogischen und medizinischen Arbeitsfeldern.

Studiengänge:

- **Sexualpädagogik und Familienplanung**
(Master of Arts in Sex Education and Family Planning)
- **Sexualpädagogik**
(Hochschulzertifikat)
- **Familienplanungs- und Schwangerschaftsberatung**
(Hochschulzertifikat)

Die praktischen Erfahrungen lehren, dass sich in methodischer Hinsicht sehr häufig Gruppen- und Beratungsarbeit verschränken. Aus der präventiven Gruppenarbeit heraus werden sexualpädagogische PraktikerInnen immer wieder auch in Einzelfällen gefordert, die grundlegende beraterische Kompetenz verlangen. Umgekehrt sind BeraterInnen gefordert, ihre Erfahrungen in präventive sexualpädagogische Arbeit einfließen zu lassen. Präventive Aufklärungs- und Beratungstätigkeit ist aber auch in anderen Feldern der sozialen Arbeit gefragt, z.B. in der Schulsozialarbeit, in der Behindertenpädagogik, in der sozialpädagogischen Familienhilfe, etc.

Durch das Studium sollen die Studierenden zu professioneller Tätigkeit in den Arbeitsfeldern Sexualpädagogik, Familienplanungsberatung und Schwangerschaftsberatung befähigt werden. Dabei soll an den bisherigen beruflichen Erfahrungen angeknüpft werden, und die notwendigen spezifischen fachwissenschaftlichen Kenntnisse werden praxisnah vermittelt. Die Entwicklung entsprechender Handlungskompetenzen soll im Mittelpunkt der Bemühungen von Studierenden und Lehrenden stehen. Die Studierenden lernen, die Pluralität wissenschaftlicher Ansätze in ihren unterschiedlichen oder komplementären Erklärungswerten für die Praxis zu reflektieren und einzuschätzen. Der Theorie-Praxis-Bezug wird auch gesichert durch die Zusammenarbeit der Lehrenden mit Fachkräften aus der Berufspraxis. Internationale Veranstaltungen und solche mit internationalem Bezug sollen gefördert werden.

Leiter des Studienangebotes:

Harald Stumpe, Prof. Dr. med., Facharzt für Sozialhygiene, Sozialmediziner, Sexualpädagoge und Psychotherapeut. Langjährige Lehr- und Forschungstätigkeit (Sozialmedizin, Sexualpädagogik, Erlebnispädagogik) an der FH Merseburg und an der Universität Jena, Entwicklung des berufsbegleitenden integrierten Studienangebotes „Sexualpädagogik und Familienplanung“, umfangreiche Erfahrungen in der Vereinsarbeit (Aufbau und 10-jähriger Vorsitz des Pro Familia-Landesverbandes Thüringen), Vorsitzender der Fördergemeinschaft Sexualpädagogisches Zentrum Merseburg, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Sexualwissenschaft.

Fachhochschule Merseburg:

An der im April 1992 gegründeten Fachhochschule Merseburg studieren zur Zeit rund 3000 Studentinnen und Studenten in 17 Studiengängen. Die 89 Professorinnen und Professoren sowie 23 Lehrkräfte für besondere Aufgaben vertreten ein weit gefächertes Spektrum an Lehr- und Forschungsgebieten. Das optimale Verhältnis

von Lehrpersonal zur Studierendenzahl, kleine Gruppengrößen sowie ein angenehmes Studienklima bilden die Basis für die Betreuung und Förderung der Studierenden.

Die Merseburger Hochschule hat sich einen guten Ruf als kompetenter Ansprechpartner in Sachen Ausbildung, Forschung und Entwicklung erworben, die auch von den aktiven Kontakten mit ausländischen Einrichtungen profitieren.

Der Merseburger Hochschulcampus bietet seinen Studierenden eine ca. 44 Hektar große Fläche, auf der Studieren und Wohnen nebeneinander leicht und zeitsparend vereinbart werden kann, denn Hörsäle, Seminarräume, Bibliothek, Rechenzentrum, Mensa, Wohnheime, Grünflächen, Studentenclubs, Sportstätten und Einkaufsmöglichkeiten sind auf dem Campus bzw. im nahen Umfeld vorhanden.

WOLFGANG ROHM

Fingerprint – ein Forschungsprojekt über Jugend in Oberösterreich:

Die gesellschaftliche Konstruktion der Lebenswelt Jugendlicher¹

„Fingerprint“ – der Mensch ist so einzigartig, wie jeder seiner Fingerabdrücke einzigartig ist, und so ist es auch um die Identität jedes einzelnen Individuums bestellt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass auch die menschliche Spezies gewissen Regelmäßigkeiten unterworfen ist. Und genau um die Feststellung von solchen Regelmäßigkeiten in der unterschiedlichen Beschaffenheit der Identität der einzelnen menschlichen Wesen geht es.

„Fingerprint“ ist auch der Name eines Projekts, das hier vorgestellt werden soll und von dem ausgehend die Datenbasis gefunden werden soll, um der Lebenswelt Jugendlicher und der Entstehung dessen, was wir gemeinhin als Identität bezeichnen, nachzuspüren.

Als angehender Angehöriger der Zunft der Soziologen betrachte ich die Mechanismen der Entstehung von Identität und Lebenswelt Jugendlicher unter einem sozialen Blickwinkel, daher auch die Bezeichnung „gesellschaftliche Konstruktion der Lebenswelt Jugendlicher“ (in deutlicher Anlehnung an Berger/Luckmann, 1969).

Thesen:

Die Überlegungen, von denen in der vorliegenden Untersuchung ausgegangen wird, sollen hier in Form von Thesen präsentiert werden.

- ▶ Die Identität eines Menschen stellt ein Konstrukt dar, das selbst nicht beobachtbar, dessen Annahme aber sinnvoll ist. Wesentlichen Anteil an dieser Konstruktion hat die jeweilige Gesellschaft, Kultur oder Subkultur, in der sich das jeweilige Individuum bewegt. Soziale Normen und Werte geben den Ton an. Diese werden von den Altvorderen (das können Eltern, Erzieher, aber auch ältere Geschwister oder Cliquenchefs sein) an die Jüngeren tradiert und von diesen mehr oder weniger kritisch übernommen. Eine Auflehnung dagegen spielt sich meist nur auf einer intellektuellen Ebene ab. Beobachtbar ist, dass auch die wilden 68er gezähmt wurden und heute unauffällig ihr konservatives Leben leben.
- ▶ Prägend auf die Entwicklung von Identität wirken oft mehr oder weniger traumatische Ereignisse. Bereits das Leben von Jugendlichen im Alter von 15-20 Jahren hat eine lange Strecke hinter sich gebracht, in dem es mit verschiedensten Vorkommnissen fertig werden musste. Die Frage nach der Sozialisation angehender „vollwertiger“ Gesellschaftsmitglieder, wie denn eine Einführung der Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft zu bewerkstelligen ist, könnte man überspitzt auch anders formulieren: Wie ist es Kindern und Jugendlichen möglich, alle die Ereignisse und Anforderungen halbwegs unbeschadet zu überstehen und dennoch „normale“ Gesellschaftsmitglieder zu werden?
- ▶ Auch wenn jedes Individuum einzigartig ist, so unterliegen sie dennoch gewissen Regelmäßigkeiten, die sich in Idealtypen kategorisieren lassen. Diese Idealtypen lassen sich aus der Beobachtung der Lebenswelt Jugendlicher und der Biografie derselben und von Erwachsenen ableiten.
- ▶ Allen Überlegungen zugrunde liegt hier ein dreidimensionales Menschenbild, wie es etwa auch der therapeutischen Richtung Frankls entspricht. Dieses besteht aus einem geistigen, einem psychischen und einem körperlichen Aspekt, eingebettet im Sozialen. Die Jugendzeit ist nun ein Zeitabschnitt, in dem sich diese Bereiche in Unruhe befinden. Umso wichtiger wird in dieser Zeit aber auch die haltgebende Einbettung in der unmittelbaren sozialen Umgebung. Findet diese nicht statt, kommt es zu entsprechenden Beeinträchtigungen in der Entwicklung.

1 Ein Forschungsprojekt im Rahmen einer Diplomarbeit im Fach Soziologie an der Universität Hagen.

Methode:

Befragungen Jugendlicher zu unterschiedlichsten Themenbereichen existieren in großer Zahl (z.B. Shell-Jugend-Studien). Diese stellen zumeist einen status quo zu mehr oder weniger großen Bereichen von Gegenständen dar; zu denen Jugendliche mittels Fragebogen befragt werden. Hier sollen über einen Wettbewerb („fingerprint“), in dem es Bares zu gewinnen gibt, die Jugendlichen motiviert werden, über ihre Lebenswelt zu berichten. Weitere Datenquellen sollen Interviews mit Jugendlichen und Erwachsenen sein. Als drittes Element der Quellenerschließung treten Beobachtungsstudien hinzu. Dieses Projekt ist derzeit im Laufen. Die Hauptschwierigkeit ist darin zu sehen, Jugendliche dazu zu motivieren, einem Fremden über sich und seine Lebenswelt ungeschminkt zu erzählen. Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, nämlich die Schminke vom echten Gesicht zu unterscheiden.

Dieses Projekt wird als Diplomarbeit an der Universität Hagen im Fach Soziologie, Fachbereich Sozialisation, Jugend und Familie, bei Prof. Abels eingereicht werden.

Praktische Relevanz

Die Ergebnisse aus dieser Studie könnten auch von Relevanz für Praktiker im Umgang mit Jugendlichen sein. Lehrer, Erzieher, Eltern, Lehrherren und andere Personen, die in der Begegnung mit Jugendlichen stehen, könnten dadurch einen Einblick in die Lebenswelt ihres jugendlichen Gegenübers erhalten. Wer über Jugend Bescheid weiß, wird diesen oft so unbekannt erscheinenden Wesen auch mit der ihnen zustehenden Würde (ein Ausdruck, den Viktor Frankl in einem solchen Zusammenhang verwendete) zu begegnen wissen. Vielleicht gelingt es, dass schlechte Schulleistungen weniger auf Faulheit der Schüler attribuiert wird, sondern auf andere, externe Ursachen, oder diese wenigstens in die Attribution mit einbezieht. Vielleicht, so die Hoffnung des Autors, gelingt es, ein wenig zum besseren Verständnis dieses oft so bewegten Lebensabschnitts beizutragen und die Hintergründe über das Verhalten „abgedrehter“ Jugendlicher zu erhellen.

Zur Person:

Wolfgang Rohm (42). Ehemaliger Kriminalbeamter und Schmuck- und Edelsteingroßhändler. Seit WS 1998/99 Studium der Soziologie und sozialen Verhaltenswissenschaften an der Universität Hagen. Verheiratet, 4 Kinder; dzt. als Trainer in AMS-Maßnahmen mit arbeitslosen Jugendlichen tätig.

Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen



Das NÖ Hilfswerk, Dienstleistungsbereich Bunter Schirm, hat im Zeitraum von **September 2001 bis Juni 2002** das Projekt „Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen“ erfolgreich organisiert und durchgeführt:

Insgesamt wurden in den Zentren für Beratung & Begleitung St. Pölten, Gänserndorf, Schwechat und Korneuburg **248 Erwachsene** und **104 Kinder** in **1.171 Betreuungsstunden** betreut:

46% unserer KlientInnen kamen über **Mundpropaganda** zu uns in die Beratungsstellen. Sie erfuhren meistens über Bekannte oder Familienmitglieder von den Angeboten im Bereich Trennung und Scheidung. Diese Prozentzahl zeigt auch die Zufriedenheit unserer KundInnen mit der Betreuung in den Zentren für Beratung & Begleitung.

27% der KlientInnen konnten wir über die **Medien- und Öffentlichkeitsarbeit** ansprechen.

Das **Jugendamt**, als ein wichtiger Partner für das NÖ Hilfswerk, vermittelte **14%** der Beratungen an unsere Zentren für Beratung & Begleitung.

Das Durchschnittsalter bei den erwachsenen KlientInnen lag bei 36 Jahren.

Positiv aufgefallen ist uns, dass von den 248 betreuten Erwachsenen **37% Männer** unsere Beratungsstellen aufgesucht haben. Das zeigt, dass die Männer immer mehr dazu bereit sind, sich zu öffnen und im Sinne der Familie zu handeln.

Überraschend war nicht, dass **63% Frauen** zur Beratung in Scheidungs- und Trennungssituationen kamen.

Bei den Kindern lag das Durchschnittsalter bei 9 Jahren. Von den 104 Kindern wurden 60% Buben und 40% Mädchen betreut.

Alle Kinder besuchten zur Zeit der Betreuung die Volksschule.

Sind die Hauptproblemfelder bei den **Kindern Verhaltensauffälligkeiten** und **Schulschwierigkeiten**, kommen die meisten **Erwachsenen** mit **depressiven Störungen** in die Beratungen, gefolgt von **sozialen Störungen** und **Erschöpfung**.

Zu beobachten war auch, dass die Kinder hauptsächlich nach der Trennung zur Beratung kommen, wobei die Erwachsenen schon vor oder während der Trennung/Scheidung Hilfestellung aufsuchen.

Erklären lässt sich diese Situation dadurch, dass Eltern oft erst nach der Scheidung bemerken, dass es ihren Kindern dadurch nicht gut geht, da sie während des Prozesses zu sehr mit sich selber beschäftigt sind.

Bei 90% der Beratungen der Kinder konnte das Betreuungsziel erreicht werden. 54% der erwachsenen KlientInnen erreichten ebenfalls ihr gestecktes Ziel.

Bei den Eltern ist der Prozentsatz der „vorzeitigen Abbrüche“ sehr hoch. Begründungen dafür sind:

- Das Erstgespräch hat den Betroffenen genügt, um die Situation richtig einzuschätzen und damit umgehen zu können.
- Die Betroffenen wurden weitervermittelt.

Die Zentren für Beratung & Begleitung des NÖ Hilfswerk haben sich für die kommenden Jahre das Thema „Scheidung“ zum Schwerpunkt gesetzt, da es uns ein Anliegen ist, Familien in dieser Problematik zu begleiten. Die Scheidungsrate liegt in Niederösterreich derzeit bei 45% und wird vermutlich weiterhin steigen.

Im Rahmen der Durchführung des Projekts „Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen“ war festzustellen, dass die Angebote von Eltern und Kinder sehr positiv angenommen wurden.

Es hat gezeigt, wie wichtig es ist, Eltern und ihren Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Betroffenheit und Verzweiflung zum Ausdruck zu bringen. Es ging auch darum, zur Verfügung stehende Ressourcen festzustellen, diese zu stärken und für die Eltern und Kinder nutzbar zu machen.

Die Angebote für „Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen“ bieten den Betroffenen viele Vorteile, die als Gründe dafür angesehen werden können, dass weiterhin großes Interesse an dem Projekt bestehen wird:

- Eigene Möglichkeiten der Bearbeitung und Verarbeitung finden
- Eigene Ressourcen finden und kräftigen
- Eigenverantwortung für die Situation übernehmen
- Gefühle in einem geschützten Rahmen zulassen können
- Möglichkeiten finden, zur Bewältigung und zum konstruktiven Umgang mit der Scheidung/Trennung
- Gegenseitiges Verständnis zwischen Eltern und Kindern für deren jeweilige Situation entwickeln

Das NÖ Hilfswerk sieht sich als Partner der betroffenen Familien und möchte sie durch die Angebote dieses Projekts weiterhin unterstützen.

Programm

Mittwoch, 20. November 2002

18.00 Uhr Eröffnung durch die Geschäftsführerin des ÖIF Dr. Brigitte Cizek / F R E I R A U M
 Plattform zur Präsentation von Projekten, Publikationen, Modelle und zum gegenseitigen Kennenlernen

Donnerstag, 21. November 2002

8.45 Uhr Begrüßung durch Landesrätin Dr. Maria Haidinger

Plenum Thema Belastung und Bildung

Dr. Reinhard Neumayer: Für Familien und ihre Kinder ist das Leben allein schon schwer genug, muss dann auch noch das Jugendalter dazu kommen? – Zusätzliche Belastungen aus der Sicht der Jugendwohlfahrt.
 Mag. Kurt Schmid: Der Einfluss familialer Charakteristika auf das Schulwahlverhalten Jugendlicher.

10.30 Uhr Pause

11.00 Uhr Seminare / Diskussionsforum

Gewaltprävention in Familie und Schule – Leitung: Dr. Brigitte Cizek / Dipl.-Soz.-Päd. Olaf Kapella

Konfliktmanagement in familiären Systemen – Leitung: Mag. Susanne Schulze

Sucht und Suchtvorbeugung bei Kindern und Jugendlichen – Leitung: DSA Michael Schmalhofer

Diskussionsforum: Gesprächsgruppe zum vertiefenden Austausch mit den Referenten

12.30 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Plenum Thema Intervention und Partizipation

Prof. Dr. Udo Jesionek: Reaktionen auf entwicklungsbedingte Straffälligkeit junger Menschen.

Winfried Krüger M.A.: Gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, familiäre Hintergründe.

16.00 Uhr Pause

16.30 Uhr Fortsetzung Seminare / Diskussionsforum

18.00 Uhr Abendessen

Freitag, 22. November 2002

09.00 Uhr Fortsetzung Seminare / Diskussionsforum

10.30 Uhr Pause

11.00 Uhr Plenum Thema Trends und Facts

Drs. Peter Cuyvers: Verspätete Familienbildung – verspätetes Erwachsenwerden. Effekte des modernen Lebenslaufs auf das soziale, ökonomische und psychologische Verhältnis von Jugend und Eltern.

Mag. Bernhard Heinzlmaier: Szenen, Szenecodes und Jugendtrends. Was Eltern über ihre Kinder wissen sollten.

12.30 Uhr Verabschiedung / Mittagessen

TeilnehmerInnen

Stand: November 2002

Referenten

Drs. Peter Cuyvers
Den Haag
cuyvers@dataweb.nl

Mag. Bernhard Heinzlmaier
T-Factory GmbH
Bauernmarkt 6
1010 Wien
bheinzlmaier@tfactory.com

Präs. Hon.-Prof. Dr. Udo Jesionek
Jugendgerichtshof
Rüdengasse 7-9
1030 Wien
Udo.Jesionek@justiz.gv.at

Winfried Krüger M.A.
Deutsches Jugendinstitut
Abteilung Social Monitoring
Nockherstraße 2
81541 München
krueger@dji.de

wHR Dr. Reinhard Neumayer
Amt der NÖ Landesregierung
Abt. Jugendwohlfahrt
Landhausplatz 1, Haus 14
3109 St. Pölten
reinhard.neumayer@noel.gv.at

Mag. Kurt Schmid
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft
Rainergasse 38
1050 Wien
schmid@ibw.at

Seminarleiter/innen

Mag. Dr. Brigitte Cizek
Österreichisches Institut für Familienforschung
Geschäftsführerin
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
brigitte.cizek@oif.ac.at

Dipl.-Soz.-Päd. (FH) Olaf Kapella
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für psychosoziale Forschung
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
olaf.kapella@oif.ac.at

DSA Michael Schmalhofer
Linke Wienzeile 94/18 1060 Wien
m.schmalhofer@aon.at

Mag. Susanne Schulze
Wasagasse 11/13
1090 Wien
susanne.schulze@aon.at

Teilnehmer/innen

Dipl.-Ing. Christian Altrichter
Volkshilfe Tirol
Salurnerstraße 2
6020 Innsbruck
volkshilfe-tirol@tirol.com

Ilse Baro Beck
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für Organisation und Administration
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
ilse.barobeck@oif.ac.at

Dir. Margit Barthol
HS 11 Annabichl
Weichselhofstrasse 6
9020 Klagenfurt
barthol@hsannabichl.ksn.at

Mag. Anita Bindreiter
abind@gmx.at

Brigitte Buchacher
 Hilfswerk Salzburg Kinder – Jugend Familie
 Klesheimer Allee 45
 5020 Salzburg
 b.buchacher@salzburger.hilfswerk.at

Dr. Heinz del Fabro
 Amt der Salzburger Landesregierung
 Familienreferat
 Schwarzstraße 21
 5020 Salzburg
 heinz.fabro@salzburg.gv.at

Paul Dickinger
 Verein Wiener Jugendzentren
 JZ Hirschstetten
 Disslergasse 7/12
 1030 Wien
 dickinger@yahoo.de

DSA Sabine Eckschlager-Böcher
 Salzburger Jugendhilfe
 Hermann-Bahr-Promenade 6
 5020 Salzburg
 hbp@aon.at

Mag. Elisabeth Eppel-Gatterbauer
 Interessensvertretung der NÖ Familien
 Neue Herrengasse, Haus I
 3109 St. Pölten
 interessen.familie@noel.gv.at

Mag. Bernhard Fellner
 Fellner Betriebs Consulting
 Reihergraben 6a
 3400 Klosterneuburg
 fellner@fbcbetriebsbegleitung.at

Mag. Mario Folger
 Lindenstraße 23
 8071 Gössendorf
 Ra@Dr-Folger.at

Mag. Ingrid Gitter
 Lüfteneggerstraße 6
 4020 Linz
 gitter@aon.at

Waltraud Gleispach-Paar
 Service Mensch GmbH
 Kids & Family Service
 Grazer Straße 49-51
 2700 Wiener Neustadt
 waltraud.gleispach-paar@servicemensch.at

DSA Maria Gruber-Hatheier
 Verein für Soziale Arbeit in Tirol
 Ambulante Arbeit mit Familien
 Bahnhofstraße 53
 6300 Wörgl
 vsawoergl@surfeu.at

Dr. Josef Grubner
 Familienverband Diözese St. Pölten
 Schreinergergasse I
 3100 St. Pölten
 info-noe@familie.at

Hildegund Gscheidlinger-Marckhgott
 Magistrat Linz
 Amt für Jugend und Familie
 Hauptstraße 1-5
 4040 Linz
 hildegund.gscheidlinger-marckhgott@mag.linz.at

LSI RegR Franz Halper
 Landesschulrat für Burgenland
 Abt. VI Sonderpädagogik
 Kernausteig 3
 7001 Eisenstadt
 franz.halper@lsr-bgl.gv.at

DSA Gudrun Hebenstreit
 Magistrat der Stadt Wien
 AJF 10, Soziale Arbeit mit Familien
 Van der Nüll Gasse 20
 1100 Wien
 gudrun.hebenstreit@chello.at

Dr. Christian Hiltpolt
 Erziehungsberatung
 BVb JUWO
 Anichstraße 40
 6020 Innsbruck
 erziehungsberatung@telering.at

wHR Dkfm. Werner Höffinger
 Amt der OÖ Landesregierung
 Familienreferat
 Klosterstraße 7
 4020 Linz
 werner.hoeffinger@ooe.gv.at

Marion Hoffmann
 Magistrat der Stadt Krems
 MA II/Jugendkoordination
 Stadtgraben 13
 3500 Krems
 marion.hoffmann@kstp.at

Peter Ili_
 Magistrat der Stadt Krems
 MA II/Jugendkoordination
 Stadtgraben 13
 3500 Krems
 peter.ilic@chello.at

Heidi Jütte
 Wiener Familienbund
 Gumpendorferstraße 25
 1060 Wien
 heidi.juette@gmx.at

Mag. Irene Kernthaler-Moser
 Österreichisches Institut für Familienforschung
 Abteilung für Kommunikation & Medienarbeit
 Gonzagagasse 19/8
 1010 Wien
 irene.kernthaler@oif.ac.at

Karin Kieninger
 Vollererstraße 10
 5113 St. Georgen
 karin.kieninger@i-one.at

Hannelore Kleiss
 Spes Familienakademie
 4553 Schlierbach 19
 familienakademie@spes.co.at

Dipl.-Soz.-Päd. (FH) Kristina Kliche
 Fachhochschule Merseburg
 Fachbereich Soziale Arbeit.Medien.Kultur
 Geusaerstraße 88
 06217 Merseburg
 kristina.kliche@sw.fh-merseburg.de

Mag. Isolde Klien
 Institut für Sozialdienste
 Fachbereich Familienarbeit
 Obdorfweg 1
 6700 Bludenz
 klien.isolde@ifs.at

Erna Klug
 Alter Bahnhof
 8443 Gleinstätten
 familienberatung@aon.at

Prof. Mag. Paul Koch
 Lehranstalt für Heilpädagogische Berufe
 VWP
 6840 Götzis
 koch.paul@cable.vol.at

Mag. Christina Luef
 Österreichisches Institut für Familienforschung
 Abteilung für Kommunikation & Medienarbeit
 Gonzagagasse 19/8
 1010 Wien
 christina.luef@oif.ac.at

Mag. Alexandra Mösl
 NÖ Hilfswerk
 Bunter Schirm
 Ferstlergasse 4
 3100 St. Pölten
 alexandra.moesl@noe.hilfswerk.at

Reinhold Neyer
 Institut für Sozialdienste
 Fachbereich Familienarbeit
 Obdorfweg 1
 6700 Bludenz
 neyer.reinhold@ifs.at

Mag. Christiane Pfeiffer
 Österreichisches Institut für Familienforschung
 Abteilung für psychosoziale Forschung
 Gonzagagasse 19/8
 1010 Wien
 christiane.pfeiffer@oif.ac.at

Gerda Reischauer
Magistrat der Stadt Linz
Jugendamt - Kinder- und Jugendbüro
Hauptstraße 1-5
4040 Linz
gerda.reischauer@mag.linz.at

Wolfgang Rohm
Rabederweg 16
4100 Ottensheim
rohrm@aon.at

Claudia Schaubberger
Magistrat der Stadt Linz
Jugendamt - Kinder- und Jugendbüro
Hauptstraße 1-5
4040 Linz
claudia.schaubberger@mag.linz.at

Mag. Rudolf Karl Schipfer
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für Kommunikation & Medienarbeit
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
rudolf.schipfer@oif.ac.at

Sibylle Schönweger
Südtiroler Volkspartei
Junge Generation
Brennerstraße 7/A
39100 Bozen
junge.generation@svpartei.org

Erika Schreiber
Katholisches Bildungswerk Wien
Ehe und Familie
Stephansplatz 6
1010 Wien
e.schreiber@edw.or.at

Mag. Franz Schwarz
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für sozioökonomische Forschung
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
franz.schwarz@oif.ac.at

Mag. Annemarie Siess
Caritas der Diözese Innsbruck
Bildungszentrum für Sozialberufe
Maximilianstraße 41/3
6020 Innsbruck
a.suess@aon.at
Konfliktmanagement in familiären Systemen

Mag. Martin Spielauer
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für sozioökonomische Forschung
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
martin.spielauer@oif.ac.at

Mag. Karin Städtner
Österreichisches Institut für Familienforschung
Abteilung für sozioökonomische Forschung
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
karin.staedtner@oif.ac.at

Dr. Susanne Steyrer-Aouachri
Verein für Soziale Arbeit in Tirol
Sonnenburgstraße 5
6020 Innsbruck
vsa.steyrer@surfeu.at

Mag. Thomas Stockenreitner
Bundesgymnasium XI
Drorygasse 15/23
1030 Wien
thomas.stockenreitner@surfeu.at

Edith Szecsenyi-Trefanec
Wiener Jugendgerichtshilfe
Rüdengasse 7-9
1030 Wien
brigitte.karl@justiz.gv.at

Mag. Sylvia Trnka
Österreichisches Institut für Familienforschung
Europäische Beobachtungsstelle zur sozialen
Situation, Demographie und Familie
Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
sylvia.trnka@oif.ac.at

Prof. Dipl.-Ing. Helmut Umschaden
HTBLVA Villach
Tschinowitscherstraße 5
9500 Villach
h.umshaden@utanet.at

DSA Romana Westermayer
NÖ Hilfswerk
Bunter Schirm
Ferstlergasse 4
3100 St. Pölten
romana.westermayer@noe.hilfswerk.at

wHR Mag. Wolfgang Windholz
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Abt. Allgem. Förderung
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten
wolfgang.windholz@noel.gv.at

DSA Regina Wolfsteiner
Magistrat Linz
Amt für Jugend und Familie –
Jugendgesundheitsdienst
Hauptstraße 1-5
4041 Linz
Regina.Wolfsteiner@mag.linz.at

DSA Christine Zink
Magistrat der Stadt Wien
Amt für Jugend und Familie – Referat Adoptions- und
Pflegefamilien
Lustkandlgasse 50
1090 Wien

HR Dr. Marie-Luise Zuzan
Amt der Salzburger Landesregierung
Familienreferat
Schwarzstraße 21
5020 Salzburg
marieluise.zuzan@land-sbg.gv.at

Publikationen des Österreichischen Institutes für Familienforschung (ÖIF)

Im Rahmen der Materialiensammlung sind zuletzt erschienen:

- ▶ Christoph Badelt, Helmuth Schattovits (Hrsg.): 5. Interdisziplinäres Symposium Familienforschung, Strobl am Wolfgangsee 1994. Wien 1996. Heft 1. ISBN 3-901668-01-2
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Österreich (gesamtes Bundesgebiet), Männer und Frauen. Wien 1997. Heft 2. ISBN 3-901668-05-5 (vergriffen)
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Wien, Frauen und Männer. Wien 1997. Heft 2a. ISBN 3-901668-06-3
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Salzburg und Oberösterreich, Frauen und Männer. Wien 1997. Heft 2b. ISBN 3-901668-07-1
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Tirol und Vorarlberg, Frauen und Männer. Wien 1997. Heft 2c. ISBN 3-901668-08-X
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Burgenland und Niederösterreich, Frauen und Männer. Wien 1997. Heft 2d. ISBN 3-901668-09-8
- ▶ Gabriele Doblhammer, Wolfgang Lutz, Christiane Pfeiffer: Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996. Tabellenband und Zusammenfassung erster Ergebnisse, Kärnten und Steiermark, Frauen und Männer. Wien 1997. Heft 2e. ISBN 3-901668-10-1
- ▶ Martina Beham, Günther Denk, Wolfgang Lutz, Vera Nowak, Johannes Pfliegerl: Statistik aus Kinderperspektive. Kinderspezifische Auswertung der Volkszählung 1991. Wien 1997. Heft 3. ISBN 3-901668-11-X
- ▶ Laszlo A. Vaskovics, Helmuth A. Schattovits (Hrsg.): Lebens- und Familienformen – Tatsachen und Normen. 2. Europäischer Fachkongreß Familienforschung 12.-14. Juni 1997, Wien. Wien 1998. Heft 4. ISBN 3-901668-15-2 (vergriffen)
- ▶ Reiner Buchegger, Helmuth A. Schattovits (Hrsg.): 6. Interdisziplinäres Symposium "Familienforschung". 20.-22. November 1996 in Strobl am Wolfgangsee – Referate und Statements. Wien 1998. Heft 5. ISBN 3-901668-14-4
- ▶ Martina Beham, Daniela Huter, Vera Nowak: Was machen Kinder, Frauen und Männer mit ihrer Zeit? Familienbezogene Auswertung der Zeitbudgeterhebung 1992. Wien 1998. Heft 6. ISBN 3-901668-16-0
- ▶ Reiner Buchegger, Helmuth Schattovits (Hrsg.): 7. Interdisziplinäres Symposium "Familienforschung". Familie, Schule und Generationen – Strobl 1998. Referate und Statements. Wien 2000. Heft 7. ISBN 3-901668-20-9
- ▶ Johannes Pfliegerl, Paloma Fernández de la Hoz: Die Bedeutung des Wohnens für Migrantenfamilien in Österreich. Wien 2001. Heft 8. ISBN 3-901668-21-7
- ▶ Maria Anna Six-Hohenbalken: Migrantenfamilien aus der Türkei in Österreich. Wohnen, Verortung und Heimat – mit einem Exkurs über die Wohnsituation im Aufnahmeland. Wien 2001. Heft 9. ISBN 3-901668-22-5
- ▶ Christos Bagavos, Claude Martin: Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht Jahrestagung Seville, Spain, 15-16 September 2000. Wien 2001. Heft 10. ISBN 3-901668-23-3
- ▶ Rainer Buchegger, Brigitte Cizek (Hrsg.): 8. Interdisziplinäres Symposium "Familienforschung" – Strobl 2000. Fertilität – Informationsgesellschaft. Wien 2000. Heft 11. ISBN 3-901668-21-1
- ▶ Johannes Pfliegerl: Immigration und Familie. Jahrestagung 2002, Helsinki, Finnland, 8. – 10. Juni 2002 – Synthese (Kurzfassung). Wien 2002. Heft 12. ISBN 3-901668-28-4
- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Migrantenfamilien und Integration in den EU Mitgliedstaaten (Zusammenfassung – Deutsch, Englisch). Wien 2002. Heft 13. ISBN: 3-901668-29-2
- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Familles et exclusion sociale dans l'Union européenne. Sujets de débats, voies de convergence, questions pendantes. Wien 2001. Heft 14. ISBN 3-901668-26-8
- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Familien und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union. Kurzfassung in Deutsch, Englisch, Französisch). Wien 2001. ISBN 3-901668-27-6
- ▶ Brigitte Cizek, Irene Kernthaler-Moser (Hrsg.): Prostitution und Pornografie. 2. sexualpädagogische und –beraterische Fortbildung, 10. und 11. Oktober 2001, Wien. Wien 2002. Heft 15. ISBN 3-901668-25-X
- ▶ Lynne Chisholm, Antonio de Lillo, Carmen Leccardi & Rudolf Richter: Family Forms and the Young Generation in Europe. Report on the Annual Seminar 2001, Milan, Italy, 20-22 September 2001 (Report by the European Observatory on the Social Situation, Demography and Family). Wien 2003. Heft 16. ISBN 3-901668-31-4
- ▶ Olaf Kapella, Johannes Pfliegerl: Partnerschaft. Eine Bibliografie deutschsprachiger Literatur 1999 – 2002. Wien 2003. Heft 17. ISBN 3-901668-32-2
- ▶ Johannes Pfliegerl: Immigration und Familie. Jahrestagung 2002, Helsinki, Finnland. 8.-10. Juni 2002 – Synthese. (Deutsch, Englisch) Wien 2004. Heft 18. ISBN 3-901668-34-9

Zu beziehen bei:

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF),

Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Tel.: +43-1-535 14 54-19, Fax: +43-1-535 14 55

E-Mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Das Schwerpunktthema des Symposiums „Familie in Wissenschaft und Praxis“ 2002 war das Spannungsfeld, das sich zwischen Jugendlichen, Eltern und dem Lebensumfeld in der Phase des Übergangs junger Menschen zum Erwachsensein ergibt. Die Dokumentation beinhaltet die Plenarreferate und die Präsentationen im F R E I - R A U M.